

**Festschrift**

# **100 Jahre SP Stäfa**

**Geschichte und Geschichten von 1917 bis 2017**

# Inhaltsverzeichnis

## **100 Jahre SP Stäfa – Grund genug zu feiern!**

Vorwort der Herausgeber

3

## **100 Jahre SP Stäfa – Herzliche Gratulation zum Jubiläum**

Christian Haltner, Gemeindepräsident von Stäfa, FDP

4

## **«Darauf könnt ihr sehr stolz sein!»**

Priska Seiler Graf, Nationalrätin, Co-Präsidentin der SP Kanton Zürich

5

## **Die SP in Stäfa – Erfolgreich im Gegenwind**

Daniel Jositsch, Ständerat, ehemaliger Schulpräsident von Stäfa

6

## **Die SP Stäfa ist bereit für die nächsten 100 Jahre!**

Rafael Mörgeli, Präsident der Sektion Stäfa

9

## **Die Anfänge der SP-Sektion Stäfa und ihre Entwicklung bis um 1980**

Hansueli Scheller, Dr. phil. I, Historiker, Stäfa, Mitglied der SP-Sektion Stäfa

11

## **1934: «Braun» verdrängt «Rot» – Sieg der neuen Rechten am See**

Peter Frikart in der ZSZ vom 17. Mai 1984

31

2

## **Die SP Stäfa von den Umbrüchen der 1970er-Jahre bis zur Gegenwart**

Peter Frikart, Stäfa, Mitglied der SP-Sektion Stäfa

37

## **Daran erinnere ich mich besonders (un)gern**

Erinnerungen engagierter SP-Mitglieder

55

## **Anhang**

### **1 Liste aller Behördenmitglieder der «Linken»**

70

### **2 Liste der ParteipräsidentInnen**

78

### **3 Muster der SP-Wahlwerbung**

79

# 100 Jahre SP Stäfa – Grund genug zu feiern!

Peter Frikart und Hansueli Scheller, Herausgeber und Mitautoren

Am 17. April 1917 wurde die SP-Sektion Stäfa als älteste Ortspartei gegründet. Seither spielt die «Mitgliedschaft Stäfa», wie es damals noch hiess, im öffentlichen Leben der Gemeinde eine wichtige Rolle. Sofort gelang es der Sektion, die Interessen der Arbeiter, die bisher von gewerkschaftlichen Gruppierungen und dem national gesinnten Grütliverein vertreten wurden, zu bündeln und zum Sprachrohr der «kleinen Leute» zu werden. Zwar vertrat die SP Stäfa oft Minderheitenpositionen. Durch kluges Taktieren und mit dem Willen, auch Kompromisse zu schliessen, gelang es immer wieder, wichtige soziale, später auch Frauen-, Natur- und Umwelt-Anliegen zu thematisieren und vielfach zu guten Lösungen zu führen.

Dabei spiegelt die Geschichte der Sektion natürlich die Entwicklungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Dies gilt für die Gründungszeit um 1917, wo die bevorstehende Einführung des Proporzwahlrechtes auf kantonaler Ebene auch Minderheiten zu angemessenen Vertretungen im Kantonsrat verhelfen sollte. Es gilt ebenso für die schwierigen Jahre der Erneuerung der Partei in den Siebziger- und Achtzigerjahren, welche auch in Stäfa zu einer «Neuerfindung» der Ortspartei führten. Aus der fast reinen Arbeiterpartei ist damals innert weniger Jahre eine Mittelstandspartei mit einem zunehmend hohen Anteil von politisch interessierten Frauen geworden.

Aber auch in vielen kleinen Vorstössen und Initiativen der Partei spiegeln sich diese Zeitumstände. Etwa im Kampf um verbesserte Lohnbedingungen für Gemeindeangestellte, für Arbeitslose, für sozial schwächere Bewohnerinnen und Bewohner (Mietzuschüsse!). Später galt der Kampf besseren Wohnbedingungen für den Mittelstand oder auch für

Senioren und für umweltgerechtere Lösungen der Energieversorgung oder in der Ortsplanung. Auch hier galt es oft, geeignete Koalitionspartner zu finden und mit ihnen zusammen politische Vorstösse durchzuführen.

Die Sektion hat in den 100 Jahren ihres Bestehens fast ununterbrochen eine kleine Delegation in den Gemeinderat und in fast alle anderen Behörden gestellt und damit aktiv an der Gestaltung der Gemeinde mitgewirkt. Nur dreimal war sie nicht im Gemeinderat vertreten. Auch diese Misserfolge haben – wie in den historischen Rückblicken gezeigt wird – mit der «grossen Politik» zu tun. Gerade nach solchen «Aussetzern» aber waren es oft die Vertreter der bürgerlichen Ortsparteien, die darauf drängten, dass «den Linken» wenigstens ein Mitspracherecht in den Behörden eingeräumt wurde.

Wir meinen deshalb, dass nach 100 Jahren intensiver Mitarbeit der SP-Sektion Stäfa auf kommunaler Ebene ein Rückblick gerechtfertigt ist. Auch viele kleine Erfolge dieser Minderheitenpartei sind ein Beitrag zum besseren Zusammenleben in unserer Gemeinde. Wir denken: auch künftig!

Unser herzlicher Dank gilt allen, die mit Beiträgen, Hinweisen oder auch mit einem Beitrag an die Druckkosten zum Gelingen dieses Werks beigetragen haben. Ein besonderer Dank geht an Gabrielle Scheller, Markus Zellweger und Anita Pfenninger für die kritische Sichtung und Korrekturlesung aller Texte.

Stäfa, im September 2017

# 100 Jahre SP Stäfa – Herzliche Gratulation zum Jubiläum

Christian Haltner, Gemeindepräsident von Stäfa, FDP



Vor 100 Jahren wurde die Ortspartei der SP Stäfa gegründet. Ich gratuliere der SP Stäfa herzlich zu diesem denkwürdigen Jubiläum und wünsche der Partei für die nächsten 100 Jahre ebenso viel Erfolg auf dem politischen Terrain wie in der Vergangenheit.

4 Auf der untersten politischen Ebene, auf der Gemeinde-Ebene, ist das Politisieren interessant, spannend und zugleich anspruchsvoll, weil man immer um eine gangbare Lösung ringen muss. Hier nützt es nichts, wenn man auf starren, dogmatischen Meinungen sitzen bleibt. Der Dialog muss zur Bevölkerung und zu den anderen Parteien aktiv gepflegt werden. Das letzte Wort haben immer die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, sei es mit Geschäften an der Gemeindeversammlung oder mit Geschäften an der Urne. Je intensiver die Diskussionen sind, umso bessere Vorlagen entstehen. Das ist die erste Aufgabe der politischen Parteien, sich hier einzubringen, Vor- und Nachteile aufzuzeigen und Position zu beziehen. Das braucht Engagement, Gespür für das Machbare und Mehrheitsfähige und, gerade wenn man allein stehen sollte, Mut.

In den letzten 100 Jahren hat die SP Stäfa all das gezeigt und bewiesen. Auch wenn sie dabei nicht immer erfolgreich durchdrang, sie wurde gehört. Darüber hinaus haben Persönlichkeiten der SP mit grosser Konstanz Verantwortung in allen Behörden übernommen und so zum Wohle der Gemeinde beigetragen. Die Persönlichkeiten aus der SP Stäfa waren und sind nicht nur lokal erfolgreich ge-

wesen, sondern sehr oft auch auf kantonaler und nationaler Ebene. Der Höhepunkt für die SP Stäfa dürfte die Wahl von Daniel Jositsch 2015 in den Ständerat gewesen sein. Dass es dieser erst noch im ersten Wahlgang geschafft hat, war sicherlich eine besondere Auszeichnung und Anerkennung. Da kann man nur den Hut ziehen.

Stäfa ist ja bekannt dafür, dass sich Persönlichkeiten dieser Gemeinde stark machten, damit die Landschaft die gleichen Rechte wie die Stadt erhielt. Diese Persönlichkeiten gingen unbeirrt ihren Weg, riskierten vor etwas mehr als zweihundert Jahren sogar ihr Leben. Das Stäfner Memorial ist auch Ausdruck für den Einsatz von Gerechtigkeit und Selbstverantwortung. Dieser Wille, sich für das Gemeinwohl einzusetzen, ist immer noch stark in dieser Gemeinde und, wie ich es wahrnehme, in der SP Stäfa verwurzelt. Ich hoffe, das wird auch so bleiben.

Ich danke der SP Stäfa für ihr aktives Engagement in unserer Gemeinde und für ihre ausgezeichneten Persönlichkeiten, die das Beste für Stäfa wollten und taten.

Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit kritischen, innovativen und verantwortungsvollen Lösungsansätzen und wünsche der Partei, sie möge weiterhin mit Augenmass, pragmatisch und mit dem Blick auf die ganze Gemeinde politisieren und so viel zum Gemeinwohl der wunderschönen Gemeinde Stäfa beitragen.

# «Darauf könnt ihr sehr stolz sein!»

Priska Seiler Graf, Nationalrätin, Co-Präsidentin der SP Kanton Zürich



Liebe Genossinnen und Genossen

Vor 100 Jahren wurde nachhaltig Geschichte geschrieben. Der 1. Weltkrieg dauerte immer noch an, und in Russland wurde Zar Nikolaus II. durch die Februarrevolution gestürzt. Trotz dieser internationalen Wirren führte der Kanton Zürich scheinbar gelassen

das Proporz-Wahlsystem ein, eine grosse Errungenschaft für die Demokratie, besonders für die Sozialdemokratische Partei. Unter dem Einfluss dieser prägenden Ereignisse taten sich in Stäfa ein paar mutige und zukunftsorientierte Leute zusammen und gründeten die lokale SP-Sektion. Es freut mich als Co-Präsidentin der SP Kanton Zürich natürlich sehr, dass die SP Stäfa auch 100 Jahre später immer noch sehr aktiv ist und sich immer wieder Männer und Frauen engagieren für eine solidarischere, gerechtere und tolerantere Welt, sogar auf allen politischen Ebenen in unserem Land. Darauf könnt ihr sehr stolz sein!

Gerade als linke Partei am rechten Zürichseeufer ist es sicher nicht immer einfach, sich Gehör zu verschaffen, sich einzubringen und auch mal einen politischen Erfolg einfahren zu können. Aber ihr schafft das und könnt umgehen mit der politischen Landschaft an der «Goldküste». Dafür verdient ihr grossen Respekt, und ich möchte es nicht versäumen, euer Jubiläum auch dazu zu nutzen, mich im Namen der Partei ganz herzlich für euren unermüdlichen Einsatz zu bedanken!

Als Zürcher Unterländerin weiss ich sehr wohl, was es heisst, in einem vorwiegend bürgerlichen Umfeld die rote Fahne aufrecht zu halten und nicht aufzugeben, auch wenn man zum x-ten Mal an einer verregneten Standaktion sich wieder anhören muss, was die SP alles falsch macht. Genau in diesen Gegenden ist es wichtig, dass die SP präsent und aktiv ist und dass sie zeigen kann, dass es auch Menschen gibt, denen das Wohl der Schwächeren wichtiger ist als der eigene Profit.

Ihr seid für mich die Heldinnen und Helden der Sozialdemokratie, eben genau in eurer alltäglichen politischen Arbeit an der Basis. Denn die Lokalpolitik ist am nächsten bei den Menschen, hier kann man sehr gut zeigen, was die SP will und welche guten Ideen wir haben. Wir sind eine echte Alternative zum bürgerliche Einheitsbrei. Denn es braucht uns auch weiterhin, wenn es darum geht, für soziale Sicherheit, für Bildung für alle, für ernste gemeinte Integration und für Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern zu kämpfen. In diesem Sinne kann ich nur sagen: Weiter so, auf die nächsten 100 Jahre!

# Die SP in Stäfa – Erfolgreich im Gegenwind

Daniel Jositsch, Ständerat, ehemaliger Schulpräsident von Stäfa



Gemäss Wikipedia versteht man unter *Ochsentour* «einen negativ konnotierten Begriff aus der Politikwissenschaft und Parteienforschung, der für den Verlauf von Karrierewegen in Politikerbiografien gebraucht wird und ein langjähriges Organisationsengagement beschreibt». Ich habe das nie verstanden, denn für mich

6 war meine Ochsentour der von mir gewählte (und von den Wählerinnen und Wählern zugestandene) Verlauf meiner Karriere, in der ich keine Stufe missen möchte. Begonnen hat meine Ochsentour in der Schulpflege Stäfa. Davor hatte ich mich als einfaches Basismitglied in der Gemeindepolitik engagiert.

## Die SP Stäfa und ihr Umfeld

Betrachtet man als sozialdemokratischer Politikeinsteiger die nackten Zahlen, so müsste man eigentlich resignieren, bevor man begonnen hat, aktiv zu werden. Landbezirke sind grundsätzlich bürgerlicher als die Städte, und innerhalb der Landbezirke gilt die Goldküste als bürgerliche Hochburg. Als Sozialdemokratin und Sozialdemokrat kommt man sich da etwas einsam vor. Immerhin haben wir Stäfnerinnen und Stäfner Glück im Unglück: innerhalb der Goldküste, verglichen mit den Gemeinden von Zumikon bis Meilen/Uetikon, gilt Stäfa als linker oder besser gesagt etwas weniger rechts. Da Stäfa die einwohnerstärkste Gemeinde im Bezirk ist, kann man also sagen, dass die SP Stäfa unter den Kleinen zu den Grossen gehört. Immerhin!

## Die Gemeindeversammlung: Einstieg in die Politik

Stäfa hat über 14'000 Einwohnerinnen und Einwohner; stimmberechtigt sind knapp 10'000 davon. Würden diese alle an einer Gemeindeversammlung teilnehmen, müsste diese wohl in einem Stadion durchgeführt werden. Dies war aber bisher nicht notwendig, da sich nur ein geringer Teil der stimmberechtigten Einwohnerinnen und Einwohner aktiv am politischen Leben der Gemeinde engagiert. An einer durchschnittlichen Gemeindeversammlung nehmen daher ca. 300 Personen teil, also rund 3 Prozent der Stimmberechtigten. Für die SP ist das in zweierlei Hinsicht ein Vorteil: Erstens kann eine starke Präsenz an der Gemeindeversammlung durchaus etwas ausmachen. So ist es uns einst gelungen, an einer Gemeindeversammlung einen Entscheid für eine flächendeckende Tempobeschränkung auf 30 km/Std. zu erlangen. Leider wurde diese Entscheidung dann aber an einer Urnenabstimmung gekippt. Zweitens, und das ist der entscheidende Vorteil der Gemeindeversammlung, kann mit Argumenten und guter Rhetorik die Stimmung vor Ort noch beeinflusst werden. Es liegt im Wesen der Gemeindeversammlung – im Unterschied zum Gemeindeparlament –, dass ein Grossteil der Anwesenden völlig unbelastet (und teilweise wenig vorbereitet) an die Versammlung kommt und einmal den Argumenten pro und kontra zuhören möchte. Es kann dann durchaus sein, dass plötzlich eine Rednerin oder ein Redner mit einem überraschenden Punkt oder überzeugender Rhetorik das Blatt zu wenden vermag. Und das sind natürlich die Highlights der Gemeindeversammlungen. Ich erinnere mich dabei zum Beispiel an die Vorlage des Gemeinderats zur Einführung der Gemeindepolizei: Die SP hat diese Vorlage

bekämpft, und es gelang uns, einen ablehnenden Entscheid an der Gemeindeversammlung zu erwirken. Entscheidend für die Ablehnung dürfte wohl das (aus SP-Sicht wenig entscheidende, aber für Bürgerliche durchaus massgebende) Argument gewesen sein, dass die Gemeindepolizei vornehmlich Parkbussen verteilen würde. Freilich ist auch direkte Demokratie keine Garantie für richtige Entscheidungen. Wenige Jahre danach führte auch Stäfa die Gemeindepolizei ein; diesmal mit dem Segen der SP, denn auch wir hatten unterdessen eingesehen, dass die aufgrund der Sparmassnahmen des Kantons reduzierte polizeiliche Abdeckung, die die Kantonspolizei noch gewährleistete nicht mehr ausreichend war.

## **Die Gemeindeexekutive: Erste Schritte auf dem politischen Parkett**

Meine ersten politischen Engagements in der Gemeinde zeigten mir also vor allem zwei Dinge: Erstens, dass Stäfa zwar 14'000 Einwohnerinnen und Einwohner hat, der politisch aktive Teil davon aber überschaubar aus einem engen Kreis von kaum mehr als 100 Personen besteht. Und zweitens: Wer sich in der Gemeinde engagiert, kann durchaus auch erfolgreich sein, wenn er oder sie nicht dem politischen Mainstream entspricht, aber in Sachgeschäften überzeugende Argumente vorbringen kann. Voraussetzung ist, dass man eine pragmatische Politik vertritt und nicht an Radikalpositionen festhält. In diesem Zusammenhang erinnere ich mich an meine Zeit als Schulpräsident. Die familienergänzende Kinderbetreuung steckte in Stäfa, vorsichtig gesagt, noch in den Kinderschuhen, und es war höchste Zeit, dass die Gemeinde das Thema an die Hand nahm. Auf Gemeindeebene für den Vorschulbereich war unsere Gemeinderätin Verena Ferner zuständig, in der Schulpflege beschäftigte sich unsere Schulpflegerin Brigitte Kübler mit dem Thema. Es gelang uns in der Folge nicht nur, eine kombinierte Vorlage auszuarbeiten, (sowohl im Gemeinderat als auch in der Schulpflege verfügten wir über komfortable Mehrheiten für die Vorlage), sondern auch diese so auszugestalten, dass am Schluss sogar die SVP ihren Widerstand aufgab. Dabei mussten wir Kompromisse eingehen,

die unangenehm waren, wie beispielsweise die von der SVP kategorisch verlangte Einschränkung der schulischen Betreuung auf die Schulzeit, ohne Betreuung während der Ferien. Aber wir wussten, dass ein aktiver Widerstand der SVP die ganze Vorlage hätte gefährden können und dass es besser war, ein System familienergänzender Betreuung mit Lücken zu schaffen als gar keines zu haben. Bald nach der Einführung zeigte sich prompt, dass diese Einschränkung ein grosses Hindernis für das Mikado war und schliesslich auch aufgehoben wurde (ohne Widerstand aus der SVP).

## **Die SP als unentbehrlicher Teil der Stäfner Politik**

Die Arbeit in der Gemeindeexekutive hat mir gezeigt, dass Exekutivpolitik dann erfolgreich ist, wenn sie aus dem Mix verschiedener Parteien entsteht. Wenn eine einzige Partei ihre Position ohne Rücksicht durchsetzen kann, funktioniert das auf die Dauer nicht. Die Kombination verschiedener Parteien und Positionen in einer Exekutive führt zu intensiven Diskussionen und einem Ringen nach der besten Lösung. Entscheidend ist die Person eines Exekutivmitglieds, wie sie denkt, welche Überzeugungen sie vertritt, wie ehrlich sie ist und ob sie verlässlich und loyal ist. Dass ich zum ersten sozialdemokratischen Schulpräsidenten in Stäfa gewählt wurde, war zu einem Teil ein Versehen resp. einem Überraschungscoup der SP zu verdanken. Mein Vorgänger hat nämlich sein Amt völlig überraschend und ohne Vorwarnung mitten in der Amtsperiode verlassen. Ich war Mitglied der Schulpflege und habe die Situation noch am gleichen Tag mit dem damaligen Co-Präsidentium, bestehend aus Brigitte Kübler und Peter Schulthess, besprochen, und wir haben den kühnen Entschluss gefasst zu kandidieren, ohne Rücksicht auf allfällige bürgerliche Gegenkandidaturen, und haben dies auch sogleich medial verkündet. Ein mindestens ebenso entscheidender Faktor für die Wahl aber war, dass die bürgerlichen Schulpflegerinnen und Schulpfleger mich innerhalb ihrer Parteien unterstützten. Dies, weil sie mich, unabhängig vom Parteibuch, als Person kannten.

Ein weiterer Vorteil der Minderheitsposition ist der Zwang zur Qualität: Die SP kann es sich gar nicht leisten, Vertreterinnen und Vertreter in Behörden zu entsenden, die den Qualitätsansprüchen des Amtes nicht entsprechen, da wir ohne Goodwill der Bürgerlichen entweder die Ämter nicht erhalten oder in der Umsetzung unserer Politik gebremst werden können. Die SP war daher in der Zeit, die ich überschauen kann, grossmehrheitlich durch Exekutivmitglieder vertreten, die aufgrund ihrer Arbeit und Leistung Anerkennung auch für die Partei erlangt haben. Deshalb bin ich überzeugt: Die SP wird auch in Zukunft in der Politik der Gemeinde Stäfa eine wesentliche Rolle spielen. Die Frage ist freilich, welche das sein wird. Stäfa wurde in den vergangenen Jahren von einer Landgemeinde zu einer immer stärker städtisch geprägten Agglomerationsgemeinde. Dies führte und führt zu Bevölkerungswachstum und einer veränderten Zusammensetzung der Bevölkerung, die städtischer geprägt ist als früher. Vielleicht wäre ja das 100-Jahr-Jubiläum der SP Stäfa ein guter Anlass, bei der nächsten Vakanz auch einmal das Gemeindepräsidium ins Visier zu nehmen!

8

*Daniel Jositsch wurde im Jahr 2000 als Schulpfleger gewählt, und 2001 bis 2006 wirkte er als Präsident der Stäfner Schulpflege. Im Frühjahr 2007 wurde er in den Kantonsrat gewählt, und im Herbst schaffte er die Wahl in den Nationalrat, dem er bis 2015 angehörte. Im Herbst 2015 erreichte er als erster Stäfner die Wahl in den Ständerat.-*

# Die SP Stäfa ist bereit für die nächsten 100 Jahre!

Rafael Mörgeli, Präsident der Sektion Stäfa



Die meisten Menschen treten in die SP ein, weil sie die grossen Ideale dieser Partei teilen. Sie wollen sich für Gerechtigkeit, Demokratie und Solidarität einsetzen. Genau so ist es auch mir ergangen. Schnell merkte ich aber, dass grosse Ideen in der Lokalpolitik Gefahr laufen, in den Hintergrund zu geraten. Was hat es mit Gerechtigkeit zu tun, dass ein Ausweichplatz in einer Strasse auf der linken oder rechten Seite gebaut wird? Es ist auch schwierig, die Demokratisierung der Wirtschaft in einer Gemeinde an der Zürcher Goldküste zu fordern. Oder das Konzept der Solidarität an einer Budgetgemeindeversammlung zu erläutern, die nur so gut besucht ist, weil alle gekommen sind, um ihre Steuern niedrig zu halten.

Als neuer Präsident, der gleichzeitig noch Sekretär der JUSO Kanton Zürich war, wurde mir rasch klar, dass man anders argumentieren, ja Politik sogar anders denken muss in einer Sektion mit ungefähr 60 Mitgliedern. Alles, was ich mir zu Politik überlegt hatte, war bis dahin meist nur theoretisch gewesen. Nichts war so konkret und so praktisch wie die Fragen, die sich in der Gemeinde stellten. Doch die Grundsätze, die mich und die SP Stäfa leiten, bleiben dieselben: Gerechtigkeit, Demokratie und Solidarität. Man kann und muss diese grossen Ideale mit den kleinen und grossen Justierungen des Gemeinwesens in Verbindung bringen. So stellt sich zwar die Frage der Verteilungsgerechtigkeit nicht am Fall einer Lohnbeschränkung wie bei 1:12, aber sehr wohl an einer Budgetversammlung. Wir haben so sichergestellt, dass die Vereine in Stäfa weiterhin

ihren Anteil an Steuergeldern bekommen. So leitete uns der Gedanke von Solidarität beim Kampf um den Ortsbus, der sicherstellt, dass alle Quartiere in Stäfa bis Dienstschluss mit dem Bahnhof verbunden sind. So wird uns der Gedanke von Demokratie leiten, wenn wir das Geschäft der Auslagerung der Alters- und Pflegeheime kritisch begleiten. Das Verbinden von theoretischer und praktischer Politik ist das Faszinierende der Gemeindepolitik. Nicht nur kann man konkrete Probleme wie die Abschaffung des Ortsbusses lösen, man kann diese auch in einen grösseren Zusammenhang stellen. Man kann der Bevölkerung in Stäfa aufzeigen, dass die SP konsequent und trotzdem lösungsorientiert Politik betreibt.

In einem konservativen Kanton und in einer bürgerlich regierten Gemeinde ist die SP wichtiger denn je, um die Gefahren der Abbaupolitik auf allen Ebenen zu kritisieren. Wir sind es, die im Kleinen und Grossen die Probleme anprangern. Es ist kein Zufall, dass der heutige SP-Ständerat von Zürich nicht aus der Stadt kommt, sondern aus unserer Gemeinde. Konnte Daniel Jositsch doch als Schulpräsident zeigen, dass er auch in einer Minderheitsposition dennoch sozialdemokratische Politik machen kann, konsequent und lösungsorientiert.

Bei einer 100-Jahr-Feier ist es nicht nur wichtig, in die Vergangenheit zu schauen, sondern ebenso wichtig, auch die Zukunft zu betrachten. Es liegt nun an uns, die Zukunft in Stäfa sozialdemokratisch zu prägen. Wenn wir an die Probleme der Zukunft denken, wird klar, dass unsere Rezepte zur Lösung der Probleme die richtigen sind. Unsere Initiative für bezahlbaren Wohnraum ist eingereicht. Ein Thema, das in der Zukunft, in der die Mieten immer weiter steigen

werden, unausweichlich ist. Weiter müssen wir uns mit der Zentrumsplanung auseinandersetzen. Dass Stäfa ein richtiger Dorfkern fehlt, ist unbestritten. Es ist jedoch an uns, darauf zu pochen, dass eine Lösung nicht darin liegt, am Bahnhof einfach mehr Parkplätze zu bauen, sondern dass Grünflächen und Erholungsgebiete nicht nur beibehalten, sondern ausgebaut werden. Es ist an uns, dafür zu sorgen, dass die Heime nicht der demokratischen Kontrolle entzogen werden. Es ist an uns, darauf zu bestehen, dass die Gemeinde nicht nur mit einem Sparplan verwaltet, sondern mit den dafür nötigen Ausgaben gestaltet wird.

Wenn man sieht, dass immer mehr junge linke Familien aus der Stadt nach Stäfa ziehen, ist die Hoffnung nahe, dass die SP grosses Potenzial hat zu wachsen. Dieses Potenzial können wir aber nur ausschöpfen, wenn wir die Erfahrung der älteren Generation in der Partei nutzen und gleichzeitig versuchen, mit Neumitgliedern die Partei zu revitalisieren. Dies wird die Herausforderung für die Zukunft sein. Um ihr gerecht zu werden, müssen die Weichen jetzt gestellt werden. Die Mitgliedergewinnung muss priorisiert werden, und die Passivmitglieder müssen zu Aktivmitgliedern gemacht werden. So wird die SP Stäfa auch in Zukunft eine schlagkräftige Opposition darstellen und vielleicht in 100 Jahren sogar mehrheitsfähig werden. Die SP Stäfa ist bereit dafür! Wir sind bereit, unsere grossen Ideen mit ganz konkreter Politik zu verbinden. Wir sind bereit, Mitverantwortung in der Gestaltung unserer Gemeinde zu übernehmen. Wir sind bereit für die nächsten 100 Jahre!

# Die Anfänge der SP-Sektion Stäfa und ihre Entwicklung bis um 1980

Verfasst von Hansueli Scheller, Dr. phil. I, Historiker, Stäfa, Mitglied der SP-Sektion Stäfa

## Vorbemerkungen

*Die vorliegende kleine Geschichte der SP-Sektion Stäfa – von ihrer Gründung am 15. April 1917 bis in die Zeit des grossen Umbruchs nach 1980 – wurde ausgelöst durch die Frage, welches das «richtige» Geburtsdatum der Ortspartei sei: 1906, 1911 oder doch erst 1917. Beim Recherchieren zeigte sich zunächst, dass die Quellenlage eher bescheiden ist und diese Quellen zudem weit verstreut sind. Es gehören dazu u.a. Akten der Ortspartei (Jahresberichte, Versammlungsprotokolle, Mitgliederlisten u.ä.), Akten der Kantonalpartei und die Archive der «Zürichsee-Zeitung» und des «Volksrechts». Leider fehlt aus den Jahren bis um 1980 auch Bildmaterial, das diese Arbeit optisch hätte auflockern können. – Immerhin gelang es, die Frage des Gründungsdatums und damit die eher turbulente Vorgeschichte der Sektion zu klären.<sup>1</sup> Der Verfasser dieser Arbeit entschloss sich dann, auch die weitere Entwicklung der Ortspartei bis in die Jahre nach 1968 zu recherchieren und nachzuzeichnen. Diese Periode ist die Zeit einer engagierten und erfolgreichen Männer-Arbeiterpartei. Später folgt auch in Stäfa der grosse Umbruch. Peter Frikart, seit rund 1980 überaus aktives Partei- und Führungsmitglied, wird im nachfolgenden Beitrag die zweite «Lebenshälfte» der Sektion nachzeichnen.*

## Die Vorgeschichte

In der Ortsgeschichte Stäfa wie in der Geschichte der SP Zürich 3, 1905–1925 wird das Jahr 1906 als Gründungsjahr

<sup>1</sup> Vgl. dazu die ausführliche Darstellung im separaten Bericht «Die Gründung der SP-Sektion Stäfa: 1906, 1911 oder doch erst 1917?» vom gleichen Verfasser, 12. Juli 2017, bei den Akten der SP Stäfa.

der SP-Sektion in Stäfa vermeldet. Eine solche Parteigründung lässt sich quellenmässig jedoch nicht belegen.<sup>2</sup> Sie ist auf Grund der Quellenlage sogar auszuschliessen. Es gibt zwar 1906/1907 tatsächlich eine sehr grosse Zahl von Neugründungen von SP-«Mitgliedschaften» – so das lange gebräuchliche Wort für die Sektionen –, Stäfa fehlt aber in allen diesen Aufstellungen.

Allerdings gab es auch in Stäfa schon kurz nach Gründung der SP Schweiz im Jahre 1888 **einzelne aktive SP-Mitglieder**, wie Eingaben aus den Jahren 1891, 1892 und 1893 belegen. Im Zusammenhang mit der Urabstimmung von 1898 über die Initiative «Recht auf Arbeit» ist sogar die Rede von einer Parteiversammlung in Stäfa. Dass Stäfa durchaus im Blickfeld des Kantons stand, belegt auch die Tatsache, dass am 14. April 1902 im Saal des Restaurants *Sonne* in Stäfa eine die Gründung der Zürcher Kantonalpartei vorbereitende Versammlung durchgeführt wurde. Sie diente der Beratung und Beschlussfassung über das neue Parteiprogramm. Die Gründung der Kantonalpartei erfolgte dann im Herbst 1902 in Bassersdorf. – In der ersten Parteivorstandssitzung der Kantonalpartei vom 2. August 1903 wird dann festgehalten, dass auch der *Grütliverein Stäfa* mit 14 Mitgliedern offiziell der neuen Partei beigetreten sei.

Spuren haben die «Genossen» aus Stäfa auch in den folgenden Jahren hinterlassen. So musste sich der kantonale Parteivorstand 1904 mit einem Wahlvorschlag aus Stäfa-Hombrechtikon für die bevorstehenden Kantonsratswahlen auseinandersetzen. Der Vorstand kommt dabei zum Schluss, dass «diese Kandidatur Pfenninger nicht glücklich

<sup>2</sup> Wichtige Hinweise für diese Zeitspanne verdanke ich Urs Kälin, Archivar im Sozialarchiv Zürich

(sei), besonders wegen Verurtheilung seines Sohnes und wegen anderer Vorkommnisse». Und es wird den Stäfner vorgeschlagen, die Kandidaturen Hermann Greulich und Robert Grimm zu unterstützen. – 1908 wird ein Burkhardt aus Stäfa Mitglied des kantonalen Parteivorstandes.

## Aktive Arbeiterbewegung um 1910 – erster Arbeitervertreter im Gemeinderat

Die Jahre 1905 bis 1915 sind aber auch in Stäfa voll von Aktivitäten der unterschiedlichsten Arbeitergruppierungen, nebst den eher patriotisch gesinnten *Grütlianern* (ab 1903 offiziell Teil der SP Zürich) auch von gewerkschaftlich ausgerichteten Gruppierungen (Textilarbeiter, Arbeiterunion, später Gewerkschaftskartell). So scheinen die weltgeschichtlichen **Erschütterungen der Vorkriegszeit** und der 1. Weltkrieg auch im Leben der Arbeiterbewegung in Stäfa tiefe Spuren hinterlassen zu haben. Kein Wunder: Nicht nur im *Volksrecht*, sondern auch in der bürgerlichen *Zürichsee-Zeitung* gab es ab 1905 über Jahre hinweg fast täglich Meldungen über die revolutionären Ereignisse in Russland («Blutiger Sonntag» von 1905 und erste Demokratisierungsbewegung). Auch die schweizerische Arbeiterschaft verfolgte diese Ereignisse mit grösster Aufmerksamkeit, und ihre zunehmende Kampfbereitschaft manifestierte sich gerade im Raum Zürich in zahlreichen Streikbewegungen. – In diesem Umfeld entstand denn auch die überaus tatkräftige und wirkungsvolle **Agitationskommission der Sektion Zürich III** (Industriequartier!), die ab 1906 zahlreiche Landsektionen mit Hunderten von Mitgliedern neu gründete (so in Küsnacht und wohl auch Männedorf).

Die genannten Kampffahre haben das Selbstbewusstsein der **Stäfner Arbeiterschaft** offensichtlich gestärkt. So treten die Vertreter der Arbeitervereine Stäfas (*Grütlianer* und der gewerkschaftlich organisierten *Arbeiterverein*) bei den **Gemeindewahlen im Frühjahr 1910** erstmals mit einem eigenen Anspruch auf einen Behördensitz an. An der vom Gemeindeverein organisierten **Wählerversammlung** mel-

den die Arbeitervertreter den Anspruch auf Einsitznahme in den Gemeinderat an mit dem Hinweis, dass «*es notwendig ist, dass alle Bevölkerungsschichten in der Behörde vertreten sind, dass keine grössere Minderheit davon ausgeschlossen wird, wenn der Gemeinderat mit Gerechtigkeit und Unparteilichkeit seines Amtes walten soll*», und dass die Arbeiterschaft bisher ohne Vertretung gewesen sei.

Dieser Anspruch der «Arbeitervereine in Stäfa» schien der Wählerversammlung einzuleuchten, und der von den Arbeitervereinen portierte **Rudolf Kunz, Färber**, auf Rain, wurde auf die gemeinsame Vorschlagsliste aufgenommen. Drei Inserate empfahlen diese offizielle Liste, darunter auch ein von den Arbeitervereinen in Stäfa aufgegebenes Wahlinserat, das ebenfalls die vollständige Liste der Kandidaten enthielt.<sup>3</sup> Rudolf Kunz wurde – wie die ZSZ nach dem Wahlsonntag meldete – denn auch «im ersten Anlauf» gewählt: an letzter Stelle zwar, aber mit 437 Stimmen deutlich über dem absoluten Mehr von 300! Die ZSZ kommentierte und mahnte wie folgt: «*Die Mehrheit unserer Bürgerschaft hat damit die Ansicht des Gemeindevereins-Vorstandes, dass das Verlangen der organisierten Arbeiterschaft kein unbilliges sei und Berücksichtigung verdiene, zu der ihren gemacht. Sache des neugewählten Arbeitervertreters wird es sein, durch massvolle, sachliche Zusammenarbeit in der Behörde, das ihm von einer grossen Zahl Bürgerlicher entgegengebrachte Zutrauen zu rechtfertigen.*»

## 1911/1912: Misserfolg der ersten Sektionsgründung

Mit dem **Dezember 1911** wird eine «**Mitgliedschaft Stäfa**» erstmals **quellenmässig fassbar**. Das älteste **Mitgliederverzeichnis**<sup>4</sup> der Stäfner Genossen enthält auf den ersten Seiten ein Verzeichnis, in welchem tabellarisch die eingegangenen Monatsbeiträge aufgelistet wurden. Eröffnet wird die Liste mit immerhin 33 zahlenden Mitgliedern, wobei auch

<sup>3</sup> ZSZ Nr. 28 und 29/1910

<sup>4</sup> Die beiden wichtigsten Quellen für die Zeit um 1930 sind das Mitgliederverzeichnis und das Protokollbuch (vgl. Abbildungen)



die Vorstandsämter angeführt sind: *Christian Menck*, Präsident, *Heinrich Pfister*, Vizepräsident (Parteiausschluss am 1.6.1912), *Julius Schulthess*, Aktuar, *Heinrich Tobler*, Quästor (Austritt Mitte April 1912), und *Karl Schär*, Beisitzer.

Das **Protokollbuch von 1911** gibt genauere Auskunft über die Hintergründe dieser Neugründung. Am 12. November 1911 wurde eine von Zürich aus geführte **«Hausagitation»** durchgeführt. Federführend war wieder die Agitationskommission Zürich, diesmal unter Mitwirkung von *Fritz Platten* (späterer Nationalrat und 1917 Organisator von Lenins Rückkehr nach Russland). Während des ganzen Vormittags besuchten die Agitatoren ausgesuchte Arbeiter und versuchten, sie zu einer Mitgliedschaft in der neu zu gründenden Partei zu bewegen. Und noch am gleichen Tag fand die Gründungsversammlung statt: *«Nachmittags 3 Uhr fand eine Versammlung im Frohsinn statt, zu welcher unser Genosse Platten aus Zürich ein schön Referat brachte über den Zweck des Vereins.»*

14 Schon an dieser «Gründungsversammlung» – über deren Verlauf leider kein Protokoll zu finden ist – fand eine kleine Auseinandersetzung mit Vertretern des örtlichen *Grütlivereins* statt. Diese fühlten ihren Bestand durch die beabsichtigte Gründung gefährdet, *«indem sie glaubten, man würde ihnen Mitglieder entziehen und nicht mit ihnen in Verbindung treten.»*

Das darauf folgende Jahr 1912 scheint jedoch turbulent verlaufen zu sein. Von den zunächst erfassten 33 Mitgliedern traten sieben schon 1912 wieder aus, zwei (darunter Vizepräsident Pfister – vgl. unten) wurden ausgeschlossen, vier wegen Zahlungsrückständen gestrichen, und zwölf sind als «abgereist» vermeldet. Immerhin gab es im Frühjahr 1912 auch einige Neueintritte, so dass die Sektion Ende 1912 noch rund 15 zahlende Mitglieder umfasste. Wenn man die relativ hohe Zahl der Wegzüge – Zeugnis der hohen Mobilität und Verfügbarkeit der Arbeiterschaft – abzieht, so verbleiben doch rund ein Dutzend Parteiausschlüsse und Streichungen, was auf einige Startschwierigkeiten hinweist. Möglicherweise findet sich hier auch der Hauptgrund für das Scheitern der ersten Sektionsgründung.

Die Protokolle der Versammlungen von 1911 und 1912 zeigen weitere Gründe für den raschen Niedergang der Neugründung auf: So war der Ausländeranteil sehr hoch, was etwa im Blick auf den Auftritt an Gemeindeversammlungen beklagt wurde. Dazu war ein Teil der engagierten Arbeiter gleichzeitig in der Anfang 1912 gegründeten lokalen *Arbeiterunion* aktiv geworden. Diese war als Zusammenschluss der verschiedenen Arbeitergruppierungen v.a. wichtig für die Vertretung von gewerkschaftlichen Arbeiterinteressen vor Ort. – Die fehlende Zahlungsmoral hatte aber offenbar auch mit den tiefen Löhnen in diesen Vorkriegsjahren zu tun. Der Monatsbeitrag von 40 Rappen schien vielen zu hoch, hatten sie doch auch Beiträge an ihre Gewerkschaften zu bezahlen. Zur Finanzierung des neu anzuschaffenden Mitgliederbuches musste der Beitrag dann im April 1912 sogar auf 50 Rappen erhöht werden.

Auch **Querelen** blieben der «Mitgliedschaft Stäfa» nicht erspart. So wurde der Genosse und Kassier Pfister im Juni aus der Partei ausgeschlossen, weil er beim Malerstreik in der Stadt Zürich Streikbrecherdienste geleistet hatte. Dazu habe er seinem Küsnachter Arbeitgeber gemeldet, dass er krank sei... Das unehrenhafte Verhalten wurde mit einem ausdrücklichen «Parteiausschluss» geahndet, obwohl Pfister zuvor schon aus der Partei ausgetreten war. – Das zeitweilige Parteilokal Restaurant *Post* mit Parteimitglied und Wirt Genosse Schär wurde im August nach langer Debatte aufgegeben, weil sich verschiedene Mitglieder weigerten, weiterhin in die *Post* zu kommen.

Ab Juli 1912 fanden die Parteiversammlungen nur noch sporadisch statt, zudem meist mit kleinem Teilnehmerfeld. Am 3. August fanden immerhin 15 Genossen den Weg in die *Sonne*; Hauptgrund wohl das Referat des Genossen Manz zum geplanten Generalstreik in Zürich. Am 21. September traten Präsident und Aktuar zurück, ohne dass Nachfolger bestimmt werden konnten. Und die Versammlung vom 20. Oktober wurde noch von 4 Genossen besucht. Sie wurde zur Vorstandssitzung umbenannt, und man beschliesst, bis zur Generalversammlung 1913 keine Mitgliederversammlung mehr durchzuführen.

Eine solche GV findet dann aber nicht mehr statt. Und unter dem 1. Februar 1913 wird die **Auflösung der «Mitgliedschaft Stäfa»** vermeldet:

*«Die soz. Mitgliedschaft wird am 1. Februar als aufgelöst erklärt und das vorhandene Material zur Aufbewahrung an die kantonale Agitationskommission nach Zürich (geschickt), bis sich Gelegenheit bietet, in Stäfa eine Schwesterorganisation zu gründen.*

*Materialverzeichnis: 9 Parteibücher, 76 Parteimarken, 1 Jahrbuch 1911, 1 Kassabuch, 1 Protokollbuch, 2 Stempel (1 Markenstempel, 1 Vereinsstempel), 137 Einladungskarten, 16 Fr. 30 Rp.»*

Diese «Materialübergabe» hat offensichtlich stattgefunden. Und nach der Neugründung von 1917 forderte der neue Parteivorstand tatsächlich von der kantonalen Geschäftsleitung die *«Auslieferung der Inventur der alten Partei und den Kassenbestand im Betrage von Fr. 16.30»*. Diesem Wunsch entspricht der kantonale Parteivorstand mit Beschluss vom 6. Mai 1917.

Einen weiteren Hinweis auf die Gründe für das Scheitern der ersten Parteigründung finden wir viel später, im 40. Jahresbericht von 1956, wo Parteipräsident Hans Beutler an die Gründung von 1912 erinnert. Er meint, dass die am Ort längst verankerten *Grütlianer* einen dauerhaften Erfolg verhindert hätten. Die *Grütlianer* seien eben mehr Konkurrent als Partner gewesen.

## **Ausbau der Behördentätigkeit 1913 und 1916**

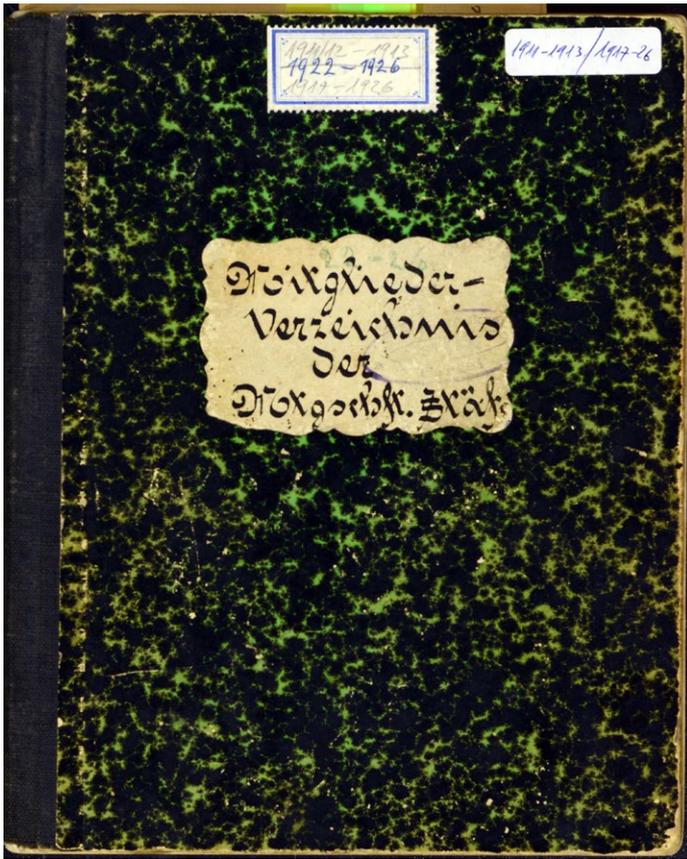
Bei den folgenden Gesamterneuerungswahlen konnte die Arbeiterschaft ihren Gemeinderatssitz halten und erhielt ab 1913 auch einen Sitz in der Steuerkommission.

1913 scheint es zu einer grossen Rücktrittswelle im Gemeinderat gekommen zu sein. Beim Arbeitervertreter Rudolf Kunz heisst es in der Berichterstattung der ZSZ, er sei erst auf das *«Drängen seiner Genossen»* hin nochmals

angetreten. Zudem bestätigte die Wählerversammlung einen zusätzlichen Anspruch der Arbeiterschaft und beschloss, die Kandidatur des vom *Grütliverein* portierten **Ernst Schori, Elektriker und Wirt «zum Frohsinn»**, für die Steuerkommission zu unterstützen. Beide Kandidaten wurden im Mittelfeld der Kandidatenauswahl gewählt. Auffällig ist, dass ein Wahlinsurat erstmals mit «Partei-vorstand» unterzeichnet wurde. Bestand somit 1913 doch noch ein Überrest der 1912 existierenden «Mitgliedschaft» oder gab man eine solche einfach vor?

1916 waren die beiden **Arbeitersitze in den Behörden unbestritten**: *«Ohne Widerspruch wurde auch den Begehren der organisierten Arbeiterschaft, es möchte ihr wie bis dahin eine Vertretung im Gemeinderat und in der Steuerkommission eingeräumt werden, entsprochen»* – vermeldet der ZSZ-Berichterstatter über die Wählerversammlung von Ende Februar. Der dritte Anspruch allerdings – Einsitznahme in die Schulpflege – habe *«diesmal keine Berücksichtigung gefunden»*, was allerdings eher am *«Mangel einer zugkräftigen Kandidatur»* gelegen habe. Da Rudolf Kunz diesmal definitiv verzichtete, rückte *Ernst Schori* in den Gemeinderat nach und wurde in der Steuerkommission durch *Wilhelm Ernst, Schriftsetzer*, ersetzt.

In allen drei Wahlen – 1910, 1913 und 1916 – **gelang es also der Arbeiterschaft, ihre Kandidaturen kampflos auf die gemeinsame Liste der Wählerversammlungen zu bringen**. Die bürgerliche Gemeinde hat damit die Türe geöffnet für die Einsitznahme auch dieses Bevölkerungsteils. Allerdings waren die Ansprüche der Arbeiterschaft auf einen von damals elf Gemeinderatssitzen und einen von acht Sitzen in der Steuerkommission bescheiden genug. Dass – wohl auch im Zusammenhang mit den genannten Vorkriegskrisen, den Revolutionswirren in Russland und dem 1. Weltkrieg – **weniger Klassenkampf als Konsens** von beiden Seiten angestrebt wurde, ist jedoch augenfällig. So wundert es denn auch kaum, dass Arbeiterkandidat (und Wirt) Ernst Schori 1916 sogar auf einer Wahlempfehlung der «Landwirte» aufgeführt wird.



Das Mitgliederverzeichnis der «Mitgliedschaft – eine wichtige Quelle

## 15. April 1917: Neu-Gründung der SP-Sektion Stäfa als reine Arbeiterpartei

Die SP Stäfa wurde schliesslich am 15. April 1917 definitiv gegründet. Leider fehlt auch diesmal ein Protokoll der Gründungsversammlung. Die Protokolle sind aber ab 27. April 1917 (Vorstandssitzung) und der 1. Mitgliederversammlung vom 12. Mai 1917 im oben erwähnten Protokollbuch relativ vollständig enthalten.

Die Gründung erfolgte wiederum im Zusammenhang mit einer grossen «Agitationswelle», die vom Kantonal-

vorstand mitgetragen wurde und auch Stäfa umfasste. Diese Agitation war ausgerichtet auf die ersten **Proporzahlen im Kanton Zürich**, bei denen sich die SP erstmals gute Chancen auf eine angemessene Vertretung im Parlament erhoffte. Aus den kantonalen Protokollen und Akten geht hervor, dass die Agitationskampagne vom «Bezirksverband Meilen» getragen wurde. Dieser informiert nämlich die kantonale Geschäftsleitung Anfang April 1917 über die Agitation in Männedorf, Stäfa und Herrliberg und bestellt dazu die Broschüre «Denk und handle!».

Elf Männer haben am 15. April 1917 die «**Mitgliedschaft Stäfa**» neu gegründet.<sup>5</sup> Von den früheren Mitgliedern findet sich nur *Christian Menck*, diesmal als Vizepräsident, während das **Präsidium an Adolf Kuhn, Bahnangestellter**, ging. Der zum Aktuar gewählte *Adolf Bütler* trat schon sechs Wochen später wieder aus der Partei aus, während wir *Emil Quadri* (Quästor) und *Heinrich Greutert* (Beisitzer) auch später wiederholt antreffen. Bis Ende 1917 wuchs die Mitgliederzahl durch Eintritte und Übertritte auf 20, im folgenden Jahr bei vielen Mutationen auf 22 Männer. An der ersten Generalversammlung vom 16. Februar 1918 streicht der Jahresbericht die massgebliche Rolle der «Genossen aus dem Holzarbeiterverband» bei der Gründung der Sektion heraus. Im Verzeichnis für 1918 werden bei den meisten Mitgliedern ausnahmsweise auch Berufsbezeichnungen angeführt. Neben einigen Bahnangestellten finden sich dabei ausschliesslich **Vertreter handwerklich-industrieller Berufe**: Schreiner, Maurer, Schlosser, Weber, Schneider, Spengler, Sattler und vier Klavierschreiner. Später tauchen bei den unsystematisch verzeichneten Berufsbezeichnungen auch vielfach Handlanger auf – die Sektion Stäfa ist in ihren Anfangsjahrzehnten eine **reine Männer- und Arbeiterpartei!**

Die Neugründung der Sektion Stäfa lässt sich nun auch in den kantonalen Protokollen und Akten belegen. So be-

<sup>5</sup> Hauptquellen sind weiterhin das «Mitgliederverzeichnis der Mitgliedschaft Stäfa» von 1911 ff und das «Protokollbuch» von 1911 ff. Dazu Protokolle und Jahresberichte des kantonalen SP-Parteivorstands und der Geschäftsleitung (Sozialarchiv) sowie die Berichterstattungen im «Volksrecht» und in der «Zürichsee-Zeitung».

schliesst die Geschäftsleitung auf Ersuchen der neugegründeten Sektion am 6. Mai 1917, die «Auslieferung der Inventur der alten Partei und des Kassenbestandes im Betrage von Fr. 16.30». Und im Jahresbericht 1917 der Kantonalpartei wird die Neugründung mit 20 Neumitgliedern erwähnt. Neben Stäfa sind auch Männedorf (40 Mitglieder), Herrliberg (15) und Hombrechtikon (10) als Neugründungen aufgeführt. Die Sektion Männedorf dürfte allerdings schon vorher bestanden haben.

1917 ist in der Zürcher Politik insofern ein Schicksalsjahr, als der Kantonsrat erstmals nach dem **Proporzverfahren** gewählt wurde (1919 folgte dann die Einführung des Pro-

porzes auf eidgenössischer Ebene für die Wahlen in den Nationalrat). Erstmals hatten damit auch Minderheiten eine echte Wahlchance. Diese Chancen wurden erhöht durch die Zusammenlegung der bisher existierenden kleinen Wahlkreise in grössere, die einzelnen Bezirke umfassende Wahlkreise (Meilen mit 12 Sitzen). Es leuchtet ein, dass die (Neu-)Gründung einer eigenen Stäfer SP-Sektion ebenso sinnvoll war wie die Neugründung der EVP oder die Abspaltung der «Bäuerlichen» von der FdP auf kantonalen Ebene. Dass die Sektionsgründung in Stäfa vor allem in diesem Zusammenhang zu sehen ist, lässt sich auch dadurch bestätigen, dass ihr Präsident, **Adolf Kuhn**, Bahnangestellter, 1917 prompt in den Kantonsrat gewählt wurde.

	Name	1917 Monats					Beiträge 1917.							Bemerkungen.	
		Jan	Febr	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		Total
1	Kuhn Adolf, Präsident					50	50	50	50	50	50	50	50	14.-	
2	Menz Christian, Vice "					50	50	50	50	50	50	50	50	14.-	
3	Bütler Adolf, Aktuar					50								-50	auf 31. Mai 1917 ausgehoben
4	Quadri Emil, Kassier					50	50	50	50	50	50	50	50	4.-	
5	Greutert W., Beisitzer					50	50	50	50	50	50	50	50	4.-	
6	Suter Ed.					50	50	50	50	50	50	50	50	11.-	
7	Schwaminger Ferd.					50	50	50	50	50	50	50	50	11.-	
8	Rustholz Ad.					50	50	50	50	50	50	50	50	3.-	
9	Rotenkofler J.														
10	Berussek-Fischer					50	50	50	50	50				3.-	Gestrichen keine Beiträge auf 30. Okt. nach Kuhn eingekommen
11	Dombberger Rob.					✓	50	50	50	50	50	50	50	3.50	
12	Läuchli Hans						50	50	50	50	50	50	50	3.50	
13	Ryffel Friedr.						✓		50	50	50	50		1.50	
14	Hyser Jakob jun.						50	50	50	50	50	50		3.-	
15	Pöll Ernest						50	50	50	50	50	50		2.50	
16	Pöll Emil						✓	50	50	50	50	50		2.50	
17	Huber Gottlieb								50	50	50	50		2.-	
18	Hummel Hans								50	50	50	50		2.-	
19	Hudner Hermann								✓	50	50	50		1.50	
20	Kager Alb.									50	50	50		1.50	
21	Kuhn Bruno									✓	50	50		1.-	von Prof. Kuhn eingez. und erhalten
						14.50	5.-	6.-	5.50	7.-	9.-	10.-	9.-	55.00	

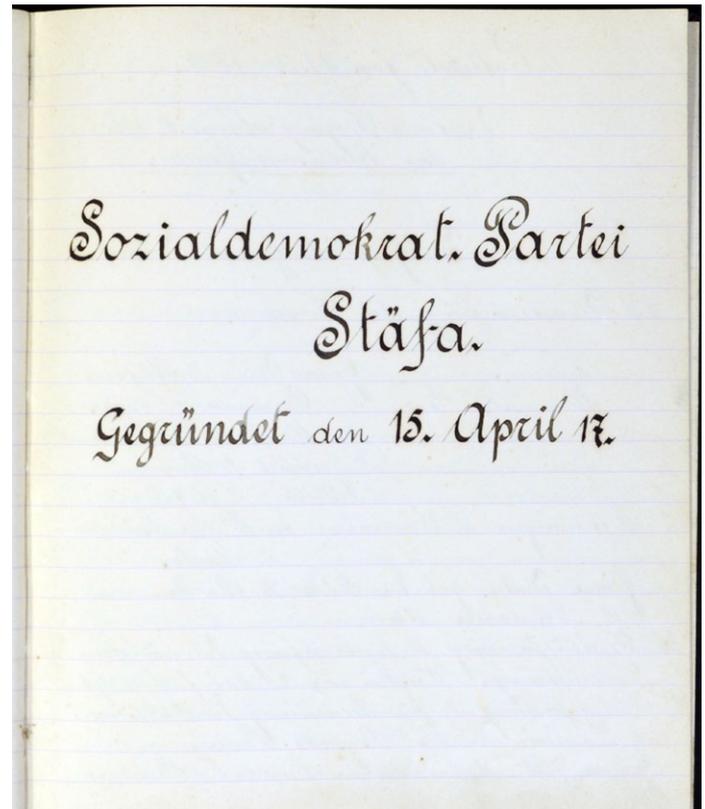
Anders als 1911/12 zeigen sich im Mitglieder- und Abrechnungsbuch von 1917 kaum Austritte und Ausschlüsse

Die Partei wuchs stetig bis auf rund 45 Mitglieder. Gründungspräsident «Genosse» Kuhn führte die Partei über viele Jahre hinweg und mit zunehmendem Erfolg. Kuhn scheint der «starke Mann» der Sektion gewesen zu sein – wahrscheinlich ist die Neugründung nicht zuletzt durch ihn vorangetrieben worden. Auch aus den Versammlungsberichten lässt sich die überragende Führungsrolle Kuhns herauslesen. So wird bei kontroversen Themen mehrfach vermerkt, dass Genosse Kuhn dagegen sei – das genügte dann wohl für die Meinungsbildung.

### Vom Innenleben der SP Stäfa (1917 bis um 1930)

Die neugegründete Partei startete mit **Monatsversammlungen**, die allerdings eher schlecht besucht waren (weniger als 10 Teilnehmer). Später steigt die Teilnehmerzahl allerdings auf rund 20 bis sogar 30 Mitglieder. Während anfänglich das Restaurant *Grösser* und der *Frohsinn* als Parteilokal gewählt wurden, war es ab 1920 zumeist das *Wiesental*. Nicht nur Erfolge vermelden die Jahresberichte, Protokolle und Akten der Sektion. Auch **Probleme** stellten sich gelegentlich: 1923 beklagt der Protokollführer die Teilnahme von «24 Genossen, nicht alle in nüchternem Zustand». Geldsorgen der Sektion und die schlechte Zahlungsmoral einzelner Mitglieder plagten die Partei ebenso wie interne Reibereien, die verhindert werden sollen, «denn nur so können wir eine freudige Versammlung gewährleisten». Es gab aber auch Höhepunkte, wie im November 1923, wo der «Genosse Nops» – wohl der spätere Bundesrat Ernst Nobs – mit Bravorufen empfangen wurde.

Die **Themen** sind vielfältig. Man warb für das «*Volksrecht*», das den Genossen als Alternative zur «*kapitalistischen*» ZSZ empfohlen wurde. In diesem Zusammenhang taucht auch regelmässig das Thema *Schaffung eines amtlichen Publikationsorgans* für den Bezirk Meilen auf. – Ab Sommer 1918 startete die Sektion zusammen mit der Arbeiterunion mit einer Aktion bei den lokalen Unternehmern, die eingeladen wurden, den 1. Mai arbeitsfrei zu erklären. Dies mit positivem Echo, «*was als ein schöner Erfolg ... zu ver-*



Das Gründungsdatum, im Protokollbuch vermerkt

zeichnen ist». – Weitere regelmässig wiederkehrende Themen sind: *Veröffentlichung der Steuerregister*, *Erhöhung des Existenzminimums*, die als ungenügend taxierten Anstrengungen der Gemeinde bei der Ansetzung von *Notstandsarbeiten* (immer wieder prellte die Partei mit Projektvorschlägen vor!).

Die **Geschäfte der Gemeindeversammlungen** wurden regelmässig und ausgiebig diskutiert, der Fokus lag aber natürlich vor allem auf den die Arbeiterschaft betreffenden Themen. Dies akzentuierte sich in den folgenden Jahren mit zunehmender Wirtschaftskrise deutlich. Aber auch *kleinere Anliegen der Bevölkerung* finden ihren Niederschlag. So appellierte die Partei im Oktober 1918 an die Gesundheitskommission, sie solle verhindern, «*dass ... hierorts Lebensmittelverkäufer bei der heutigen Zeit noch*

*das Amt eines Leichenwärters versehen können».* Oder man setzte sich für die bedürftigen Einwohner ein, damit bei der *«Einkellerung von Kartoffeln»* auch Bewohner ohne geeigneten Keller von den Aktionen profitieren können.

Auch **Weiterbildung** wurde betrieben: Häufig traten auswärtige Referenten auf, so mehrfach etwa der aus Küsnacht stammende Nationalrat Kägi oder Kantonsrat Caspari. Themen sind: «Teuerung und Wucher», «Der Landesgeneralstreik», «Das Wohnungselend», «Die Beschäftigungslage der Schweiz», «Warum sind wir Sozialdemokraten?», «Militär und Sozialismus», «Die Auswanderungsbewegung nach Südamerika», «Der Ruhrkonflikt». Eher selten werden dabei eigentliche klassenkämpferische Töne angestimmt, so im März 1920, wo Genosse Bickel laut Protokoll *«... himmelschreiende Tatsachen über das Wohnungselend vor Augen führte. Die heutige Wohnungsnot sei entstanden ..., weil das geldgierige Herrentum zu wenig Profite einsacken konnte und deshalb den Wohnungsbau einstellte. Es ist dies ein Beweis, wie gut es die Geldsackpatrioten mit der arbeitenden Klasse meinen. Wie manche Familie muss heute körperlich zu Grunde gehen, nur weil sie in ungesunden Löchern ihr Leben fristen muss.»*

Interessant ist auch das Verhältnis zu den **der Arbeiterschaft nahestehenden Vereinen**, vor allem zum Radfahrerbund (später *Freie Radler*) und zu den *Naturfreunden*. Bei der Gründung der Naturfreundegruppe Stäfa 1927 spendiert man einen Beitrag von 20 Franken, und regelmässig wird für die Unternehmungen dieser Vereine – etwa für Theateraufführungen und Abendunterhaltungen – an den Versammlungen geworben. Aber auch ein Beitrag an die neue Fahne des Arbeiter-Turnvereins Küsnacht wird gesprochen. Später revanchieren sich die Naturfreunde mit dem Auftritt ihres Sängerkwartetts an Veranstaltungen der SP-Sektion.

## **Arbeiter gegen Bürgerliche – Flügelkämpfe bei den Linken**

Während die Arbeitervereine in Stäfa zwischen 1910 und 1916 ihre wenigen Kandidaten kampflos in Gemeinderat und Steuerkommission brachten, wurde das Ringen um Einfluss auf die Gemeindepolitik nach 1917 deutlich härter. Das hing zweifellos auch mit der Entstehung neuer politischer Gruppierungen zusammen, die mit der Einführung des Proporz auch lokal in Erscheinung traten. 1919 folgte dann auch die Gründung von Ortsparteien durch die FdP, die EVP und die Demokratische Partei. – Ebenso gross war aber auch hier der Einfluss der «grossen Politik» – die politischen und ideologischen Gegensätze bei Kriegsende und in den ersten Nachkriegsjahren traten nun viel schärfer in den Vordergrund. Die **Revolutionen in Russland**, die mit der Machtergreifung der Bolschewiki endeten, und die nachfolgenden revolutionären Unruhen in ganz Europa und auch in der Schweiz (Generalstreik in Zürich und im ganzen Land) vertieften die Gegensätze zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft.

Im Februar 1925 wird im Blick auf die Gemeindewahlen beschlossen, Kandidaturen für alle Behörden anzumelden, was dann allerdings mangels geeigneter Kandidaten nicht ganz gelingt. Das rauhere politische Klima lässt aber auch einige der neuen Kandidaten scheitern. Nur die beiden bisherigen Gemeinderäte Ernst Schori und Wilhelm Ernst, beides Grütlianer und damit für viele Bürgerliche wählbar, werden schliesslich gewählt – SP-Mann Walter Iten hingegen scheitert. Der Einzug in die RPK und die EW-Kommission missglückt ebenso wie eine Verstärkung der Arbeitervertretung in der Gesundheitskommission oder in die bis 1928 noch getrennten Primar- und Sekundarschulpflegen.<sup>6</sup>

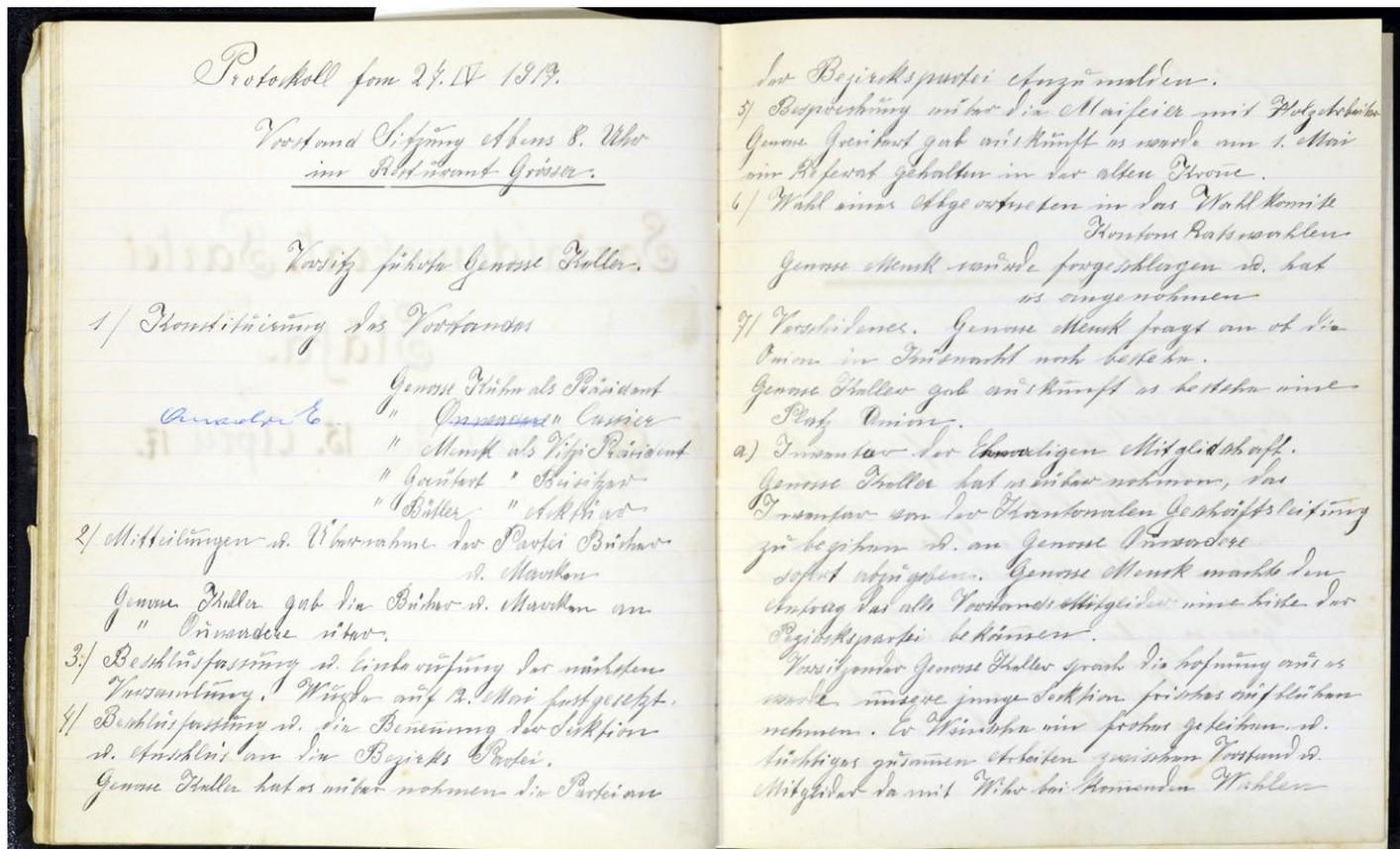
---

<sup>6</sup> Eine Übersicht über die SP-Vertretungen in den Stäfner Behörden findet sich im Anhang. Die Auflistung ist nicht ganz vollständig (die Mitglieder der Kirchenpflege wie die Mitglieder des Kantonsrats wurden nicht durchgehend erfasst). Zudem ist die Zuordnung zu den einzelnen Kandidatengruppen nicht immer ganz gesichert – nicht immer ist klar, ob es sich auch nach 1917 um einen SP-Vertreter oder einen Grütlianer handelt.

Wechselhaft gestaltet sich auch das Verhältnis zum **Grütliverein Stäfa**. Dieser war schon 1876 gegründet worden und hatte längst eine solide Basis in Stäfa. Mit der Gründung der Zürcher SP-Kantonalpartei 1903 traten zahlreiche Grütli-sektionen in die SP über, so auch der Stäfner Grütliverein. Aber der «vaterländisch» orientierte Grütliverein und die SP taten sich auf kantonaler wie kommunaler Ebene oft schwer miteinander. So kommt es immer wieder zur Konfrontation mit den «Grütliern», so etwa 1923 auf der Bezirks-Delegiertenkonferenz, wo man die Grütliern der Einfachheit halber gleich ganz von der Versammlung ausschliessen will... Der Grütliverein ging zeitweise ganz im **Arbeiterverein Stäfa** auf, 1934 vermeldet das Protokoll

dann aber, dass der Verein sich nun wieder Grütliverein nenne. Vor allem anlässlich der Gemeindewahlen stellte sich jeweils die **Frage einer gemeinsamen Liste** – nicht immer waren dabei die Verhandlungen über einzelne Kandidaturen einfach. Zu einer schweren Krise kam es 1934, als es um die Wiederaufstellung von **Ernst Schori, Elektriker und Wirt**, seit 1916 im Gemeinderat, ging. Schori wurde von vielen SP-lern als «zu bürgerlich» bezeichnet, und man warf ihm die Ablehnung einer Subventionserhöhung für die Arbeitslosenversicherung vor. Zudem belastete der Wechsel von Gemeinderat (und «Verräter») **Paul Stutz** von der SP in den Grütliverein das Verhältnis der ungleichen Arbeiterorganisationen. Schori und Stutz wurden denn

Auszug aus dem Protokollbuch: Versammlung von 1917 – und ein Beispiel von 1922 (rechte Seite)



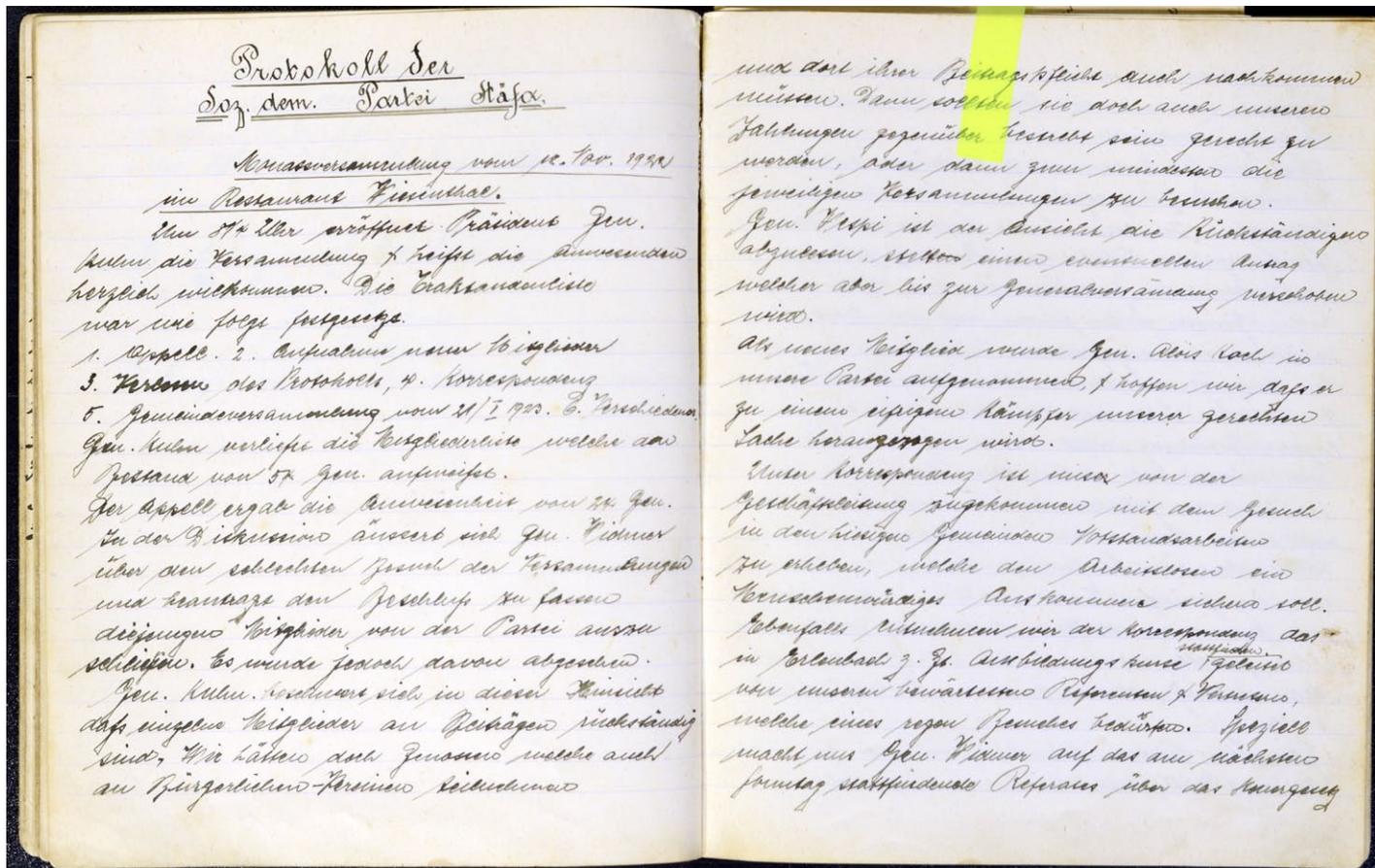
auch prompt wiedergewählt – der Kandidat der SP, Reinhard Demuth, dagegen blieb chancenlos.<sup>7</sup>

Weniger Spuren hinterlässt die **Auseinandersetzung zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten**, die sich nach dem Ende des 1. Weltkrieges von der gemäßigten Linken trennten. Im Januar 1920 meldet das Protokoll den Eingang eines Schreibens von Genosse Nationalrat

7 Am 17.5.1984 publizierte die ZSZ einen ausführlichen Bericht von Peter Frikart, in dem das Wahldebakel der SP Stäfa in den grossen Zusammenhang der Kämpfe zwischen Linken und Rechten auf nationaler und internationaler Ebene gestellt wird. Der Artikel ist in leicht gekürzter Form in dieser Schrift unter dem Titel «Der Rauschmiss aus den Behörden 1934» abgedruckt.

Kägi aus Erlenbach, der wünscht, «dass kein linksstehender Genosse als Delegierter für den kantonalen Parteitag entsendet werde, was auch ziemlich berücksichtigt wurde». Die bürgerlichen Parteien waren demgegenüber rasch bereit, einen linksstehenden Sozialdemokraten als «Kommunisten» abzuqualifizieren und eine Wahl zu verhindern (vgl. nächsten Abschnitt). 1936 drohte die Bezirkspartei wegen dieser Flügelkämpfe sogar fast auseinanderzubrechen.

Hauptgegner der SP Stäfa aber blieben die **Freisinnigen**, später zeitweise auch der Landesring der Unabhängigen von Gottlieb Duttweiler oder die Christlichsozialen. Auch hier gestaltete sich das Verhältnis wechselhaft – neben Jahren friedlicher Absprachen unter den Ortsparteien gab es



Protokoll der  
Soz. dem. Partei Stäfa.

Abendversammlung vom 16. Nov. 1920  
im Restaurant Fiedenthal.

Herr St. Müller eröffnet Präsident Gen.  
Kulm die Versammlung & trägt die Anwesenden  
herzlich willkommen. Die Ortsanwaltschaft  
war eine feige Festsetzung.

1. Appell. 2. Aufnahmewort Mitglieder
  3. Verlesen des Protokolls, 4. Korrespondenz
  5. Gemeindevorstellung vom 11/1 1920. 6. Verschiedenes
- Gen. Kulm verliest die Beschlüsse, welche aus  
Bestand von 57 Gen. aufsteigen.  
Der Appell ergab die Beweismittel von 24 Gen.  
In der Diskussion äussert sich Gen. Fiedner  
über den selbstlichen Beschluss der Versammlung  
und beantragt den Beschluss zu fassen  
diejenigen Mitglieder von der Partei auszu-  
schließen. Es wurde darauf abgesehen.

Gen. Kulm verliest sich in dieser Hinsicht  
dass einige Mitglieder an Mitgliedern rückständig  
sind. Wir hätten auch Genossen welche auch  
an Mitgliedern rückständig sind.

und das ihrer Gedankensweise auch nachkommen  
müssen. Dann sollte sie doch auch unserer  
Forderungen gegenüber bereit sein gerecht zu  
werden, oder dann zum mindesten die  
jeweiligen Versammlungen zu besuchen.

Gen. Kägi ist der Ansicht die Rückständigen  
abzutreiben. Er hat einen entsprechenden Antrag  
welcher aber bis zur Generalversammlung zurückbleiben  
wird.

Als neues Mitglied wurde Gen. Alois Koch in  
unserer Partei aufgenommen, & hoffen wir dass er  
zu einem eifrigen Kämpfer unserer gerechten  
Sache herangezogen wird.

Unter Korrespondenz ist ein von der  
Gedächtnisrede zugekommen mit dem Wunsch  
in den hiesigen Gemeindevorstand  
zu treten, welche dem Arbeitskreis ein  
Korrespondenzmitglied auszusuchen sich zu soll.  
Besonders zu erwähnen ist der Korrespondenz des  
in Oltenbad z. G. der Bildungshaus (Gemeinde)  
von unseren bewährten Referenten & Führern,  
welche einen regen Verkehr hat. Herr  
macht uns Gen. Fiedner auf das am nächsten  
Freitag stattfindende Referat über das Programm

immer wieder den Kampf um einzelne Ämter, vorab um die Sitze im Gemeinderat. Der Tonfall der Auseinandersetzungen war dabei oft sehr rauh. So 1931, als der als «Kommunist» verschriene SP-Kandidat Bärtschi von der FdP abgelehnt und auch verhindert wurde: «*Das bürgerliche Pack hat uns nicht besiegt, sondern nur aufgehalten*», meinte der Parteipräsident darauf im Jahresbericht. Oft unterstützte man auch die Kandidaten anderer Parteien, um den Machtanspruch der Freisinnigen zu bekämpfen. 1939 obsiegte der Bauernkandidat Lüthy für das Amt des Gemeindegammanns nur dank der SP-Unterstützung im Kampf gegen den freisinnigen Kandidaten – mit nur 5 Stimmen Vorsprung.

Umgekehrt fanden die traditionellen Ortsparteien jeweils rasch zusammen, wenn sie von neuen politischen Gruppierungen bedrängt wurden. So 1938, als man einen früher bei den faschistischen Frontisten engagierten LdU-Kandidaten gemeinsam bekämpfte. Überhaupt wurden die Reihen in den Krisen- und Kriegsjahren immer wieder rasch geschlossen.

## ... und die Frauen?

Im Februar 1922 empfiehlt die von «16 Mann» besuchte Versammlung – Frauen gehörten der Sektion bis nach dem 2. Weltkrieg nicht an<sup>8</sup> – die Annahme des **Frauenstimmrechtes**. Dies, «*weil der Frau, welche ebenfalls den Kampf ums Dasein führt, Aufklärung gebührt und sie sich auch im Armenwesen, etc., überhaupt an dem Politischen betätigen soll.*» – Die Abstimmung wurde verloren – damit verliert das Thema Frauen wieder an Aktualität. Immerhin wird 1931 bedauert, dass viele Genossen ihre Frauen immer zu Hause liessen: «*Das muss anders werden, sollten die Frauen auch zu Streiterinnen erzogen werden*» – moniert Parteipräsident Stutz im Jahresbericht. Eher kurios erscheint so die nächste Erwähnung der Frauen im Jahresbericht

<sup>8</sup> Einzige Ausnahme: Am 7. Januar 1912 wurde «Fräulein Senn von Hombrechtikon» in die neugegründete Vorläuferpartei aufgenommen. Minna Senn wird im Mitgliederverzeichnis tatsächlich genannt. Nachdem sie aber nur den Januar-Beitrag bezahlt hatte, wurde sie rasch wieder gestrichen.

1936, wo ausdrücklich auf den wichtigen Beitrag «*einiger Frauen unserer Genossen*» verwiesen wird, welche «*einen schönen Posten Strümpfe und einige Hemden*» für die Arbeiter-Kinderhilfe angefertigt hätten. So war der Appell des Präsidenten wohl nicht gemeint ...

Der Platz der Frauen in der Sektion wurde mit Kriegsbeginn 1939 aber sofort stark aufgewertet. Schon an der ersten «*Kriegsparteiversammlung*» vom 28. September 1939 wurden die Frauen der Genossen ausdrücklich eingeladen. Unter anderem war ihre Meinung zur Frage der Wehrmännerentschädigung gefragt – der «*Aufmarsch der Frauen*» wird als gut bezeichnet. Erst 1946 aber trat erstmals eine Frau als Mitglied in die SP-Sektion Stäfa ein. Gleichzeitig stellte die Sektion erstmals eine Frau für ein Behördenamt auf. Dies allerdings erst nach einer lebhaft geführten Diskussion in der Sektionsversammlung vom 31. März 1946, die schliesslich mit 16 zu 10 Stimmen eine weibliche Kandidatur befürwortete. Aufgestellt und gewählt wurde *Frau (Franziska) Weber* in die Altersbeihilfe-Kommission.

## Starke Präsidenten – wachsende Mitgliederzahlen – Kampf für soziale Anliegen

Nicht nur der Gründungspräsident und langjährige *Kantonsrat Adolf Kuhn* war eine starke Führungsfigur; er führte die Sektion von 1917 bis 1926. Auch seine Nachfolger verbanden ihre Parteiführung zumeist mit einem Behördenamt. So von 1927 bis 1931 *Paul Stutz sen.*, zugleich Gemeinderat (er trennte sich dann allerdings von der Partei), dann *Hans Hörler*, 1934 bis 1938, viele Jahre Mitglied der Steuerkommission, vor allem aber die beiden erfolgreichen **Langzeitpräsidenten** *Hans Beutler (1939 bis 1958)* und *Werner Demuth (1959 bis 1975)*. Beide gehörten während mehrerer Amtszeiten dem Gemeinderat und Werner Demuth zudem auch noch dem Kantonsrat an.<sup>9</sup>

<sup>9</sup> Vgl. dazu im Anhang die Liste mit den Namen der Präsidenten und den Mitgliederzahlen der Ortspartei.

Die **Mitgliederzahlen** wuchsen seit 1917 stetig von 20 Gründungsmitgliedern **bis auf 101** im Jahre 1950. Dabei spiegeln sich in diesen Zahlen natürlich auch immer wieder die grossen politischen Zeitereignisse. Nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise stieg die Mitgliederzahl rasch auf 95, unter dem kämpferischen, aber auch parteiintern umstrittenen Präsidenten *Heinrich Bärtschi* (1932/33) gingen sie stark zurück. Die Kriegsjahre brachten dann einen weiteren Einbruch (Tiefpunkt 1942 mit 52 Mitgliedern), während die erstmalige Wahl eines SP-Mannes in den Bundesrat 1943 und vor allem das Kriegsende sofort wieder zu einem Ansteigen der Zahl auf 60 und bald darauf sogar 90 Mitglieder führte.

Mit zum Erfolg beigetragen hat natürlich auch der grosse persönliche Einsatz der Präsidenten und der aktiv *«agitierenden»* Mitglieder sowie der oft sehr erfolgreiche **Einsatz an Gemeindeversammlungen oder in der Öffentlichkeit für die Anliegen «der kleinen Leute»**: 1933 fand eine kontradiktorische Versammlung zum Thema Lohnabbau statt, wo sich SP-Nationalrat Kägi mit dem *«Reaktionär»* Nationalrat Reichling mass. Die Vorlage wurde denn in Stäfa auch gut angenommen. – Weitere Einsätze wurden geleistet für Notstandsprojekte, für die *«notwendige Hilfe für Arbeitslose und Schuldenbauern»* (1933), für die Erhöhung der Löhne der Badewärterin (1929) oder der Hebamme (1935), für die Arbeiter-Kinderhilfe (ab 1936), für den Kampf um Minimallöhne, d.h. die Aufstockung der vom Kanton tief angesetzten Minimallöhne durch die Gemeinde (1936) oder noch 1946 für die Erhöhung der Wehrmännerzulagen wiederum durch die Gemeinde. – Schon 1929 setzte sich die Sektion vehement und erfolgreich für eine Schulhausvorlage ein und strich darauf heraus, *«dass die Arbeiterschaft mehr Verständnis für kulturellen Fortschritt hat als viele Geldsackbürgerliche»*. Nur dank der geschlossenen Hilfe der Arbeiterschaft sei der schöne Bau möglich geworden (es handelt sich um das Schulhaus Kirchbühl Süd). 1930 setzte man sich übrigens zusammen mit dem Gewerbeverein (!) für kürzere Ladenöffnungszeiten ein. Und 1932 leistet die Partei sogar einen konkreten Beitrag zugunsten der Arbeitslosen: Sie lässt Flugblätter durch arbeitslose Genossen gegen Entgelt verteilen.

Natürlich stand die Sektion auch bei vielen wichtigen **kantonalen und eidgenössischen Vorlagen** aktiv im Einsatz, und immer wieder wird gern vermerkt, wenn die Ergebnisse in Stäfa im Sinne der SP ausfallen: Ablehnung der BV-Teilrevision (1935), Unterschriftensammlung für die Arbeitsbeschaffungsinitiative (1937, 643 Unterschriften), Arbeitslosengesetz (1937), kantonaler Kredit für Krisenbekämpfung (1938, Zeichen *«der politischen Reife ... und dem sozialen Verständnis des Zürcher Volkes insbesondere»*). Geradezu triumphale Ergebnisse werden dann in Stäfa auch bei den Abstimmungen über die Altersbeihilfe (1944, 681 Ja zu 133 Nein) und schliesslich bei der Annahme der AHV-Vorlage (1947, 1147 Ja zu 202 Nein) gemeldet.

Positiv wurde wohl bei vielen Bürgern auch der sehr entschiedene **Kampf gegen den Frontismus** vermerkt. 1933 verweigerte die Sektion die Teilnahme an einer (offenbar öffentlichen) Frontistenversammlung. Man habe *«kein Interesse, sich diesen Quatsch anzuhören»*. Dafür organisierte man im gleichen Jahr eine *«Antifrontenversammlung»* mit Ernst Nobs im Rössli und ein Streitgespräch von Ernst Nobs mit dem Frontenpräsident Hirzel aus Meilen. Die 1.-Mai-Feier in Stäfa 1934 stand ebenfalls im Zeichen der Abwehr des *«Frontenzaubers»*, und 1934 fand eine öffentliche Versammlung mit 100 Arbeitern und 3 Frontisten statt. Der Kampf gipfelte 1945 in einer Eingabe an den Gemeinderat betreffend die *«Ausweisung der Nazis»* aus der Gemeinde...

## Die Sektion in den Vorkriegs- und Kriegsjahren

Die fast vollständig erhaltenen Jahresberichte widerspiegeln auch sehr schön die jeweiligen Stimmungslagen der Sektion. Oft enthalten sie auch eindrücklich klare Zeitanalysen oder Weckrufe. 1929 beklagt Präsident Paul Stutz, dass es immer noch zu langsam vorwärts gehe und: *«Immer noch sind Arbeiter auf dem Platze, die der Partei noch viel weniger den Gewerkschaften angehören.»*

In den **Dreissigerjahren** drückt zunächst die **Wirtschaftskrise** auf die Moral. 1936 bedauert Präsident Hörler zudem die *«reaktionären Angriffe auf die sozialen Errungenschaften»* und verweist auf den Spanischen Bürgerkrieg als Beispiel für das Erstarken der Reaktion. Ein Jahr später: *«Alles drängt auf eine Entscheidung zwischen dem demokratischen und faschistischen Staate zu. Wir als überzeugte Sozialisten werden uns aber nicht entmutigen lassen. Wir glauben an den Fortschritt und an die Menschheit selber, die ihren Weg gehen wird.»*

Und 1938 dann – noch vor **Kriegsausbruch** – die Warnung vor dem *«drohenden Ansturm der faschistischen Flut von Norden und Süden»*, dem ein Damm entgegenzustellen sei. Der neue Parteipräsident Hans Beutler verweist 1939 auf die *«grosse Opferbereitschaft der Sozialisten»* und warnt vor noch schlimmeren Zeiten: *«Dem arbeitenden Volke droht schweres Unheil, ihm wird eine Schuld aufgeladen, die zu tragen schon heute fast unmöglich ist.»* Schuld daran sei die *«herrschende Kapitalistenklasse»*, welche versuche, die *«gewaltigen Kosten der notwendigen Mobilisation auf die Schultern der breiten Masse abzuwälzen»*. – Die Stimmung wird bald noch düsterer: 1940 vermerkt Beutler, dass es sich jetzt nicht mehr um einen *«Krieg der Heere wie 1914, sondern um einen totalen Krieg»* handle. Und recht bitter und sarkastisch erinnert er *«an diejenigen Eidgenossen, die am 14. auf den 15. Mai den Blinden nahmen und sich verkrochen haben ins Innere des Landes, wahrhaftig saubere Patrioten»* (gemeint ist die Massenflucht vermöglicher Bürger in die Innerschweiz nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Belgien und Holland, Mitte Mai 1940). Und noch düsterer moniert Beutler dann im dritten Kriegswinter die *«Gefahr des Untergangs aller Kulturen»*, um ein Jahr später daran zu erinnern, dass der Kampf eigentlich der *«Befreiung der Arbeiterschaft von der wirtschaftlichen Abhängigkeit und Unsicherheit der kapitalistischen Wirtschaft»* gelte. – Hoffnungsvoller tönt es dann ab 1944; man glaubt an das nahe Ende des Krieges und macht sich erneut Mut: *«Die Zukunft gehört dem Sozialismus – trotz allem!»* Im Jahresbericht 1945 – im Frühjahr 1946 erstellt – wird der neue Optimismus dann sogar in poetischer Form besungen:

*«Machtvoll still und rein  
Sollst Du dem Menschen Dienste weihn,  
Und ihn vom Arbeitsfluch befreien.»*

Auch eine sektionseigene **Bibliothek** wurde 1933 gegründet und jahrzehntelang von Genosse Ernst Wegmann betreut (Öffnungszeit einmal wöchentlich am Abend). Und auch **Bildungsveranstaltungen**, Vorträge u.ä. gehörten durchaus zum Programm der Sektion: Referate über die *«Not des lohnerwerbenden Volkes»* (1931), *«Kapitalistische Misswirtschaft und notwendige Hilfe für Arbeitslose und Schuldenbauern»* (1933), *«Bericht aus Spanien»* (1937) und *«Das Arbeiter-Kinderhilfswerk»* (1937) sind Beispiele.

Wenig erfahren wir über das **gesellschaftliche Leben** der Partei; man scheint vorab mit der Bewältigung der politischen Alltagsprobleme beschäftigt gewesen zu sein. 1934 führte man immerhin ein Wochenende mit den *«jungen Falken»* durch: *«Am lebendigsten ist wohl das Zeltlager im Weidenbad in Erinnerung. Vom schlechten Wetter zwar etwas beeinträchtigt war es für uns ein Erlebnis, mit den jungen Falken zusammen zu sein.»* Zumeist führte die Sektion ihre Versammlungen im *«Parteilokal»* durch; über die Jahrzehnte gesehen war es weiterhin vor allem das *Restaurant Wiesental*, welches diesen Platz einnahm.

## **Erfolgreiche SP-Sektion Stäfa trotz Hochkonjunktur und «Kalem Krieg» (1945–1968)**

Nach dem Kriegsende tauchten neue Probleme auf, und der erhoffte *«Sieg des Sozialismus»* blieb aus. Zwar gab es die erwähnten grossen Erfolge wie die Einführung der AHV. Aber im gleichen Jahr 1947 wurde die SP-Initiative *«Recht auf Arbeit»* massiv verworfen, und auch in den nationalen Wahlen gab es Rückschläge. Hans Beutler spricht sogar von *«einem Jahr von ungeheurem Kräftenessen zwischen den bürgerlichen Parteien und der SP»*. Dazu kamen im Zeichen des **Kalten Krieges** ab 1948 neue Ängste auch bei den Arbeitern. Beutler erinnert seine Genossen an den

Kampf gegen Hitler und macht Mut mit der Verlesung von Schillers Gedicht «Die Hoffnung». Gleichzeitig galt es aber auch, sich klar von der nach Kriegsende unter dem Namen «Partei der Arbeit» (PdA) neu entstandenen kommunistischen Linken abzugrenzen.

1949 wird das «Rote Zürich» in den Wahlen begraben, und die Nachkriegs-Hochkonjunktur ist vorbei. Trotzdem wächst die Sektion Stäfa und begrüsst 1950 sogar ihr **100. Mitglied**. Auch die kommenden kommunalen und kantonalen Wahlen bringen Erfolge. In den **Gemeindewahlen von 1950** werden alle SP-Kandidaten gewählt, während die CSP eine vernichtende Niederlage erleidet. Und 1951 erringt die SP im Bezirk einen 2. Sitz im Kantonsrat, während im Herbst Ernst Klöti als Ständerat glänzend bestätigt wird und LdU-Gründer Gottlieb Duttweiler scheitert. Noch besser sind die Ergebnisse der **Gemeindewahlen 1954**: Es werden nicht nur alle Kandidaten gewählt, sie erzielen sogar fast überall die besten Ergebnisse. Dank der SP-Unterstützung wird auch der Demokraten-Kandidat für das Gemeindepräsidium, Fritz Gohl, gewählt. 1955 wird diese Erfolgssträhne schliesslich auf eidgenössischer Ebene fortgesetzt: Die SP wird stärkste Nationalratfraktion, und in der Ständeratswahl schlägt SP-Kandidat Willy Spühler Gottlieb Duttweiler. Ähnlich erfolgreich bewältigt die Sektion die **Gemeindewahlen von 1958**. Einzig der von ihr angestrebte 4. Schulpflegesatz wird ihr verweigert. Werner Demuth, 1959 zum neuen Parteipräsidenten gewählt, beklagt in seinem ersten Jahresbericht 1959 die «masslos ungezügelt und verleumderische Propaganda unseres politischen Gegners, vorab des «Trumpf-Buur» und die freisinnige Sloganflut», um dann die Ergebnisse im Bezirk, Kanton und auf Bundesebene doch als «respektabel» zu bezeichnen und den Wählerzuwachs in Stäfa zu feiern.

Die schönen Erfolge der Sektion in den Fünfzigerjahren sind das Ergebnis eines grossen Einsatzes der Präsidenten und ihrer «Mannschaften». Dabei wurden auch konsequent jene Mittel eingesetzt, die einer finanzschwachen Gruppe zur Verfügung standen. Beispiele sind die regelmässige «Nutzung» der **Wählerversammlungen** für die Durchsetzung der SP-Kandidaturen. Immer wieder

An der **Jahresversammlung 1948** schliesst Parteipräsident Hans Beutler mit der Verlesung des Gedichtes «**Du bist die Kraft**» des Berner Dichters und SP-Politikers Peter Bratschi:

*Noch immer gilt ein falsches Recht:  
Ich bin der Herr – du bist der Knecht.  
Der Kampf ist alt – der Kampf ist neu,  
Wann wird die Arbeit wieder frei ?*

*Du schürst die Esse, schwingst den Stahl,  
Du deckst den Tisch zum prunken Mahl,  
Du schaffst den Reichtum, mehrst das Brot,  
Doch deine Kinder leiden Not.*

*Aus deiner Hand der Segen quillt,  
Der Wohlfahrt zeugt und Speicher füllt.  
Du bist die Kraft, die schöpft und baut,  
Du fühlst es wohl, dein Herz pocht laut.*

*Du bist so arm und bist doch reich,  
Du weisst von einem lichten Reich,  
Von einer grossen schönen Zeit,  
Die dich erhebt und dich befreit.*

Und Beutler fügt an: «Ja, unser Kampf soll weitergehen, so lange, bis wir diese schöne Zeit erreicht haben und wir wirklich befreit sind von dem Moloch Kapitalismus. Es lebe der Sozialismus.»

sorgten die Präsidenten für einen lückenlosen Aufmarsch der Genossen an diesen vom Gemeindeverein organisierten Wählerversammlungen, die «offizielle» Kandidatenlisten bereinigten. Da die SP- und Arbeiter-Vertreter die Versammlungen oft klar dominierten, gelang es immer wieder, alle SP-Kandidaturen durchzusetzen. Nicht selten wurden bei strittigen Wahl- und Abstimmungsgeschäften auch **Schlepperdienste** organisiert, d.h. man schleppte möglichst viele Wähler an die Gemeindeversammlungen oder an Urnenabstimmungen. So konnte die Sektion Stäfa trotz den oft beklagten «ungeheuren Geldmitteln» der po-



1970 wurde das Altersheim Lanzeln (rechts im Bild) eröffnet, 1978 folgten drei Wohneinheiten mit Alterswohnungen. Die Geschichte dieser wichtigen Alterswohneinrichtungen wurde massgeblich geprägt durch die Initiative und den Einsatz des langjährigen SP-Gemeinderates und Armenpflegepräsidenten Werner Demuth. Er hatte vor allem mit dem Vorurteil zu kämpfen, dass betagte Eltern im Haushalt der Kinder Unterkunft finden würden und solche Einrichtungen deshalb überflüssig seien. Die Lanzeln waren, wie das seit 1903 mit einigen Zimmern betriebene Rudolfheim, immer stark belegt und konnten 2010 vollständig erneuert wieder eröffnet werden.

26 litischen Gegner durch den persönlichen Einsatz der Mitglieder wichtige Erfolge verbuchen.

## Sechziger- und Siebzigerjahre: SP Stäfa weiterhin stärkste und erfolgreiche Ortspartei

Das von **Sektionspräsident Werner Demuth** in seinen Berichten am häufigsten angesprochene Thema war in den Sechzigerjahren die für die Partei nachteiligen Folgen der anhaltenden **Hochkonjunktur und der Vollbeschäftigung**: Sie «liessen das politische Interesse sinken» (1960), fördern das «politische Desinteresse» (1962), die früher traditionelle Agitation zugunsten von Partei und linken Anliegen werde zunehmend «versäumt» und die «Gleichgültigkeit gegenüber der Politik» wachse (1964 und 1965). Man tröstet sich immerhin damit, dass «alle Parteien diesen Interessenschwund beklagten» (1961). Erstmals stellt man 1961 auch fest, dass **die sozialen Forderungen** nun in allen Parteiprogrammen ihren Platz gefunden hätten («ob sie sie



Der Stäfner Gemeindepräsident Dr. Hans Aeppli (links) und Armenpflegepräsident Werner Demuth bei eher ungewohnter Tätigkeit. (Ha)

SP-Präsident und Armenpflegepräsident Werner Demuth und Gemeindepräsident Hans Aeppli beim späten Einsetzen eines «Grundsteins» für die Alterswohnungen, mit Informationen für die Nachwelt (ZSZ, 14. Nov. 1977)

*auch einhalten?»*, fragt der Präsident). 1964 erinnert Demuth daran, dass «*nur unsere Partei die Forderungen des sozialen Fortschritts ehrlich und überzeugt in den Parlamenten vertritt*»). Dazu kam auch die zunehmende Konkurrenz neuer politischer Akteure. Vor allem zum Landesring der Unabhängigen wanderten nach Kriegsende zunehmend auch Arbeiter ab.

Trotzdem kann die SP Stäfa sich in diesen Jahren noch immer als **stärkste Lokalpartei** behaupten. Und auch in den **Gemeindewahlen von 1962, 1966 und 1970** kann sie jeweils alle Kandidaten, teilweise sogar mit sehr hohen Stimmenzahlen durchbringen. Weiterhin ist die FdP der Hauptgegner; trotz dem etwa 1966 mit «*ungeheuren Mitteln*» geführten Sturmflug auf die Gemeindeämter und dem Versuch, «*alles zu erobern*», scheitert die FdP und übrigens auch der LdU. Dies auch dank der geschlossenen Front der übrigen Ortsparteien.

1969, 1970 und 1971 bringen den **Durchbruch des Frauenstimmrechts**, zunächst auf kommunaler, dann auf kantonaler und eidgenössischer Ebene. Die SP-Sektion stellt sich klar hinter die Vorlagen und versucht nun auch, die Frauen mit ihrer «*Agitation*» direkt zu erreichen. An der Generalversammlung von 1969 werden die Frauen speziell begrüsst. Werner Demuth weist darauf hin, dass die Zahl der Stimmberechtigten in der Gemeinde nun von 2300 auf 5200, also sogar überproportional angewachsen ist. Und es wird beschlossen, dass die Frauen künftig auch an den Sektionsversammlungen teilnehmen sollten (sic!). Allerdings wurden die **Erwartungen nicht erfüllt**, an der Versammlung vom November 1970 nahm nur eine Frau teil: die Gattin des Präsidenten, **Anni Demuth**. Und nur Anni und eine weitere Frau konnten als neue Mitglieder gewonnen werden. Damit scheiterte auch der Plan, nun rasch wieder auf eine Mitgliederzahl von über 100 zu kommen. Auch die **Auflösung der Demokratischen Partei** im Jahr 1972 brachte den erhofften Zuzug neuer engagierter Mitglieder nicht; die meisten wandten sich in Stäfa der BGB (später SVP) oder der FdP zu.

Die so erfolgreich operierende Partei gruppierte sich weiterhin um den starken Flügel der Arbeiter und Angestellten. Werner Demuth versammelte seine Mitglieder aber nicht nur zu politischen Aktionen. Er führte auch die Tradition von **Wochenenden im Glarnerland** (im Haus der Naturfreunde, in Mullern) ein. Mit seiner Frau zusammen bekochte er ab 1969 mehrfach seine Genossinnen und Genossen oder zumindest die Vorstandsmitglieder. Die Mitglieder dankten oft mit grossem Aufmarsch an der Generalversammlung – 1971 waren es 50 Teilnehmende. Und auch die Zahl der Frauen stieg nun in den Mitgliederverzeichnissen an.

Eher als Kuriosität sei **der 1969 vorgelegte «63. Jahresbericht»** des Präsidenten verzeichnet. Kurz zuvor war Hans Freys Stäfner Chronik erschienen. Darin wird – wie oben dargestellt – die SP-Sektion als älteste Ortspartei mit Gründungsdatum 1906 bezeichnet. 1977 feierte man nochmals den 70. Geburtstag – 1992 aber kehrte man zum traditionellen und «richtigen» Geburtsdatum zurück und feierte den 75. Geburtstag.

## **Globus-Krawall – «Neue Linke» – Zürcher Jugendunruhen – Zeiten des Umbruchs**

Schon Ende der Sechzigerjahre kündigte sich mit dem Tumult im Hallenstadion anlässlich des Rolling-Stones-Konzerts (1967) und vor allem mit dem **Globus-Krawall von 1968** eine Zeitenwende an, welche die SP insgesamt, aber auch die Stäfner Sektion erschüttern sollte, und schliesslich zu einem **völligen Umbruch ihrer Mitgliedschaft** führte. Die Jugendunruhen finden schon im Jahresbericht 1968 der Sektion ihren Niederschlag. Präsident Demuth vermerkt einen «*Rutsch nach links*» und fragt dann rhetorisch, ob das «*Sympathisieren mit den Putschbrüdern und freien Studentenschaften in Zürich*» der Partei wirklich neue Wähler bringen werde; er schliesst mit persönlichen Zweifeln. In den folgenden Jahren werden sich diese Zweifel am Kurs verstärken. Zwar verbleibt Demuth noch viele Jahre an der Parteispitze (bis 1974) und in seinen Ämtern als Gemeinderat (ebenfalls bis 1974) und im Kantonsrat

(bis 1971). Und als erster SP-Präsident einer lokalen Behörde – der Fürsorgebehörde – vermag er sogar mit der Eröffnung des Altersheimes Lanzeln 1970 einen persönlichen Triumph zu feiern. Sein Nachfolger verdankt denn auch das hart erkämpfte Werk nachdrücklich.

Ein erstes Alarmzeichen war 1972 die **Auflösung des Gewerkschaftskartells**; darin manifestierte sich die sinkende Zahl der aktiven Gewerkschaften im Bezirk Meilen, v.a. auch in den traditionellen Berufsfeldern. Die **Gemeindewahlen von 1974** wurden dann sogar zur «*Pleite*» für die SP-Sektion, wie Präsident Demuth später anmerkte. Er hatte allerdings schon 1973 daraufhingewiesen, dass der Wahlgang von 1974 «*der härteste seit 30 Jahren*» würde. Nur der Bisherige **Notar Emil Bosshard** schaffte die Wiederwahl in den Gemeinderat. Die beiden neu kandidierenden *Georges Hadorn* und *Fridolin Wyrsh* wurden nicht gewählt. Und in der ebenfalls noch 1974 stattfindenden Ersatzwahl für den im Amt verstorbenen Schulpfleger *Peter Enderlin* gelang es nicht, die junge SP-Kandidatin *Nora Steiger* durchzubringen. Während sonst solche Ersatzwahlen oft als «*stille Wahlen*» durchgeführt werden konnten, stellte man der SP-Frau nun einen bürgerlichen Kandidaten entgegen, der das Rennen prompt machte. Als ein Jahr später Emil Bosshard in den Kantonsrat gewählt wurde und darauf sein Amt in der Gemeinde aufgab, verzichtete die gedemütigte SP Stäfa auf die Nominierung eines Ersatzkandidaten. Man fragte sich an der Jahresversammlung dafür, ob die Sektion «*zu links und zu unbequem ... für die Goldküste*» sei. Besser war dann das Ergebnis der **Gemeindewahlen von 1978**: Mit *Peter Frikart* zog die Partei wieder in den Gemeinderat ein, und auch in die Schulpflege wurden wieder drei SP-Leute gewählt. Und man bedauerte sogar, nicht noch zusätzliche Kandidaten aufgestellt zu haben ...

Die nächste mit 1968 vergleichbare Krise im Zusammenhang mit den **Jugendkrawallen von 1980 führte dann zum endgültigen Bruch** zwischen den traditionell politisierenden Genossen und den Vertretern der neuen Bevölkerungsschichten. Zusammen mit Anni und Werner Demuth verliessen weitere neun typische und verdiente Vertreter der Arbeiterpartei die SP-Sektion: Myrtha und



Bilder von einem Anlass der SP Stäfa zu den Kantonsratswahlen vom Frühling 1979: Kantonsrat und Notar **Emil Bosshard** ...

Kurt Raggenbass, Fritz Eugster, Max Lenz, Werner Hüni, Hans Prochinig und andere. Parteipräsident und Gymnasiallehrer *Markus Zellweger* stellt denn auch ernüchert fest, dass der «*Einsatz für die Rechtlosen, vor allem der unruhigen jüngeren Generation Angehörigen*» sich zumindest kurzfristig nicht für die Partei ausbezahlt habe. Und er meint: «*Das Bürgertum, in seinen Grundfesten erschüttert, reagierte heftig und schamlos. So heftig, dass leider auch einige SP-Genossen am bürgerlichen Propaganda-Leim hängen blieben.*»

Der Massenausstieg von traditionellen Arbeitervertretern von 1980 war aber ohne Zweifel auch Endpunkt eines sich seit langem abzeichnenden grundlegenden **Wandels der Partei**. Dies kann mit dem Eintritt zahlreicher neuer Mitglieder aus der gut ausgebildeten Mittelschicht belegt werden. Kein Zufall, dass mit den beiden *Gymnasiallehrern Bruno Klieber* (1975) und *Markus Zellweger* (ab 1976) zwei Vertreter dieses Bevölkerungsteils die Führung der Partei



... *Markus Zellweger*, Präsident der SP Stäfa 1977–1981; *SP-Regierungsrat Arthur Bachmann* mit *Willy Spieler*, Präsident Bezirks-SP

vom Arbeitervertreter Werner Demuth übernahmen. Und auch der überaus erfolgreiche *Notar Emil Bosshard* vertrat dieses neue Bevölkerungssegment. 1967 bis 1975 war er Mitglied des Gemeinderates und ab 1975 bis 1987 Mitglied des Kantonsrates.

Wer die Mitgliederverzeichnisse analysiert, stellt rasch fest, dass bei Neueintritten die **neuen Berufsgruppen** immer stärker wurden: Techniker, Ingenieure, Juristen, Kaufleute, Lehrer und andere Staatsangestellte, ja sogar einige Selbständigerwerbende traten in den Folgejahren der Partei bei. Und auch der Anteil von – wiederum gut ausgebildeten – **Frauen** stieg rasch an. Eigentliche Flügelkämpfe gab es zwar keine in der Sektion Stäfa, aber in grundlegenden Fragen war man sich öfter als früher uneins: So führte schon die Einführung des Partei-Ausgleichs-Beitrages PAB 1977 zu mehreren Parteiaustritten, und das **Verhältnis zur «Neuen Linken»** wurde ebenfalls sehr unterschiedlich eingestuft. Die vor dem Krieg besungene grosse kulturelle Aufgeschlossenheit der Sektion wurde 1979 von einer

Mehrheit bei der Ablehnung der Vorlage für eine Subventionierung der Musikschule Stäfa (Einführung eines Sozialtarifs) aufgegeben. Dies zum Entsetzen der aufgeschlossenen Minderheit.

Auch die in den Parteiversammlungen diskutierten politischen **Themen** waren anders als bis in die Sechzigerjahre. Nun setzte man sich mit regionalen und kantonalen Planungsfragen auseinander, mit dem Projekt der neuen Bundesverfassung, mit dem «Roten Bologna», mit den Thesen des Friedensrates, der AKW-Problematik und der Fristenlösung. Und die Forderung nach Familien- und Alterswohnungen, nach Drogenberatungsstellen und nach einem Jugendtreff in Stäfa tauchten auf und wurden teilweise – trotz internem Widerstand – aktiv weiterverfolgt (Gründung der Mietwohnbaugenossenschaft WMS 1981 auf SP-Initiative hin).

Dazu kam auch die Entstehung neuer politischer **Gruppen zur Rechten**: *Schwarzenbachs Republikaner*, etwas

später die *Nationale Aktion für Volk und Heimat* und die *Autopartei* vermochten dank ihres lauten und entschiedenen Kampfes gegen die Überfremdung und für «Freiheit des Bürgers» viele verunsicherte Wählerinnen und Wähler anzuziehen. Neuer verlässlicher Partner der SP wurde hingegen die **Grüne Partei**, die sich mit ihrem ökologisch und sozial ausgerichteten Programm als einzige Gruppierung trotz späterer Aufsplitterung über die Jahrzehnte halten konnte. In Stäfa spielte die Grüne Partei allerdings nie eine grosse Rolle. Erst die viel später entstandene *Grünliberale Partei* vermochte dann ab 2010 bei der Verteilung der Behördenämter wirksam mitzumischen. Aber diese Geschichte wird in einem separaten Teil dieser Chronik aufgearbeitet.

## Würdigung

Trotz zahlreicher Rückschläge und Niederlagen darf man feststellen, dass die SP Stäfa seit ihrer endgültigen Gründung am 15. April 1917 **zu den tragenden Säulen der kommunalen Politik und zu den wählerstärksten Ortsparteien** mit zeitweise über 100 Mitgliedern gehörte. Angesichts der starken finanziellen und oft auch zeitlichen Belastung ihrer Mitglieder ist dies keine Selbstverständlichkeit. – Heute umfasst die Sektion noch rund 50 Mitglieder und stellt fast für alle Behörden Mitglieder. Dazu stellt sie mit *Daniel Jositsch* einen weit über Stäfa und den Bezirk hinaus bekannten und geschätzten eidgenössischen Parlamentarier (ab 2007 Mitglied des Nationalrates, seit 2016 des Ständerates). Und mit den Jungsozialisten *Ursina Egli* und *Rafael Mörgeli* als Sektionspräsidenten (2009 bis 2014 bzw. ab 2014) zeigte die SP Stäfa, dass ihr der Wandel zur modernen, weltoffenen und dynamischen Ortspartei gelungen ist.

Stäfa, 31. Juli 2017

# 1934: «Braun» verdrängt «Rot» – Sieg der neuen Rechten am See

Peter Frikart in der ZSZ vom 17. Mai 1984 (leicht gekürzt)

## Überleitung

*In den Gemeindewahlen von 1934 verpassten in Stäfa die neu aufgestellten SP-Kandidaten ausnahmslos die Wahl (vgl. S. 21–24). Obsiegt haben in den meisten Fällen in Stäfa wie in anderen Seegemeinden die von ganz rechts unterstützten Kandidaten. In einem gut recherchierten Artikel hat Peter Frikart 1984 diesen Wahlgang für die «Zürichsee-Zeitung» in einen grösseren Zusammenhang gestellt. Wir drucken diesen Artikel auszugsweise nach – er macht deutlich, wie die «grosse Politik» immer wieder auch auf die kommunalen Verhältnisse durchschlägt.*

## Internationale Entwicklung

Nachdem Italien schon seit über einem Jahrzehnt faschistisch war, nahm man in der Schweiz im Frühling 1934 mit Besorgnis die zunehmende Gleichschaltung im Deutschland der NSDAP zur Kenntnis. In Österreich kam es Mitte Februar zum ungleichen Bürgerkrieg zwischen Armee und faschistischen Heimwehrverbänden einerseits und sozialistischen Schutztruppen andererseits. Nach der blutigen Zerschlagung der Sozialdemokratie – die zum Beispiel in Wien die Mehrheit hatte – wurden die Parteien aufgelöst, und Bundeskanzler Dollfuss stand einem autoritären Regime vor, das seine Grundlage mit «Austrofaschismus» umschrieb.

In Russland nahm Stalins Herrschaft immer despotischere Züge an, und fast alle Staaten Osteuropas hatten wieder autoritäre Regimes. Im demokratischen Frankreich jagte ein Kabinett das andere, und die staatliche Autorität wurde

erschüttert durch Streiks mit Massendemonstrationen und Schiessereien. In Spanien war die Lage nach einem Wahlsieg der Rechten so chaotisch, dass jederzeit mit einem Militärputsch gerechnet wurde. Einzig im angelsächsischen Raum schienen die Verhältnisse stabiler zu sein. Amerika begegnete der Wirtschaftskrise mit Roosevelts New Deal, einer Politik der Aussöhnung, und auch in England schienen demokratische Tradition und Toleranz der Wirtschaftskrise zu trotzen. Man nahm bei uns allerdings mit Verwunderung zur Kenntnis, dass London, das Herz des britischen Weltreichs, im März 1934 eine sozialistische Mehrheit erhielt.

## Die Situation in der Schweiz

Vor allem in den grossen Städten und Industriegebieten sah sich das Bürgertum einer von Wahl zu Wahl stärker werdenden Sozialdemokratie gegenüber, die recht unterschiedliche Gesichter zeigte. Auf der einen Seite standen revolutionäre Forderungen und die Ablehnung der Landesverteidigung in den Programmen, während andererseits SP-Parlamentarier und vor allem Regierungsmitglieder eine durchaus gemässigte Sozialpolitik vertraten. Die Ereignisse beim Ausklang des Ersten Weltkriegs waren noch unvergessen – im unruhigen Winter 1917/18 wurden in Zürich Truppen zur Wahrung von Ruhe und Ordnung eingesetzt, und der Generalstreik vom November wurde von vielen als Putschversuch gewertet –, da brachte die Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre erneut eine Verschärfung der politischen Auseinandersetzung.

Arbeitslosigkeit und Lohnabbau brachten soziale Härten; hartnäckige Streiks und Strassenkundgebungen führten oft zu Tötlichkeiten. Am meisten erhitzten sich die Gemüter an den Ereignissen in Genf, wo bei einem Ordnungseinsatz der Armee im November 1932 13 Demonstranten erschossen und rund 80 verletzt wurden. Während man heute von einer «von den Verantwortlichen im Übereifer inszenierten Intervention» und «Unverhältnismässigkeit der Mittel» spricht (Georges-André Chevallaz), wurde die Sache damals von Behörden und bürgerlicher Presse als geplanter Aufruhr von Sozialisten und Kommunisten aufgefasst, und Léon Nicole, Präsident der Genfer Sozialisten, wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

In der Folge dieser Ereignisse wurde in den Räten eine erhebliche Verschärfung des Strafrechts verabschiedet, die vor allem armeefeindliche Propaganda und Aufrufe zur Gewalt unter Strafe stellte. Die Volksabstimmung über die «Lex Häberlin II» genannte Vorlage sollte im Frühling 1934 stattfinden, gleichzeitig mit den Gemeindewahlen im Kanton Zürich. Dass im Herbst 1933 in Genf die Sozialisten die Mehrheit erhielten und Nicole vom Gefängnis ins Präsidium der Regierung wechseln konnte, wurde von vielen als unerträgliche Provokation empfunden.

## Das Zürcher Wahlklima 1933/34

In der Stadt Zürich erfreute sich eine gemässigt auftretende SP grosser Wählergunst. Seit 1925 stellten Sozialdemokraten und Kommunisten die Mehrheit im damaligen Grossen Stadtrat (heute: Gemeinderat), und seit 1928 stellte die SP die Mehrheit der Stadtregierung und den Stadtpräsidenten. Im Sommer 1932 kam es in der Folge eines Streiks der Heizungsmonteuere, die sich gegen Lohnabbau wehrten, zu Unruhen, die von der Polizei unter dem Befehl eines SP-Stadtrats blutig unterdrückt wurden. Partei und «Volksrecht» unterstützten dieses Vorgehen, und Sozialdemokraten und Kommunisten warfen sich gegenseitig vor, durch mutwilliges Verhalten die Arbeiterschaft der Reaktion ausliefern zu wollen.

Die angesichts der Eingemeindung von acht Vororten Zürichs vorgezogenen Wahlen brachten im Herbst 1933 eine weitere Zuspitzung. Die bürgerlichen Parteien verbanden sich mit den seit der Machtergreifung Hitlers aufblühenden Fronten zum Sturm auf das rote Zürich, und der Wahlkampf wurde mit überbordender Heftigkeit geführt. Der Sturm misslang: Die SP hielt alle Regierungssitze und erzielte die absolute Mehrheit in der nun Gemeinderat genannten Legislative. Das bürgerliche Lager musste schwere Verluste hinnehmen, während die Frontisten auf Anhieb zehn Sitze im Gemeinderat erzielten. Die «NZZ» schreibt im Rückblick: «... bleibt das Zürcher Wahlbündnis der Bürgerlichen mit den Frönlern ein Makel. (...) Für die Einsichtigen blieb der Trost, dass es keine Wiederholung gab» («NZZ», 21.9.1983). Für unseren Bezirk stimmt dies nicht ganz.

## Der Bezirk Meilen in den früheren Dreissigerjahren

Wenn man die Steuerkraft je Einwohner als Massstab nimmt, waren Küsnacht, Erlenbach und Uetikon eher reiche Gemeinden, während Zumikon (!), Hombrechtikon und vor allem Oetwil zu den armen gehörten. Die Ausrichtung auf den Arbeitsmarkt in Zürich war damals nicht so ausgeprägt wie heute, und der Dienstleistungssektor war noch weniger entwickelt. Das Rückgrat für Beschäftigung und Wohlstand bildeten die in den Gemeinden ansässigen Industriebetriebe, und diese litten unter der Wirtschaftskrise. In allen Gemeinden gab es Arbeitslose; da und dort wurden heftige Auseinandersetzungen über die Unterstützung von Arbeitslosenkassen oder über die Ausführung von Notstandsarbeiten, vor allem im Strassenbau, geführt. Der Bezirk wählte und stimmte mit starker Mehrheit bürgerlich, doch hatte sich vor allem in den Industriegemeinden eine bei den Arbeitern gut verankerte Sozialdemokratie entwickelt.

Seit 1919 gewährten die Bürgerlichen der SP im Rahmen eines «freiwilligen Proporz» Einsitz in die meisten Ge-

meindebehörden. Man kannte sich noch, und die Wählerversammlungen, wo in offener Abstimmung die Kandidaten für eine offiziöse Liste bestimmt wurden, hatten grossen Einfluss auf das Wahlgesehen. Vorgängige diskrete Absprachen unter den Parteien gehörten ebenso zur Tagesordnung wie Störmanöver in der Form von anonymen Inseraten.

Die Berichterstattung aus dem Bezirk lag praktisch ausschliesslich bei der «Zürichsee-Zeitung», die sich in die Gemeindewahlen nicht einmischte, sondern einfach alle möglichen Zuschriften abdruckte, allerdings meist, ohne den Namen des Verfassers preiszugeben. Den Sozialdemokraten stand noch das «Volksrecht» zur Verfügung, während «NZZ» und «Tages-Anzeiger» die Region kaum erwähnten.

## **Küsnacht und Erlenbach: Wegwahl aller Sozialdemokraten**

Anfang März zeichnete sich in Küsnacht ein Wahlkampf ab. In ihren Versammlungsberichten bezeichneten nacheinander die Freisinnigen und die Demokraten die Forderung der SP nach zwei Gemeinderatssitzen als übertrieben und die Kandidaten als nicht akzeptabel. Wenn dem so bleibe, werde man eine rein bürgerliche Liste aufstellen. Als die faschistische Nationale Front, die das Vertreiben des Marxismus (das heisst der Sozialdemokratie) aus allen Gemeindebehörden forderte, vom Gemeindeverein anerkannt wurde, war mit einer Einigung nicht mehr zu rechnen. An der von 324 Bürgern besuchten Wählerversammlung ergab sich eine Polarisierung zwischen der «Vereinigten Liste» aus Frontisten und Bürgerlichen, die 234 Stimmen erhielt, und der SP-Liste mit 64 Stimmen. Da half es den beiden bisherigen SP-Schulpflegern auch nicht mehr, dass der Präsident der Behörde sich für sie einsetzte und dass niemand an ihrer Amtsführung etwas auszusetzen hatte. Es gehe jetzt darum, die SP zu eliminieren, schrieb man postwendend in der «Zürichsee-Zeitung», es wimmelte von «vaterländisch» und «wahrer Volksgemeinschaft». Am

Ergebnis gab es dann nichts zu deuteln: 700 bis über 1000 Stimmen für alle Kandidaten der «Vereinigten Liste», weniger als 400 für die SP-Kandidaten.

Noch ruppiger ging es in Erlenbach zu, wo die SP eine starke Stellung hatte. Seit 1919 war sie im Gemeinderat von Nationalrat Kägi und Kantonsrat Hildebrand vertreten, und bei den letzten Parlamentswahlen hatte sie 45 Prozent der Stimmen erzielt. Hier wurde von Anfang weg zu einer rein bürgerlichen Wählerversammlung aufgerufen, wo auch Parteilose und die Nationale Front willkommen seien. Die jungen Fröntler hielten eine Vorwahlversammlung ab, wo 55 Anwesende gemäss Zeitungsbericht einstimmig beschlossen, mit dem Marxismus Schluss zu machen. An der Wählerversammlung mit 200 Teilnehmern seien alle Vorschläge der Vorversammlung übernommen worden; es habe allgemeine Entschlossenheit geherrscht, alle Fragen auf vaterländischem Boden und innerhalb der wahren Volksgemeinschaft zu lösen. Die Sozialdemokraten wehrten sich, indem sie die loyale Behördenarbeit ihrer Vertreter hervorhoben und mit «Die wahre Volksgemeinschaft aller werktätigen Arbeiter, Gewerbetreibenden und Bauern» unterzeichneten. Darauf unterschrieben die Fröntler mit «Wahre Volksgemeinschaft aller Stände». Besonders dick wurde im Inserateteil der «Zürichsee-Zeitung» aufgetragen: «Wer den Marxisten eine Stimme gibt, die Partei mehr als die Heimat liebt», stand balkengross über einer Seite, oder: «Eher soll die Lüge siegen, als die roten Bonzen fliegen!» Und schliesslich: «Buben vom See, zeigt es dem Bölimann vom See mit der Vaterländischen Liste!» – Mit dem Bölimann war Nationalrat Kägi gemeint, dem man auch vorwarf, er wolle Erlenbach allein regieren. Die SP Erlenbach schrieb dagegen, sie lehne «die Bölimannpropaganda der Millionärssöhne und Frontenjünglinge» ab, und «Wir wünschen Männer als politische Gegner und nicht Buben!». Dem Gemeinderatskandidaten der Fröntler warf die SP unter Berufung auf gutbürgerliche Kreise vor, er trinke gerne eines über den Durst und gehe dann zu Tätlichkeiten über, bis zum nächtlichen Überfall aus dem Hinterhalt. Die Auseinandersetzungen füllten Zeitungsseiten, und sie wurden auch weitherum beachtet. «Erlenbacher, der ganze Kanton schaut auf euch, ob ihr es fertigbringt,

den Marxismus in der Gemeinde zu stürzen!», hiess es in einem Inserat. Der Wahltag zeigte dann, dass man im Majorzsystem tatsächlich bestandene Politiker der stärksten Partei aus ihren Ämtern entfernen kann. Kägi hätten zwar nur 40 Stimmen gefehlt gegenüber dem Kandidaten der Nationalen Front, aber das war wohl ein schwacher Trost.

## Meilen und Stäfa: Mandatsverluste der SP

In Meilen hatte die SP offenbar geschlafen. «Wenn die Präsidentenkonferenz umständehalber übersehen wurde, so ist das noch kein triftiger Grund, das Recht einer Minderheit ausser acht zu lassen», beschwerte man sich im «Volksrecht». Offenbar war das den Bürgerlichen sehr willkommen. Sie propagierten eine rein bürgerliche Liste, und an der Wählerversammlung mit 172 Teilnehmern erreichte der von der SP vorgeschlagene Gemeinderatskandidat nur 30 Stimmen, derjenige für die RPK 26, während Freisinnige, Demokraten und Bauern mit 130 bis 150 Stimmen auf die Liste des Gemeindevereins kamen. Darauf kündigte die SP die Zusammenarbeit im Gemeindeverein und kämpfte im Alleingang, wobei sie zwei von den Bürgerlichen portierte Arbeiter unterstützte. Auch hier waren die Sitten rauh; der Gemeinderatskandidat Lehmann wurde in einem SP-Flugblatt als Herrenbauer und Lohndrücker bezeichnet. Bei den Bürgerlichen war viel von Vaterland und Heimattreue und von Widerstand gegen marxistische Methoden zu lesen, aber mit der Nationalen Front, die einen Kandidaten für die RPK stellte, gingen sie nicht zusammen. Ein Handicap für die Sozialdemokraten war, dass ein ehemaliges Parteimitglied, das sich losgesagt hatte, im Gemeinderat sass, so dass die Gegenseite fand, damit sei dem SP-Anspruch Genüge getan. So verlor die SP ihren Sitz im Gemeinderat, und auch der Kandidat für die RPK verpasste die Wahl, ebenso aber der Anwärter der Fröntler, der noch schlechter abschnitt.

In Stäfa hatte sich die SP besser vorbereitet. Zunächst wurde das Verhältnis zum Grütliverein geklärt, der als alte Arbeitnehmerorganisation bereits einen Gemeinderat stellte:

Man vereinbarte an einer geheimen Sitzung volle Unterstützung für die Kandidaten beider Organisationen und das Unterbinden jeglicher Kritik an einzelnen Kandidaten aus eigenen Reihen. Dies fiel der SP nicht leicht, denn der Vertreter des Grütlivereins war bei vielen Arbeitern verhasst, seit er an der Gemeindeversammlung eine Subvention an die Arbeitslosenkasse bekämpft hatte. Die Vereinbarung wurde aber an der Parteiversammlung genehmigt. Die Wählerversammlung mit 185 Teilnehmern im Rössli wurde spannend, weil der SP-Gemeinderat Stutz vor einem Jahr mit einem Eklat aus der Partei ausgetreten war. Seine jetzige Kandidatur als Parteiloser richtete sich vor allem gegen den neuen SP-Kandidaten, R. Demuth. Die Linke hatte gut mobilisiert: Trotz entschiedener Unterstützung von bürgerlicher Seite für Stutz erzielte dieser nur 63 Stimmen, während 97 auf Demuth entfielen, so dass nur der letztere auf den Inseraten des Gemeindevereins erschien. Entsprechend setzte sich der zweite SP-Kandidat für die RPK gegen einen Christlichsozialen durch. «Wo blieben die Bürgerlichen?» fragte der «ZSZ»-Korrespondent enttäuscht und forderte dazu auf, dieses Ergebnis am Tag der Wahl zu korrigieren.

Es folgte das übliche Hickhack: Zwar erschienen die Gemeindeverein-Inserate in üblicher Aufmachung, noch grösser war aber die Sonderpropaganda für P. Stutz und den christlichsozialen RPK-Kandidaten, während SP und Grütliverein geschlossen ihre gemeinsamen Kandidaten propagierten. Der SP wurde der Austritt von P. Stutz vorgeworfen, doch diese antwortete nicht zimperlich: «Stutz hat sich selbst erledigt durch seine gegen die Arbeiterschaft gerichtete Tätigkeit. Die SP hat keine Mandate mit dem Vermerk «lebenslanglich» zu vergeben.»

Die Mehrheit der Wähler verlängerte dann allerdings das Mandat, und auch der zweite RPK-Sitz entging der SP. In der zweiten Runde im April kürzte die SP ihre Vertretung in der Schulpflege von vier auf drei Sitze und vermied so einen Wahlkampf. P. Stutz trat dem Grütliverein bei, und der SP-Präsident kommentierte bitter in seinem Jahresbericht: «Dass eine Partei, die eher ein Jahrgängerverein ist, nun zwei Vertretungen im Gemeinderat hat und die gröss-

te Partei leer ausgeht, dokumentiert die Wahlgerechtigkeit mit dem sogenannten freiwilligen Proporz.»

## **Verteidigung von SP-Sitzen in Männedorf, üble Nachrede in Zumikon**

In Männedorf fand zuerst eine rein bürgerliche Versammlung statt, wo man sich auf eine Wahlliste einigte und das Vorgehen gegenüber der SP absprach. Die Wählerversammlung mit 372 Bürgern – das war jeder dritte Stimmberechtigte – verlief hitzig und dauerte bis 1 Uhr nachts. Die zwei SP-Kandidaten für den Gemeinderat waren heftig umstritten, wurden aber – nachdem sie ein Bekenntnis zur Landesverteidigung abgelegt hatten – von der Mehrheit der Anwesenden auf die Liste der Wählerversammlung genommen. Damit wollten sich aber starke bürgerliche Kreise nicht abfinden, und so erschienen in grosser Aufmachung Wahllisten, die nur bürgerliche Kandidaten enthielten, gezeichnet mit «namens der bürgerlichen Wählerversammlung». Nun scherte die SP auch aus, stellte einen dritten Kandidaten auf und präsentierte ihre Liste «namens der Wählerversammlung der Arbeiterschaft». «Keine Stimme den Gegnern des Staatsschutzgesetzes», schrieb die Gegenseite, während die SP sich nicht sehr angriffig gab. Sie beklagte das durch jungfreisinnige Scharfmacher verschlechterte Klima und betonte die Qualitäten des Gemeindepräsidenten. Dieses Verhalten schien sich auszuzahlen: Die Wählerschaft gab ihre Stimmen im Sinne der Wählerversammlung ab. Die SP konnte zwei Sitze im Gemeinderat halten, während der dritte SP-Kandidat und der bürgerliche Sprengkandidat aus der Wahl fielen.

In Zumikon verlief der Wahlkampf recht verwirrend. Man muss sich übrigens nicht das Zumikon von heute vorstellen, sondern ein wenig begütert 800-Seelen-Dorf mit vielen Bauern. Der bisherige Gemeindepräsident, H. Jud, hatte offenbar keinen besonderen Rückhalt; die Wählerversammlung schlug den Gemeinderat Schweizer als neuen Präsidenten vor. Darauf tauchten Inserate auf, die den Ingenieur O. Knecht als unparteiischen Charakter

für das Gemeindepräsidium empfohlen – Jud möge man die Stimme nicht mehr geben. Darauf erschien ein Rieseninserat, an die bürgerlichen Wähler adressiert, worin stand: «Die Herren Sozialisten unter der Leitung eines Grünen (= Jungen), dem auch Dinge nachgesagt werden, die nichts weniger als einwandfrei sind ...» würden Zumikon einen Kandidaten aufhalsen, der «Hass und Zwietracht in den Behörden sät» und der seine eigenen Kinder auf die Strasse gestellt habe, sie ihrem Schicksal überlassend. Man lasse sich nicht knechten, man wehre sich «gegen marxistische Einmischung und Scharfmacherei», die bisherige Behörde unter der Führung von Gemeindepräsident Jud sei wieder zu wählen. Offensichtlich war das Inserat, das am Freitag vor der Wahl erschien, gegen die Kandidatur Knecht gerichtet, und gleichzeitig verzichtete der Kandidat Schweizer auf eine allfällige Wahl als Gemeindepräsident.

Die Sozialdemokraten traten übrigens gar nicht in Erscheinung, und am Samstag betonte ein Einsender in der «Zürichsee-Zeitung», O. Knecht stehe auf gutbürgerlichem Boden, und die Sache werde ein Nachspiel haben. Tatsächlich wurde Knecht als Gemeindepräsident gewählt, und wenige Tage später erschien ein grosses Inserat, in welchem die «Verleumdungen gemeinster Art» dementiert wurden. Das Inserat war gezeichnet von einem Anwalt, der im Namen von Knecht demjenigen 1000 Franken bot, der «die Urheber und Verbreiter der Verleumdungen so an die Hand geben kann, dass eine gerichtliche Verurteilung möglich wird.» Es dürfte eine Weile gedauert haben, bis im Dorf der Friede wieder einkehrte.

Wenig spektakulär gestalteten sich die Wahlgänge in den übrigen Bezirksgemeinden. In Herrliberg und Oetwil bestand keine SP-Ortspartei, diejenige von Uetikon war erst 1928 gegründet worden, gab sich aber betont revolutionär und bekundete kein Interesse an den Gemeindeämtern. Die SP-Behördemitglieder in Hombrechtikon blieben vollkommen unbestritten.

## Kommentare und Konsequenzen

Die Gemeindewahlen vom Frühling 1934 brachten im ganzen Kanton eine Verschlechterung der SP-Vertretung in den Behörden, aber nur in Küsnacht und Erlenbach wurden gleich alle bisherigen Mandatäre der SP aus ihren Ämtern entfernt. Die «NZZ» bemerkte dazu ungerührt: «Die Gemeindewahlen im Bezirk Meilen sind unter Ausschaltung der eingeschworenen Marxisten erfolgt. Eine rege Propaganda der vaterländisch gesinnten Kreise vermochte die Wegwahl einiger Sozialisten herbeizuführen.» Das «Volksrecht» hingegen bemerkte unter dem Titel «Das Kesseltreiben gegen die Sozialdemokraten»: «Die nichts-nutzige Gewaltpolitik der Bourgeoisie gegen die Vertreter der Arbeiterschaft tobte sich ganz besonders am rechten Zürichseeufer aus.»

36

Das Ergebnis bewog aber auch Theodor Gut, Redaktor der «Zürichsee-Zeitung» und damals Präsident der Zürcher Freisinnigen, kritisch Stellung zu nehmen. Es sei seiner Zeitung als Amtsblatt nicht angestanden, aktiv in den Wahlkampf einzugreifen, meinte er, aber: «Die Ausschaltung starker Minderheiten beziehungsweise ihrer Vertrauensleute müsste sich immer als verhängnisvoll erweisen, wenn nicht der einwandfrei ehrliche Wille zur Gerechtigkeit das sofort in Aktion tretende Korrektiv bildet.» Schon im November 1933 hatte Th. Gut die Wahlallianz mit den Fröntlern anlässlich der Zürcher Gemeinderatswahlen kritisiert. Er bezeichnete diese als ideologischen und politischen Fehler, und er hatte schon früh erkannt, dass die Fronten «den Scheiterhaufen schichten für alles, was sich vom Ustertag 1830 ableitet».

Die Wahlen brachten übrigens keineswegs einen Rechtsrutsch: In den Orten mit Grosse Gemeinde, der im Proporz gewählt wird, konnte die SP ihre Position halten oder verbessern. Zudem konnte die SP als Erfolg buchen, dass die Verschärfung des Strafrechts, die von allen bürgerlichen Parteien unterstützt wurde, in der Volksabstimmung klar durchfiel. Auf beiden Seiten setzte bald nach diesen Gemeindewahlen ein Rückzug von den verhärteten Fronten ein. Die Bürgerlichen begannen zu spüren, dass

die Allianz mit den Faschisten – nicht zuletzt angesichts der Vorgänge im benachbarten Ausland – ihnen selbst schadete und dass die Sozialdemokratie im Frontalangriff mit demokratischen Mitteln nicht ausgeschaltet werden konnte. Auch bei der SP war ein Abrücken von Extrempositionen im Gang. Das radikale Programm entsprach nicht mehr der praktizierten politischen Zusammenarbeit; bereits 1935 wurde das revolutionäre 1919er-Programm durch ein wesentlich unverbindlicheres ersetzt, und die SPS beschloss erstmals Zustimmung zur bewaffneten Landesverteidigung. Bei den Gemeindewahlen 1938 wurde im Rahmen des Burgfriedens in fast allen Gemeinden «freiwilliger Proporz» geübt. Das Auftreten des Landesrings als schwer fassbare Bewegung zwischen links und rechts trug weiter dazu bei, die erstarrten Fronten aufzulösen.

# Die SP Stäfa von den Umbrüchen der 1970er-Jahre bis zur Gegenwart

Peter Frikart

## Kurze Chronologie über 40 Jahre

### Gemeindewahlen 1978

Nach dreijähriger Absenz der SP vom Gemeinderat wurde 1978 von bürgerlicher Seite der Wunsch geäussert, dass die SP wieder mittut. Als diese darauf einen 25-jährigen Studenten, den Schreibenden, portierte, wurde das akzeptiert, und die Gemeinderatswahl erfolgte mit gedruckter Liste. Bei den übrigen Behörden gab es Wahlkämpfe um die Schulpflege und die RPK: Die SP konnte sich überall durchsetzen, in der Schulpflege mit drei neuen Kandidierenden.

### 1978–1982: Landkäufe, Planungs-Umfrage

In diesem Zeitraum wurden mehrfach an Budget-Versammlungen die Steuern gesenkt, teils gegen heftigen Wi-

derstand der SP; man warnte 1979 vor einer «Küsnachtisierung» der Gemeinde. Mit Zustimmung der SP tätigte die Gemeinde eine ganze Reihe von Landkäufen: Liegenschaft Sunneschy am See für 2 Millionen, das Grundstück Tränkebach-/Grundstrasse, auf dem später die WMS-Wohnungen entstanden, 2,3 Hektaren Bauentwicklungsgebiet im Lattenberg, Landwirtschaftsland im Froberg für die Sportanlagen etc.

Die Alterssiedlung Lanzeln wird eingeweiht, der Ausbau der «Alten Krone» an der Goethestrasse und die bauliche Sanierung des Altersheims Mühleholzli werden beschlossen sowie der Ausbau der Kläranlage Sonnenwies mit modernster Reinigungstechnik und mit einem Parkdeck. Eine grosse Umfrage des Gemeinderats zur Ortsplanung ergibt den klaren Wunsch nach mehr öffentlichem Seeanstoss und einem Seeuferweg.

37

### Gemeindewahlen 1982

Die SP beruft die Parteipräsidentenkonferenz ein und verlangt Abschaffung der veralteten Gemeindeverein-Statuten (siehe dazu den Bericht von Markus Zellweger, S. 56). Die Parteien einigen sich auf eine gemeinsame Liste; Parteilose, auch Bisherige, werden nicht auf diese Liste genommen. Die Ortsparteien schalten gemeinsame Inserate und lassen ein Flugblatt verteilen. Wegen starken Widerstands der SVP wird die FDP-Kandidatur für das Gemeindepräsidium in der gemeinsamen Werbung nicht aufgeführt.

Trotz dieser Einigung gerät die SP im Wahlkampf unter Druck: Ihre Nominierungen für ein neues Mitglied für die Gesundheitsbehörde und die Kandidatur für einen zweiten Sitz im Gemeinderat scheitern an der Urne.

EIN GUTES TEAM FÜR DEN GEMEINDERAT

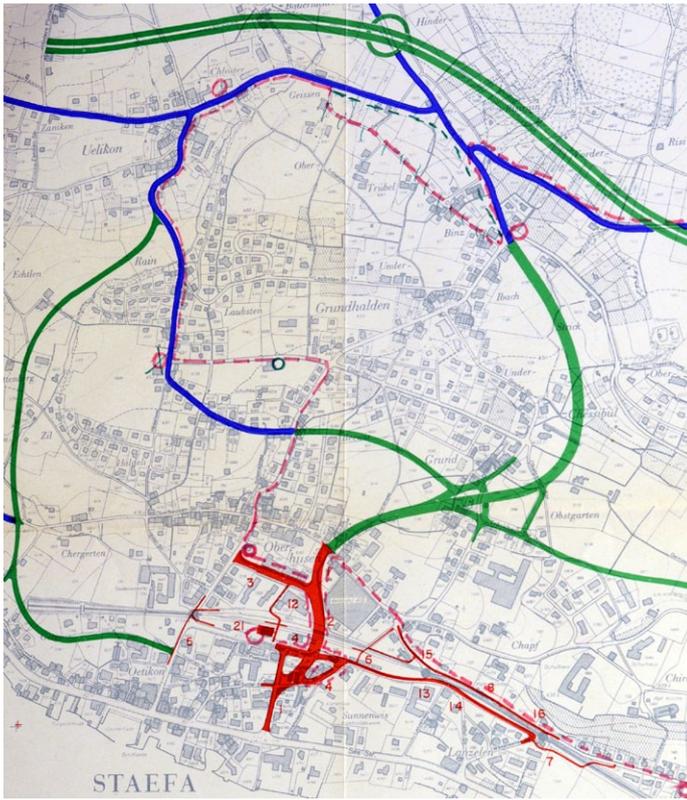


PETER FRIKART 1952 BISHER HEINZ KURTH 1942 NEU  
cand. cec/Journalist dipl. Architekt ETH/SIA  
4 Jahre Rechnungsprüfungskomm. Oberassistent ETH Zürich  
Jahre Gemeinderat Familie mit 3 Kindern



**SOZIALDEMOKRATEN** IN DIE GEMEINDEBEHÖRDEN

Wahlwerbung 1982



Verkehrs-Richtplanung ca. 1980

### 1982–1986: Richtplanung, Jugendzentrum

Die Richtplanung schlägt grosse Wellen; an sechs Gemeindeversammlungen mit bis über 1000 Teilnehmenden wird um eine Menge Festlegungen gerungen. Die Auseinandersetzung um die Dorfumfahrung Nord, die von der SP und von der neu entstandenen Betroffenen- und Umweltgruppe MUV bekämpft wird, ist heftig; sie wird über Monate in den Medien und mit Flugschriften geführt. Die SP entwickelt die Zeitschrift «Stäfner Patriot»; siehe auch das Kapitel «SP Stäfa und Medien».

Der Gemeinderat prüft die Einführung eines Gemeindeparlaments, aber ein solches würde fast nur von der SP unterstützt; die Idee wird wieder aufgegeben. Seit 1979 fordert die Stäfner Jugend, organisiert im Jugendforum, eigene Räume: Diese werden 1983 mit dem Jugendzentrum Domino eröffnet. Mit Unterstützung der SP wird der

Anbau einer Pflegeabteilung zum Alterszentrum Lanzeln beschlossen. Beim Konkurs der Garage Steiner im Kehlhof verpasst es der Gemeinderat, das Land als Ergänzung zum Sunneschy zu erwerben – obwohl eine gute Offerte vorlag.

### Gemeindewahlen 1986

Die SP schlägt erstmals eine Frau für den Gemeinderat vor: Sabeth Tobler wird mit gutem Resultat gewählt. Die Wahlen gestalten sich für die SP schwierig, weil wie bei Parlamentswahlen mit Wahllisten gewählt wird. Die Gesundheitsbehörde bleibt kampfflos ohne SP-Vertretung, und der dritte Sitz in der Schulpflege geht wegen neun fehlenden Stimmen verloren.

### 1986–1990: Ortsbus, Kauf «Böllegarte»

Der Gemeinderat veranlasst eine Studie zum Ausbau des Ortsbusnetzes; das wird an die Hand genommen. Der Verkauf einer Gemeindeliegenschaft an der Rainstrasse scheitert am Widerstand der SP.

1988 kann das unbebaute Grundstück «Böllegarte» oberhalb der Sternenhalden-Reben erworben werden. Damit könnte der von der SP seit 1978 geforderte und von der Gemeindeversammlung beschlossene Aussichtsweg Sternenhalden durchgehend geführt werden – bis aktuell 2017 ist das allerdings nicht erfolgt ...

Der Abbruch der Ventilator AG und der Neubau eines Einkaufszentrums – verbunden mit einem Landerwerb im Haslibach – ermöglichen der Gemeinde die Planung des neuen Gemeindehauses neben der «Alten Krone». Der Gemeinderat will das ihm angebotene Mettler-Areal an der Grundstrasse nicht kaufen.

### Gemeindewahlen 1990

Nach einer Änderung der Gemeindeordnung sind nur noch neun statt elf Mitglieder des Gemeinderats zu wählen. SVP und FDP verzichten je auf einen Sitz und die SP auf eine Kampfkandidatur für einen zweiten Sitz. In diesem Jahr werden alle Gemeindebehörden mit gedruckten Listen gewählt; für neun Behördenmitglieder der SP ist die Wahl damit gesichert. Sabeth Tobler kann die SP für

eine zweite Amtsdauer im Gemeinderat verteten, und mit Yvonne Spühler wird die 1982 verlorene Vertretung in der Gesundheitsbehörde wieder hergestellt.

### 1990–1994: «Tarife vors Volk»

Die SP lanciert die Initiative «Tarife vors Volk»: Die Gemeindeversammlung soll Tarife der Gemeinde, vom Pflegeheim bis zum Stromtarif, festlegen können. Ziel des Vorstosses ist es, einerseits soziale (zum Beispiel einkommensabhängige) Tarife zu ermöglichen und andererseits bei Strom und Wasser degressive Tarife (billiger für Grossbezügler) zu verhindern. Die SP erzielt im Alleingang an der Urnenabstimmung über 40% der Stimmen.

Zum Thema Aussichtsweg Sternenhalden moniert die SP in der ZSZ vom 21. September 1990, dass die Gemeinde untätig bleibe. Der Versammlungsbericht hält fest, dass man bereit sei, «selbst Hand anzulegen für die Öffnung des Weges, falls die Gemeinde dafür niemanden finden sollte». Die Idee des Gemeinderats, dass die Linde in der Grundhalden einem Verkehrskreisel weichen müsse, löst einen Proteststurm aus und muss begraben werden.



Wahlinsert 1990

### Gemeindewahlen 1993 und 1994

Anfang 1993 wird durch den Rücktritt einer SVP-Gemeinderätin eine Ersatzwahl nötig. Die SP nominiert zügig Thomas Bachofen, Mitglied der Fürsorgebehörde. Die SVP, die ihren Sitz mit Ida Ellersiek halten will, wird zudem von der Parteilosen Vreni Köppel herausgefordert. Im ersten Wahlgang fällt noch kein Entscheid, aber die SVP-Kandidatin liegt vorn. Da zieht sich der SP-Kandidat zurück, und die SP hilft der parteilosen Kandidatin zur Wahl. Das löst sowohl intern als auch bei anderen Parteien Stirnrunzeln aus, da man in der interparteilichen Konferenz jeweils Wert auf Solidarität unter den Ortsparteien legt.

Trotzdem kommt 1994 für die Erneuerung des Gemeinderats zunächst eine Parteien-Einigung zustande; der SP wird ein zweiter Sitz zugestanden. Neben Sabeth Tobler, die eine dritte Amtsdauer anstrebt, tritt Thomas Bachofen wieder an. Der Frieden wird aber gestört durch den Auftritt eines früheren leitenden Gemeindeangestellten, der im Namen der Autopartei kandidiert und der mit einem Wahlvorschlag eines «Überparteilichen Wahlkomitees» die Wahl von Thomas Bachofen angreift. Zudem bringt ein yogischer Flieger und Meditationslehrer Farbe in den Wahlkampf. Dieser wird scharf geführt; die SP kritisiert unklare Angaben zum anonym bleibenden «Wahlkomitee» und setzt sich diesmal an der Urne durch: Erstmals seit 1974 stellt sie wieder mehr als einen Gemeinderat. Die übrigen Behörden werden mit gedruckten Listen gewählt; die SP stellt zehn Behördenmitglieder.

39

### 1994–1998: Neues Gemeindehaus, Mojuga

Das neue Gemeindehaus ist erstellt, und der Gemeinderat muss einen Streit um Parkgebühren im neuen Migros-Zentrum schlichten. Das Jugendzentrum Domino hat Probleme mit unruhigen Jugendlichen, und mit der Mojuga wird die aufsuchende Jugendarbeit ausgebaut.

1995 wird die Oberlandstrasse aus dem regionalen Verkehrsplan gestrichen, und in der Folge müssen die Baulinien aufgehoben werden.

1996 tritt Emil Bosshard nach Jahrzehnten als Notar zurück; um seine Nachfolge gibt es eine Kampfwahl.

## Gemeindewahlen 1998

Im Gemeinderat strebt Thomas Bachofen eine zweite Amtsdauer an; für den frei werdenden Sitz von Sabeth Tobler kandidiert Verena Ferner, bisher Mitglied der Schulpflege. Die SP meldet stolz, dass der Wahlkampf von einem eigenen Auftritt im Internet begleitet wird, den man ständig aktuell hält. An der Urne scheitert der zweite SVP-Kandidat, während die SP-Kandidierenden gut im Mittelfeld liegen. Bei der Kampfwahl um die Fürsorgebehörde erzielt Lieni Lyss das beste Resultat; dasselbe erreicht in der Werkbehörde der von der SP portierte Ueli Bürgi. Alle elf SP-KandidatInnen sind gewählt.

## 1998–2002: Gemeindepolizei, Hulftegger-Areal

Im Jahr 2000 ist die SP mit zwei Rücktritten aus Behörden konfrontiert. Der Schulpflegesitz wird mit der Kandidatur von Daniel Jositsch in stiller Wahl neu besetzt; bei der Gesundheitskommission gibt es einen Wahlkampf um die Behörde, die 2002 ohnehin aufgehoben wird: Hier verliert die SP ihren Sitz.

40 Der Gemeinderat will eine Gemeindepolizei einführen, was von der SP entschieden bekämpft wird. Der Sohn des freisinnigen Gemeindepräsidenten, selbst Mitglied bei der SP, führt die Kampagne an, die zu einer der wenigen Niederlagen in der Amtszeit von Thomas Daum führt. Dieser tritt 2002 zurück; er blickt auf 340 Gemeindebeschlüsse zurück, von denen 335 in seinem Sinn ausfielen. 2001 kann die Gemeinde das Hulftegger-Areal aus dem Konkurs dieser Firma für drei Millionen Franken erwerben. Die Konflikte ums Jugendzentrum Domino verschärfen sich

## Gemeindewahlen 2001 und 2002

Im Frühling 2001 wird das Schulpräsidium durch Rücktritt frei. Die SP portiert Daniel Jositsch, der in stiller Wahl Schulpräsident wird. Im November 2001 verlässt Vreni Köppel wenige Monate vor Ende der Amtszeit den Gemeinderat; auf eine Ersatzwahl wird verzichtet.

Zur Erneuerungswahl 2002 stellt die SP für den zurücktretenden Thomas Bachofen neu Hansueli Scheller auf, dazu den parteilosen Klaus Geser; Verena Ferner kandidiert für

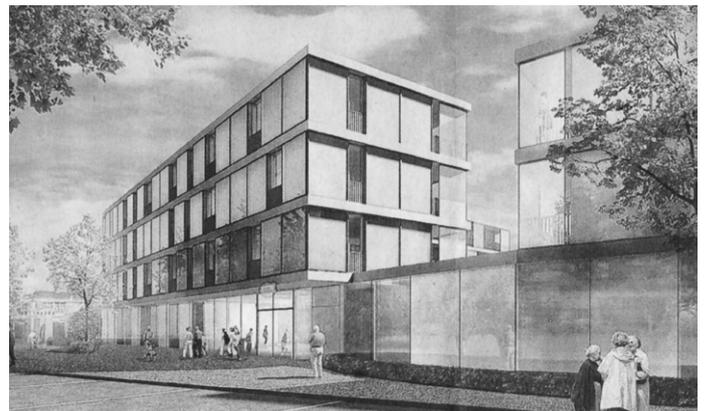
eine zweite Amtszeit. Dass die drei Nominierungen in der folgenden Kampfwahl erfolgreich sind, ist ein grosser Erfolg für die SP. Sie stellt jetzt elf Behördenmitglieder und ab 2003 noch einen Kantonsrat.

## 2002–2006: Asylprobleme, Lanzeln-Kredit

Die Asylpolitik wird rasch zum heiklen Gemeindethema: Dem neuen SP-Gemeinderat, der Asylunterkünfte schaffen muss, bläst ein scharfer Wind entgegen. Im Frühsommer 2003 verlässt die Flüchtlingsfamilie Shabani die Schweiz trotz Bleiberechts – wegen des Psychoterrors von Asylgegnern. Die Bewertung der Asylfragen spaltet das Dorf.

Die Schulpflege um Daniel Jositsch lanciert eine kantonale Initiative, die kleinere Klassengrössen verlangt. Die Kinderkrippe Müüsliburg erhält Beiträge und wächst rasch, und im Grund wird das legendäre Saffa-Haus wieder aufgebaut. Die Planung des neuen Alterszentrums Lanzeln wird unter Hansueli Scheller neu aufgelegt, und das Verharren des greisen Emil Frey im von ihm verkauften Haus bewegt die Gemüter.

Peter Schulthess lanciert als SP-Präsident eine Initiative, die die Einbürgerung zur Behördensache macht und damit erleichtert: Diese wird im Februar 2004 angenommen. Die Schliessung der SCS durch Siemens bedeutet den Verlust von 320 Arbeitsplätzen – dafür zieht Sensirion ein und schafft rasch neue Arbeitsplätze.



Die neue Lanzeln – eine Visualisierung des Projekts in der Abstimmungsbroschüre 2006

Tempo 30 in den Stäfner Quartieren wird an der Gemeindeversammlung angenommen, aber an der folgenden Urnenabstimmung abgelehnt (siehe auch den Bericht von Anita Lyss, S. 59 und von Renate Salzgeber, S. 62). Die reformierte Kirchgemeinde braucht zwei Anläufe für ihr rund vier Millionen teures Forum Kirchbühl. Das Jugendzentrum Domino wird geschlossen. Für ein Gemeindegrundstück im Geren wird ein Baurechtsvertrag mit der Linsi-Stiftung geschlossen, der aber zum Streit führt und wieder aufgelöst werden muss.

Im Februar 2006 werden an der Urne 34 Millionen Franken für den Neubau des Alterszentrums Lanzeln bewilligt – plus 20 Millionen für die Sanierung des Schulhauses Obstgarten mit vergrössertem Saal. Die reformierte Kirchgemeinde lehnt den Verkauf von Land im Eich, der das Forum Kirchbühl finanziert hätte, ab.

## Gemeindewahlen 2006

Die SP erreicht mit Hansueli Scheller, Klaus Geser und neu Raoul Rosenberg wieder eine Dreiervertretung im Gemeinderat; eine parteilose Kandidatin schafft die Wahl nicht. Die SP-Vertretung in der von 15 auf 9 Mitglieder verkleinerten Schulpflege geht auf zwei zurück; Daniel Jositsch ist als Schulpräsident nicht wieder angetreten. Die Gemeindewahlen sind für die SP erfolgreich; einzig der Versuch, in der achtköpfigen Werkbehörde einen dritten Sitz zu holen, scheitert.

## 2006–2010: Planungsbeschlüsse, Skaterpark

An der Budget-Gemeindeversammlung 2006 scheitert der Umzonungsantrag von Andy Rihs, der in der Laubisrüti Industriezone in Wohnzone verwandeln will, mit 679 Nein gegen 237 Ja. Die Gemeindesteuern werden gegen den Willen des Gemeinderats um 8 auf 82% gesenkt. 2007 wird eine von Daniel Jositsch mitinitiierte Initiative für ein weitgehendes Verbot von Mobilfunkantennen angenommen – der Beschluss wird allerdings rechtlich angefochten und am Ende kassiert. Die Dignitas, die in einer Eigentumswohnung Sterbehilfen durchführt, sorgt für Aufregung – der Gemeinderat sieht eine bewilligungspflichtige Nutzungsänderung und verbietet diese. Ein Vorstoss

von Jugendlichen für einen Skaterpark führt zu Abklärungen, die Sache kommt wegen Anwohner-Widerstands an möglichen Standorten nicht voran. Die Gemeindeversammlung beschliesst Förderbeiträge für Sportvereine, die Jugendliche trainieren.

Die Revision der Gemeindeplanung wird an zwei Versammlungen verabschiedet; sie bringt in einigen Gebieten verminderte Ausnützung. Die Gemeinde kauft das aussichtsreiche Restaurant Frohberg mit dem Ziel, dieses als öffentlichen Ort mit Bewirtung zu erhalten. Die reformierte Kirche muss für 4,2 Millionen renoviert werden. 2009 brechen erstmals seit Jahren die Steuereinnahmen ein. Anfang 2010 scheitert die Initiative der SP für Familienwohnungen an der Allenbergstrasse mit 51,4% Neinstimmen; siehe dazu das Kapitel «SP Stäfa und Familienwohnungen».

## Gemeindewahlen 2010

Nur Klaus Geser kandidiert erneut für den Gemeinderat. Mit den Kandidaturen von Peter Frikart und Christoph Portmann will die SP ihre Dreiervertretung halten, scheitert aber knapp mit beiden Neuen. Dafür sind zwei GLP-Kandidaturen erfolgreich, und der frisch auftretende Unabhängige Stefan Reichling. In der Schulpflege fällt die SP freiwillig auf einen Sitz zurück, während sie in RPK, Werkbehörde und Fürsorge je zwei Sitze hält.

## 2010–2014: Eröffnung Lanzeln, Familienwohnungen in Ürikon

2010 kann das Alterszentrum Lanzeln eröffnet werden; der Kostenrahmen wurde eingehalten. Die Jugendmusikschule kämpft mit viel Einsatz dafür, die Liegenschaft des Flötenbauers Fehr für den Musikschulunterricht zu erhalten. Der Umbau Obstgarten wird abgeschlossen; die Abrechnung dazu, die eine massive Überschreitung des Budgets zeigt, folgt erst mit grosser Verzögerung. Der Verein für Altersfragen hat erreicht, dass die Gemeinde das Hultegger-Areal für Alterswohnungen im Baurecht überlässt: Unter seiner Ägide entstehen rund 30 relativ preisgünstige Wohnungen.

Im November 2011 will der Gemeinderat überraschend die Volkshochschule auflösen. Er kommt auf Intervention

der SP darauf zurück; die Volkshochschule wird in der Folge ausgelagert und kann mit relativ bescheidener Unterstützung durch die Gemeinde als Verein weitergeführt werden. Im Frühling 2012 tritt Stefan Reichling zurück; die SP verzichtet auf eine Kandidatur und unterstützt bei der Ersatzwahl Claudia Holenstein, die sich gegen den SVP-Kandidaten durchsetzt. Der Projektierungskredit für einen Bushof und behindertengerechten Perronzugang scheitert an der Urne – trotz gründlicher Unterstützung durch die SP.

An der Budget-Gemeindeversammlung 2012 muss der Steuerfuss um 8 auf 90% erhöht werden.

Die SP hat eine Initiative für Familienwohnungen im Schooren in Ürikon eingereicht: Diese wird an der Urne mit 71% Jastimmen angenommen. Die SP hat sich auch gegen die vom Gemeinderat geplante Ausgliederung der Werke gewehrt; dieses Vorhaben wird vom Gemeinderat im Juli 2013 aufgegeben.

## **Gemeindewahlen 2014 und 2016**

42 Die SP gewinnt mit den Kandidaturen von Christoph Portmann und Vre Niedermann zwei Sitze im Wahlkampf; Klaus Geser tritt nicht mehr an. Die Wahlen verlaufen für die SP insgesamt erfolgreich – allerdings hat sie keine eigene Kandidatur für die Schulpflege lanciert und dafür weiterhin Ruedi Meier (Grüne) unterstützt. Bei der Wahl ums Gemeindepräsidium wird ein zweiter Wahlgang nötig; Die SP unterstützt Claudia Holenstein, GLP; gewählt wird aber Christian Haltner, FDP.

Ende 2015 nominiert die SP den erst 21-jährigen Josias Zeller für eine Ersatzwahl in die RPK. Da drei Kandidaten auftreten, wird ein zweiter Wahlgang nötig. Der junge SP-Kandidat kann sich aber überzeugend durchsetzen, und die SP gewinnt einen zweiten RPK-Sitz.

## **2014–2017: Sparpolitik, Auslagerung Lanzeln**

Zur Budget-Gemeindeversammlung 2014 beantragt der Gemeinderat eine nochmalige Steuererhöhung um 8%. Nachdem diese erwartungsgemäss scheitert, folgt eine rigorose Sparpolitik, die mehrfach von der SP kritisiert wird. An der Budget-Gemeindeversammlung 2015 setzt die SP

mit einem Antrag durch, dass eine massive Kürzung der Beiträge an Sportvereine für die Jugendförderung wieder zurückgenommen wird. In der Risi wird für 2,7 Millionen ein neues und grösseres Trinkwasserreservoir gebaut. Die Musikschule kann die Fehr-Liegenschaft im Herbst 2015 definitiv kaufen; die knappe finanzielle Unterstützung der Gemeinde macht aufwändiges Sponsoring nötig.

Im Frühling 2016 planen Fürsorgebehörde und Gemeinderat die Auslagerung des Alterszentrums Lanzeln. Die SP, der Verein für Altersfragen und die CVP äussern sich kritisch. Das Vorhaben wird weiterverfolgt und präzisiert: Eine Stiftung soll den Auftrag für 60 Jahre erhalten. Ein Entscheid dazu dürfte 2018 folgen. Ende 2016 meldet die Schule einen Investitionsbedarf von 60 Millionen Franken bis zum Jahr 2030. Im Frühling 2017 schliesst die Stadt Zürich das Pflegeheim Seeblick an hervorragender Aussichtslage. Die Gemeinde meldet kein Interesse an der Liegenschaft an. Die Rechnungs-Gemeindeversammlung im Juni 2017 stimmt dem Baurechtsvertrag für die Liegenschaft Frohberg zu – mit Unterstützung der SP.

# SP Stäfa und Parlamentswahlen – Im Spannungsfeld von Engagement, Ehrgeiz und Talent

## 1975: Emil Bosshard wird Kantonsrat

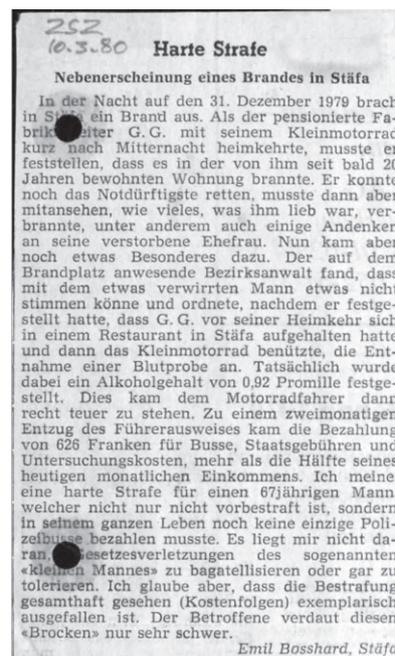
Kurz nach Eintritt des Schreibenden in die SP Stäfa stand die Vorbereitung der Kantonsratswahlen von 1975 an. Die SP Stäfa, die wählerstärkste und einflussreichste SP-Sektion im Bezirk Meilen, hatte (mit kurzer Unterbrechung) von 1959 bis 1971 mit Werner Demuth einen Kantonsrat gestellt. 1971 war Koni Amberg aus Männedorf gewählt worden, während Emil Bosshard aus Stäfa auf dem Ersatzplatz landete. Emil Bosshard erklärte der Sektionsversammlung, er werde nur wieder kandidieren, wenn Koni Amberg zurücktrete; er (Emil) habe keine Lust auf ein Ersatzplatz-Abonnement. Ohne Emil Bosshard, beliebter Notar des Kreises Stäfa-Hombrechtikon und rühriger Präsident des FC Stäfa, müsste die SP allerdings auf viele Panaschierstimmen verzichten. Präsident Werner Demuth, der die SP jeweils mit klarer Hand und ohne lange Debatten führte, erklärte, man schreibe in diesem Sinn an die Bezirks-SP, und so wurde es auch beschlossen.

Dem Schreibenden war nicht gleich klar, dass die SP Stäfa damit eine kleine Kriegserklärung an die SP Männedorf geschickt hatte: Kaum war das Schreiben angekommen, war in der Bezirks-SP Feuer im Dach. Es war die Zeit nach den 1968er-Unruhen: Die sogenannten Globus-Krawalle hatten sich an einem Globus-Provisorium über der Limmat gleich beim Hauptbahnhof entzündet. Die rebellische Zürcher Jugend forderte diese ausgezeichnet gelegene Baute als autonomes Jugendzentrum ein. Nach anhaltenden Auseinandersetzungen auf der Strasse und in der Politik erhielt die Zürcher Jugend einen Freiraum im Lindenhof-Bunker – wo sich dann auch die Schattenseiten der Autonomie zeigten. Die SP war gespalten zwischen Sympathie für die aufmüpfige Jugend und Ärger über anarchistischen Übermut, der nur die Bürger verschreckte, aber keine Perspektive zeigte.

Koni Amberg zählte zu den konservativen Kantonsräten, also wurde Emil Bosshard, obwohl alles andere als ein 1968er-Revoluzzer, von den jüngeren und progressiven Kräften im Bezirk unterstützt – und er hatte die mobilisierungsstarke SP Stäfa komplett hinter sich, auch die konservativen Genossen. Koni Amberg sah eine Niederlage am Nominationsparteitag voraus und gab seinen Rücktritt bekannt – verbunden mit scharfer Kritik am rücksichtslosen Vorgehen der SP Stäfa. Es folgte ein hitziger Bezirksparteitag mit mehreren Dutzend Teilnehmenden: Die SP Stäfa hatte gut mobilisiert und setzte durch, dass trotz einigem Unwillen über ihre Kampfansage Emil Bosshard als Spitzenkandidat nominiert wurde. Dieser schaffte im Frühling 1975 mit klarem Vorsprung die Wahl in den Kantonsrat – und zwischen den Sektionen Stäfa und Männedorf hing für einige Zeit der Haussegen schief.

Emil Bosshard war der ideale Übergangspolitiker für die laufenden und kommenden Umbrüche in der SP. Als Akademiker konnte er den jungen Intellektuellen, die in die SP strömten, Paroli bieten, gleichzeitig war er gut in der bestehenden SP Stäfa integriert und als Notar und Fussball-

43



präsident in der Gemeinde verankert. Er blieb bescheiden und zugänglich, ein guter Kollege, und wie echt sein Einsatz für Benachteiligte war, zeigt beispielhaft ein hier abgedruckter Leserbrief zugunsten eines pensionierten Genossen.

Emils Tätigkeit im Kantonsrat war erfolgreich; seine erneute Nomination auf dem ersten Listenplatz war 1979 und 1983 unbestritten, und bei jeder Wahl holte er reichlich Panaschier-

stimmen für die SP. Allerdings war sein Wahlsieg 1983 etwas getrübt, obwohl die Bezirks-SP – nach langer Zeit mit einer Einervertretung – endlich einen zweiten Kantonsrats-sitz erreichte. Marlies Voser, eine junge Biologin und engagierte Umweltschützerin aus Männedorf, hatte mit vielen Panaschierstimmen zum Erfolg beigetragen – mit so vielen Stimmen, dass sie auf Platz 1 landete und Emil Bosshard auf den zweiten Platz verwies. Es zeichnete sich klar ab, dass alte Gewissheiten für Parlamentswahlen sich auflösten. Für einige Zeit war es wahlentscheidend, auf einer «Umweltliste» zu landen: Das störte einige in der SP, zumal die Aufnahme in Umweltlisten wenig transparent erfolgte.

## 2003: Mit Peter Schulthess den dritten Sitz erreicht

Emil Bosshard trat nach zwölf Jahren im Kantonsrat 1987 nicht wieder an; neben Marlies Voser erreichte Willy Spieler den zweiten Sitz der Bezirks-SP. In den folgenden Wahlkämpfen war die SP Stäfa mit verschiedenen Kandidaten

vertreten, aber jeweils nicht auf vordersten Listenplätzen. In den späten 1990er-Jahren stösst aber ein Talent mit Ehrgeiz zur SP Stäfa: Peter Schulthess, sozial engagierter Psychologe, schon lange in Stäfa im Bereich Jugendzentrum sowie in Asyl- und Drogenfragen politisch aktiv. Er bringt sich entschlossen ein, übernimmt 1998 zusammen mit Brigitte Kübler das Präsidium der SP Stäfa und wird im Juni 2000 zusätzlich Präsident der Bezirks-SP. Seine Kandidatur für den Verfassungsrat führt zwar knapp nicht zum Erfolg, fördert aber seine Bekanntheit im Bezirk.

Bei den Kantonsratswahlen 2003 platziert ihn die Bezirks-SP gleich hinter den Bisherigen, Elisabeth Derisiotis aus Zollikon und Markus Brandenberger aus Uetikon. Nach einem legendären Wahlkampf mit viel Engagement, Verteilen von Flugblättern, Standaktionen etc. erreicht die SP im Bezirk erstmals einen dritten Kantonsrats-sitz – und der fällt an Peter Schulthess. Stäfa trägt mit rund 28 Wählerprozenten für die SP massgeblich zu diesem Resultat bei. Das Dreierteam ergänzt sich gut, deckt verschiedene Bereiche ab und hinterlässt einen klaren Fussabdruck für den Bezirk im Kantonsrat.

## 2007: Durchmarsch von Daniel Jositsch

Der ungewöhnliche Stäfner SP-Erfolg von 2003 galt nicht allein der Kandidatur von Peter Schulthess. Ein weiterer Jungpolitiker mit ungewöhnlichem Ehrgeiz und Talent war zur SP Stäfa gestossen: Daniel Jositsch, Jurist mit Wahlkampf-Erfahrung im berühmten Medellín (Kolumbien) und bald schweizweit bekannt als Strafrechtsexperte. Im Jahr 2000 wird Daniel Jositsch in einer stillen Ersatzwahl in die Stäfner Schulpflege gewählt, und bereits im Frühling 2001, nach dem vorzeitigen Rücktritt des Schulpräsidenten, stellt er sich zur Wahl für dieses Amt. Obwohl Daniel Jositsch erst weniger als ein Jahr in der Schulpflege wirkt, bleibt seine Kandidatur ohne Konkurrenz, und er wird in stiller Wahl Schulpräsident. 2003 beteiligt er sich erstmals am Kantonsrats-Wahlkampf und erreicht mit vielen Panaschierstimmen gleich den Ersatzplatz hinter Peter Schulthess.



Kantonsratswahlkampf, Januar 2003: Mario Fehr, Peter Schulthess, Daniel Jositsch, Sepp Estermann

In den Jahren bis 2007 bewährt sich Daniel Jositsch als Schulpflegerpräsident und baut seine Bekanntheit aus, lokal mit einer Initiative gegen Handy-Antennen, kantonale mit einem viel beachteten Vorstoss für kleinere Schulklassen und national mit TV-Auftritten als Strafrechtsexperte. 2005 wird Daniel Jositsch Präsident der Bezirks-SP, und 2007 tritt er wieder zur Kantonsratswahl an, was die bisherigen SP-Kantonsräte beunruhigt: Es ist unsicher, ob der dritte SP-Sitz zu halten ist, und Daniel Jositsch könnte zu Lasten eines Bisherigen gewählt werden. In einer Sitzung mit den vier Kandidierenden und dem Schreibenden wird das Vorgehen im Wahlkampf geregelt, damit eine gewisse Chancengleichheit gewahrt bleibt. Das ändert nichts daran, dass Daniel Jositsch das mit Abstand beste Resultat erzielt und als Kantonsrat gewählt ist. Zudem lässt sich das Traum-Ergebnis von 2003 nicht wiederholen, und die Bezirks-SP fällt auf zwei Kantonsratsmandate zurück: So verpassen die Bisherigen Peter Schulthess und Markus Brandenberger die Wiederwahl.

Bereits im Herbst 2007 kandidiert Daniel Jositsch für den Nationalrat; dank seinem Bekanntheitsgrad und dem Einsatz von GenossInnen vom See erhält er Platz 16 in der vorderen Hälfte der Liste. Tatsächlich wird er knapp in den Nationalrat gewählt, während mehrere Bisherige ihr Mandat verlieren: Erstmals seit langem stellt die SP Stäfa einen Nationalrat. Über diese Wahl freut sich auch Peter Schulthess, der den damit frei werdenden Sitz im Kantonsrat wieder einnehmen und seine politische Parlamentsarbeit bis 2011 fortsetzen kann.

## 2011–2015: Jungtalente Ursina Egli und Rafael Mörgeli

Die SP Stäfa hat – wie andere Sektionen auch – darunter gelitten, dass Parteipolitik bei Jungen wenig populär war, so dass kaum junge Kräfte zur Partei stiessen. Ab etwa 2005 änderte sich das aber: Die Jungsozialisten waren, nicht zuletzt wegen der provokativen und kämpferischen Politik

von Cédric Wermuth, zum Magneten für junge IdealistInnen geworden. Viele von ihnen fanden den Weg in die SP, die damit auch wieder etwas nach links rückte, und einige traten in die SP Stäfa ein: Ein Hauch von Wiederholung der Geschichte, als die 1968 politisierte Generation den Weg in die SP fand. Zu diesen Jungen gehörte auch Ursina Egli, Jus-Studentin, die sich bereits mit 23 Jahren zutraute, das SP-Präsidium zu übernehmen. 2011 kandidierte sie für den Kantonsrat, und sie erreichte auf Anhieb den zweiten Kantonsratssitz neben dem Meilemer Gewerkschafter Hanspeter Göldi. Sie leistete eine Amtsdauer lang gute Arbeit im Kantonsrat – neben dem SP-Präsidium und ihrem Studienabschluss. Die Aufgaben als Kantonsrätin empfand sie aber als mässig befriedigend, da man zu wenig Konkretes erreichen konnte: So verzichtete sie 2015 auf eine erneute Kandidatur.

45



Kantonsratswahlkampf, März 2011, mit «SP-Mobiliar»

In Stäfa stand bereits ein neues Talent bereit: Rafael Mörge-  
li, 2012 noch Sprecher der konfliktfreudigen Juso Zürich,  
Student der Geschichte – und Neffe des SVP-Strategen mit  
gleichem Nachnamen. Er lieferte im Frühling 2015 einen  
überzeugenden Kantonsrats-Wahlkampf und verpasste die  
Wahl nur um wenige Stimmen. 2015 wurde er als Präsi-  
dent der SP Stäfa gewählt, 2016 zudem als Präsident der  
SP Bezirk Meilen, und im Frühling 2017 wählte ihn die SP  
Kanton Zürich in die Geschäftsleitung: Mit Blick auf das  
Wahljahr 2018 hat er damit eine herausfordernde Aufgabe.

## 2015: Ständerat Daniel Jositsch

Nach der Wahl in den Nationalrat 2007 baute Daniel  
Jositsch seine Bekanntheit aus mit dem Setzen von The-  
men (12 Punkte zu Jugendgewalt und Schulproblemen;  
Strafrecht und Raserdelikte) und 2009 mit einer provoka-  
tiven Kandidatur für den Regierungsrat. Nach einem SVP-  
Rücktritt forderte er den eigentlich gesetzten Ersatzkandi-  
daten Ernst Stocker heraus und erreichte mit über 40% der  
Stimmen ein überraschend gutes Resultat. So wurde die  
erneute Wahl in den Nationalrat 2011 zum Durchmarsch  
mit einem Spitzenresultat.

Durch Daniel Jositschs Wegzug nach Winterthur verliert  
die SP Stäfa vorübergehend «ihre» Vertretung im Nation-  
alrat – rechtzeitig vor den Wahlen 2015 kehrt er aber nach  
Stäfa zurück. Daniel hat in der kantonalen SP geschickt  
taktiert, hat sich früh aus der Konkurrenz um eine Nomi-  
nation für den Regierungsrat herausgenommen und im  
Gegenzug das Interesse an einer Ständeratskandidatur  
angemeldet: Hier wurden durch den Rücktritt von Felix  
Gutzwiller (FDP) und Verena Diener (GLP) die Karten neu  
gemischt. Im Wahlkampf gegen Ruedi Noser (FDP), Hans-  
Ueli Vogt (SVP) und weitere wurde erwartet, dass Daniel  
sich im zweiten Wahlgang gegen Vogt durchsetzen würde  
– effektiv erhielt er aber schon im ersten Wahlgang mit  
über 180'000 Stimmen die absolute Mehrheit und erreichte  
damit erstmals seit über 30 Jahren ein Ständeratsmandat  
für die Zürcher SP. Stäfa feierte den Wahlsieger als ersten  
Ständerat, den die Gemeinde je gestellt hat. Zum Wahlsieg  
beigetragen hat auch die SP Stäfa mit der Sonderkampagne  
«En Seebueb in Ständerat».



«En Seebueb in Ständerat»:  
Sonderkampagne der SP  
Stäfa für Daniel Jositsch

## SP Stäfa und regionale Medien

### «Zürichsee-Zeitung» als wichtigstes Medium

Für eine Partei, deren Wirkungsschwerpunkt in der Gemeinde liegt, ist die führende regionale Zeitung das wichtigste Medium für den Kontakt mit der Bevölkerung. Die SP Stäfa hat seit den 1970er-Jahren jeweils 50 bis 70 Mitglieder und etwa 20 bis 40 SympathisantInnen, die man per Briefversand erreichen kann. Etwa 20 bis 40 davon beteiligen sich aktiv an Versammlungen, in Behörden oder Arbeitsgruppen. Von den 800 bis 1200 Wählenden, die jeweils eine SP-Liste einreichen, kennt man nur einen kleinen Bruchteil – nicht zu reden von der übrigen Bevölkerung, die man erreichen möchte.

Die «Zürichsee-Zeitung», bis zum Verkauf an den «Tages-Anzeiger» fest in der Hand einer freisinnigen Verlegerfamilie, war im ganzen Zeitraum, über den wir berichten, das wichtigste Medium für die SP Stäfa. Die Haltung der Eigentümer oder die Meinung der jeweiligen Redaktoren spielte nicht die entscheidende Rolle; wichtig war und ist die Forumsfunktion im Regionalteil der Zeitung. Parteien und andere Interessierte können hier mit Versammlungsberichten, Stellungnahmen zu Gemeindegeschäften, Leserbriefen etc. dem breiteren Publikum ihre Meinung mitteilen.

Die «Zürichsee-Zeitung» war in der Regel offen für Beiträge der SP; sie ist dazu als amtlicher Anzeiger für die Gemeinde Stäfa auch verpflichtet. Das hatte allerdings seine Grenzen: Mehrmals, wenn wichtige Themen wie die Gemeindeplanung anstanden, wurde der SP eine ausführliche Stellungnahme verwehrt; es hiess, man solle sich auf die übliche Länge von etwa 80 Zeilen für einen Versammlungsbericht beschränken. Einmal hat der Schreibende telefonisch bei der Chefredaktion interveniert und verlangt, dass die SP ebenso ausführlich berichten dürfe wie die lokale FDP. Dies wurde verweigert mit dem Hinweis, man sei schliesslich eine freisinnige Zeitung. Die Antwort, es stün-

de einem amtlichen Anzeiger schlecht an, die Meinungsbildung auf diesem Weg zu steuern, half auch nicht weiter. Ein andermal, bei einer kontradiktorischen Veranstaltung, hatten die Parteien vereinbart, dass die bürgerliche Seite den Moderator stellt, während die SP die Berichterstattung in der «Zürichsee-Zeitung» übernimmt, wobei beide Seiten sich vernünftig um Objektivität bemühen. Am Vortag zur Veranstaltung beschloss der freisinnige Chefredaktor, die Berichterstattung selbst zu übernehmen. Unseren Protest, er kippe damit eine austarierte Abmachung der Veranstalter, wischte er weg mit dem Hinweis, die Redaktion bestimme selbst über die Berichterstattung.

### Gegenöffentlichkeit über «linke» Medien

Die traditionelle Zeitung der SP und der Gewerkschaften war bis zur Aufgabe 1992 das «Volksrecht». Dieses hatte einige Tausend AbonnentInnen im Kanton Zürich, und es stand der SP Stäfa immer für Berichte offen. Viele Versammlungsberichte und Stellungnahmen für die «Zürichsee-Zeitung» wurden in abgeänderter Form – etwas zugespitzter formuliert – auch im «Volksrech» abgedruckt. Später wurde das «P.S.» entwickelt, eine von der SP formal unabhängige Wochenschrift im Zeitschriftenformat, die im städtischen Raum noch etwas über das SP-Milieu hinaus gelesen wird; für die Region bleibt es aber ohne Bedeutung. Hier gilt: Eigene Medien der linken Szene können im Medienmarkt nur eine Nischen-Existenz fristen; in den Regionen kann damit kein breiteres Publikum erreicht werden.

### Eigene lokale und regionale Medien

Immer wieder versuchte die SP Stäfa, andere Wege zur Berichterstattung als über die Regionalzeitung zu entwickeln. In den 1970er-Jahren entstand an der Goldküste das «Echo vom Pfannenstiel», überwiegend getragen von SP-Mitgliedern und Gewerkschaftern. Eine kleine Redaktion produzierte von 1975 bis 1980 jährlich fünf bis zehn Ausgaben und erreichte damit einige 100 AbonnentIn-

nen plus Verkäufe am Kiosk – eine schöne Provokation im bürgerlichsten Bezirk des Kantons. Rund 20 Artikel im «Echo» waren Stäfner Themen gewidmet: so wurde zum Beispiel 1977 unter dem Titel «Geld zu verlocken» ein Strassenbaukredit bekämpft, der dann mit 90% Neinstimmen abgelehnt wurde. Natürlich hatte das «Echo» nur geringen Anteil daran; es konnte über einen kleinen Kreis hinaus kaum Wirkung erzielen.

Als die SP im Umfeld der umstrittenen Stäfner Verkehrsplanung in der «Zürichsee-Zeitung» zu wenig Raum für ihren Bericht erhielt, wurde der «Stäfner Patriot» ins Leben gerufen: Auf vier bis acht Seiten im Format A4 wurden SP-Anliegen zu wichtigen Gemeindethemen, Abstimmungs-

empfehlungen etc. formuliert. Dank der Verteilung per Post in alle Haushalte – auch in die mit «Keine Werbung!»-Klebern – erreichte die SP damit grosse Aufmerksamkeit. Das Verbreiten einer eigenen Gratiszeitung bedeutet für eine SP-Sektion viel Arbeitsaufwand und hohe Kosten: So wurde nach den grossen Planungsübungen für das Verbreiten der SP-Meinung wieder auf einfachere Flugblätter zurückgegriffen, wenn ein wichtiges Thema oder ein Wahlkampf anstand.

In der SP wurde mehrfach auch die Frage aufgeworfen, ob die Gemeinde einen eigenen Anzeiger herausgeben sollte, so dass ein politisch neutrales Amtsblatt das Abonnement der FDP-Zeitung erübrigen würde. Die gleiche Frage stellte sich auch im Gemeinderat; sie wurde dort aber klar verworfen. Die Verankerung der «Zürichsee-Zeitung» und -Druckerei in Stäfa liess einen politischen Vorstoss als aussichtslos erscheinen. Inzwischen ist diese Verankerung nicht mehr gegeben, aber die Notwendigkeit eines Gemeinde-Anzeigers ist im Internet-Zeitalter auch nicht mehr dieselbe.

## Medien im Internet-Zeitalter

Als Mitte der 1990er-Jahre immer mehr Haushalte Zugang zum Internet erhielten, war die SP Stäfa bald auch mit einer eigenen Homepage präsent, die regelmässig aktualisiert wird. In Wahlzeiten hat hier auch jeder Kandidat und jede Kandidatin eine Seite mit eigenen Inhalten. Obwohl damit technisch das Verbreiten von lokalen Informationen viel kostengünstiger und einfacher geworden ist, geniesst der Internet-Auftritt relativ wenig Beachtung; die Bedeutung der Lokalzeitung wurde dadurch kaum geschmälert. Auf das Einrichten eines Blogs oder eines Forums wurde verzichtet, ebenso auf Aktivitäten der SP Stäfa bei Facebook oder als Twitter-Quelle: All diese Formen würden einen hohen Einsatz für Redaktion und Kontrolle erfordern.

# STÄFNER PATRIOT

März 1986  
Nr. 6

**'KÖPFE, NUR KEINE POLITIK!'**

*Dies ist die gängige Devise bei Gemeindewahlen. Die Kandidaten sollen als zuverlässige, geradlinige Persönlichkeiten vorgestellt werden, möglichst ohne politische Ziele. Da bei Majorswahlen nur gewählt wird, wer mehr als die Hälfte aller Stimmen bekommt, exponiert man sich am besten überhaupt nicht. Die Gemeindewahlen seien eben nicht so politisch, heisst es dann, das seien eben Persönlichkeitswahlen.*

*Wir zweifeln nicht, dass die verantwortungsvolle Arbeit in einer Behörde Fähigkeit und Qualitäten verlangt, und wir stellen nur Kandidatinnen und Kandidaten auf, die diesen Ansprüchen auch genügen. Die Wähler haben aber auch ein Recht, zu wissen, wofür ein Behördenmitglied sich einsetzen wird. Immerhin geht es in der Gemeinde um Sachfragen von einiger Tragweite, sei dies im sozialen Bereich oder zum Beispiel in Umwelt-, Verkehrs- und Energiefragen.*



*Deshalb lesen Sie hier auf der Rückseite einiges über unsere Ziele in der Gemeindepolitik – auf die Gefahr hin, dass Sie nicht in allen Punkten einverstanden sind. Wir ziehen es aber vor, klaren Wein einzuschenken und Sie als Wähler(in) für voll zu nehmen.*

*Ihre SP Stäfa*

## SP Stäfa und Gewerkschaften: Regionale Strukturen werden aufgelöst

### Die Veränderung der Maifeiern zeigt die Entwicklung

Anhand der Bezirks-Maifeiern zeigt sich die Entwicklung der alten Kampf-Gemeinschaft von SP und Gewerkschaften beispielhaft. Vor 40 Jahren war dies ein gemeinsamer Anlass: SP-Mitglieder wirkten mit, aber die Hauptarbeit lag bei den Gewerkschaften. Diese verfügten über ein eigenes Sekretariat, das die Örtlichkeit ReferentInnen und einen Bezirks-Maibändel organisierte, die Einladung und Zeitungsinserate entwarf und den Einladungsversand an gut 2000 Gewerkschaftsadressen übernahm. Die SP-Seite, auf Fronarbeit angewiesen, wirkte dabei mit und übernahm den Versand für die knapp 500 SP-Adressen. Zur eigentlichen Feier ein Zitat aus dem Jahresbericht 1977 des da-

maligen Präsidenten Markus Zellweger: «Ein Höhepunkt war sicher die gut gelungene 1.-Mai-Feier im Obstgarten-schulhaus hier in Stäfa. Von der Verenamusk und vom Arbeitermännerchor Küsnacht musikalisch eingebettet, referierten Rita Gassmann und Bruno Canelotto vor der gut gefüllten Aula.» Die Maifeier war ein bodenständiger Anlass mit Blasmusik und Chor, stark von der gewerkschaftlichen Tradition geprägt und überwiegend besucht von älteren Gewerkschaftern.

Die Tradition der Bezirks-Maifeiern hat bis heute überdauert: Nach wie vor wird am Nachmittag des 1. Mai eine Feier in einem Saal veranstaltet mit einer kämpferischen Ansprache und mit einem kulturellen Beitrag. Allerdings: Das Gewerkschaftssekretariat wurde längst aufgelöst, die Maifeier wird ausschliesslich von der SP am Leben gehalten und organisiert. Die Tradition des eigenen Maibändels mit eigenem Slogan für den Bezirk wurde erst vor wenigen Jahren aufgegeben. Ob zu diesen Maifeiern innerhalb der Gewerkschaften noch eingeladen wird oder nicht: Die älteren Gewerkschafter von damals sieht man nicht mehr; die

49



*Gelebte Tradition, neue Generation: Die Bezirks-Maifeier 2016 im Rösslisaal Stäfa; Ansprache von Rafael Mörgeli*

Gewerkschaften haben sich in der Region aus dieser Tradition verabschiedet. Die alte Garde der Maifeiern stellen heute die GenossInnen, die sich vor 40 Jahren als kämpferische Weltverbesserer in die ihnen noch etwas fremde Arbeitertradition eingefügt hatten – und engagierte Junge übernehmen wiederum deren Rolle.

## **Gemeinsame Wahl- und Abstimmungskämpfe**

In den Nachkriegsjahren und bis in die 1970er-Jahre gab es eine starke Überschneidung zwischen SP und Gewerkschaften: Es war das gleiche Personal, das dieselben Wahl- und Abstimmungskämpfe bestritt. Gewichtige Themen standen im Mittelpunkt, so zweimal die 40-Stunden-Woche und die Mitbestimmungs-Initiative, die demokratische Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben in der Verfassung verankern wollte. Beim Programm-Parteitag der SPS von 1982 war eine zentrale und umstrittene Frage, ob die Selbstverwaltung der Betriebe durch die Arbeitnehmenden ins SP-Programm aufgenommen wird. Wer zu jener Zeit in der SP einen Sitz im Kantons- oder Nationalrat anstrebte, tat gut daran, Mitglied in einer Gewerkschaft zu sein. Bei Kantonsratswahlen im Bezirk Meilen stand zeitweise den Gewerkschaften das Bestimmungsrecht für jeden dritten Listenplatz zu. Die Gewerkschaften wirkten mit dem lokalen Sekretariat auch organisatorisch mit und bestritten einen Teil der regulären Wahlkampf-kosten. Darüber hinaus wurden von den Gewerkschaften auch regional zusätzliche Inserate für ihre Mitglieder geschaltet, und die internen Versände von Wahlaufforderungen an Tausende Gewerkschaftsadressen waren auch nicht zu unterschätzen.

## **Erosion der Gewerkschaftsmacht**

Die massive Rekrutierung und Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte brachte den Gewerkschaften zwar neue Mitglieder, doch blieben diese ohne Stimmrecht. Die Führung der Gewerkschaften wie auch der SP hatte sich

aus verschiedenen Gründen nie gegen die Zuwanderung gewandt. Als sich Ende der 1960er-Jahre eine starke Bewegung gegen die «Überfremdung» herausbildete, stellten sich SP und Gewerkschaften dagegen – notgedrungen zusammen mit den Arbeitgebern. Die erste «Schwarzenbach-Initiative», die zur Ausweisung von 300'000 AusländerInnen geführt hätte, erzielte 1970 bei 70% Stimmbeteiligung 46% Jastimmen: Viele Arbeitnehmende lehnten die Zuwanderung ab und fühlten sich von Gewerkschaften und SP nicht mehr vertreten.

Die Einführung des Frauenstimmrechts, die im Kanton Zürich 1969 bis 1971 auf allen politischen Ebenen Realität wurde, brachte eine weitere Relativierung der Wahl- und Abstimmungsmacht der Gewerkschaften: Die Zahl der Stimmberechtigten wurde mehr als verdoppelt, aber nur wenige Frauen waren gewerkschaftlich organisiert.

In verschiedenen Wahlen ab Ende der 1970er-Jahre zeigte sich, dass die Auszeichnung von Kandidierenden als Gewerkschafter und die entsprechende Wahlhilfe kaum noch Vorteile brachte, während Kandidierende mit der Unterstützung von Umweltverbänden auf SP-Listen erfolgreich waren.

## **Führungskonflikt im Kanton Zürich**

Mit der Wahl von Hansjörg Braunschweig – er galt als «linker Ideologe» und taugte als Feindbild für konservative Gewerkschafter – zum Präsidenten der SP Kanton Zürich 1977 war der Weg in den Konflikt vorgezeichnet. Als in der Folge der 1980er-Bewegung die eher konservativen SP-Stadträte Emilie Lieberherr und Jürg Kaufmann bei der SP Zürich in Ungnade fielen, wurden sie stattdessen von den Gewerkschaften aufgestellt und zur Wiederwahl geführt. Gleichzeitig verweigerten die Gewerkschaften einzelnen SP-Kandidaten die Unterstützung. Diese Konflikte zeitigten Wirkung bis in die Gemeinden hinein; auch in Stäfa verliessen verdiente konservativere Genossen aus der Gewerkschaftsbewegung 1980 die Partei – ein Aderlass. Dieser Vorgang ist im Bericht von Hansueli Scheller auf S. 28–29 in dieser Schrift ausführlicher beschrieben.

## **Regionale Entscheide beeinflussen Anstellungsverhältnisse – eine Herausforderung für die SP**

Wenige Jahre nach den 1980er-Konflikten spannten SP und Gewerkschaften wieder zusammen; seit dieser Zeit gab es nur selten unterschiedliche Parolen bei Abstimmungen, und bei wichtigen Wahlen stützten die Gewerkschaften in der Regel die SP-Kandidaturen. Wie hier erwähnt verlor diese Unterstützung aber an Gewicht, die Gewerkschaften bauten ihre Infrastruktur in der Region ab, und wer die SP verlassen hatte, kehrte nicht zurück.

Dass die Kontakte zwischen SP und Gewerkschaften auf lokaler Ebene dünn geworden sind, zeigt sich bei aktuellen wichtigen Themen: Die Gewerkschaften sind wenig präsent, und bei der SP zeigt sich eine gewisse Ratlosigkeit, die der Fall «Spital Männedorf» drastisch zeigt.

### **Beispiel Spital Männedorf**

Als 2012 das Kreisspital Männedorf in eine AG umgewandelt werden sollte – es handelte sich nicht um eine gemeinnützige AG –, nahm die Bezirks-SP wie folgt Stellung (ZSZ vom 25. Mai 2012): «Die SP des Bezirks Meilen hat an ihrer Delegiertenversammlung die Ja-Parole gefasst zur Umwandlung des Spitals Männedorf von einem Zweckverband in eine Aktiengesellschaft. Der Entscheid sei «nach langer Diskussion und mit grossen Bedenken» gefallen, wie die SP mitteilt. Bedenken hätten die Parteimitglieder geäussert, weil es den Trägergemeinden nach Ablauf einer Sperrfrist von fünf Jahren freisteht, ihre Anteile am Spital Männedorf zu verkaufen – auch an Private. (...) «Leider gibt es im Moment keine Alternativen zu einer Aktiengesellschaft», schreibt die SP. Und weil die Aktien immerhin im Besitz der Gemeinden bleiben würden, könne die Mehrheit mit der Vorlage leben. Mit dem Ja geht ein Aufruf einher, die Entwicklung zu beobachten und den Verkauf der Aktien zu verhindern.»

Auf der gleichen Zeitungsseite ist die Stellungnahme der Grünen des Bezirks Meilen zu finden: Sie lehnen die Umwandlung in eine AG ab, weil zu befürchten sei, dass das

Spital damit der Kontrolle durch die Bevölkerung entzogen werde.

Zur Vorgeschichte dieses Entscheids ist anzumerken, dass das Spital Männedorf durch Fehlentscheide in der Personalführung erheblich geschädigt wurde und dass die Aufsicht über das Spital, weitgehend bestehend aus (ehemaligen) Behördenmitgliedern aus den Trägergemeinden, als Führungs- und Kontrollorgan versagt hatte.

### **In Stäfa: Austritt aus der BVK und geplante Ausgliederung der Lanzeln**

Als die Gemeinde Stäfa nach dem BVK-Skandal, der 2010 aufflog, den Austritt aus der BVK anstrebte, wurde im Sommer 2011 ohne Widerstand durch die SP eine Änderung des Personal-Reglements beschlossen, die das ermöglichen sollte. Dass kurz darauf der Gemeinderat den Austritt per Ende 2011 beschloss, hat allgemein überrascht, weil man angesichts der Übertrittskosten zur Swisscanto im Umfang von etlichen Millionen eine Urnenabstimmung zum Thema erwartet hatte. Eine Aufsichtsbeschwerde Baettig (SVP) wurde vom Bezirksrat abgewiesen; die Umstellungskosten seien gebundene Ausgaben. SVP-Präsident Kurt Zollinger bezeichnete den Austritt Stäfas als «Schnellschuss», und Kurt Wissmann (SVP) bezichtigte den Gemeinderat des illegalen Vorgehens.

Die SP blieb still. Sie hatte Kontakt aufgenommen mit dem VPOD, der den Austritt Stäfas scharf kritisierte, aber beim Gemeindepersonal fand sich niemand, der/die sich gegen den Wechsel zur Swisscanto gestellt hätte; der Wechsel war eher beliebt, da mit Steuermillionen abgefedert, und der Vertrag mit Swisscanto schien mehr Vertrauen zu schaffen als der mit der schwach performenden BVK.

Aktuell will der Gemeinderat das Alterszentrum Lanzeln in eine Stiftung ausgliedern. Die SP hat sich bisher gegen dieses Vorhaben gestellt, das starke Auswirkungen auf die Arbeitsverhältnisse der zahlreichen Angestellten hat, wenn es realisiert wird. Nun ist es Aufgabe der SP, sich bis zum endgültigen Entscheid über die Haltung der Angestellten zu informieren; allerdings werden auch noch andere Überlegungen in die Entscheidungsfindung einfließen.

# SP Stäfa und Familienwohnungen

## Projekt WMS – 16 Jahre vom Beginn bis zum Bezug

Im Gemeinderats-Wahlkampf 1978 hatte die SP das Schaffen von preisgünstigen Familienwohnungen gefordert: Das war ernst gemeint, und 1980 wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich der Sache annahm und Konzepte für Familienwohnungsbau erarbeitete, von Selbsthilfe über das Fördermodell des Bundes bis zur kantonalen Wohnbauförderung für Familien mit tiefen Einkommen. Das Ziel war, die Vorarbeit in eine breiter abgestützte Struktur überzuführen. Als die SP zu einer öffentlichen Information ins Restaurant Alte Krone einlud, wollten rund 150 Personen teilnehmen: Der Anlass musste in aller Eile in den Rössli-saal verlegt werden, damit alle Interessierten Platz fanden.

52 Unter dem Namen Wohn-Modell Stäfa, kurz WMS, wurde eine Genossenschaft gegründet in der Hoffnung, dass diese Struktur bald für die Realisierung einer Familiensiedlung benötigt werde. Erste Kontakte mit dem Gemeinderat mit dem Ziel, dass ein Grundstück im Besitz der Gemeinde im Baurecht abgegeben würde, verliefen freundlich, aber unverbindlich. Im Bericht zum Jahr 1982 schrieb Gemeindepräsident Frey in der «Zürichsee-Zeitung» (7. Jan. 1983):

«... Der Gemeinderat hat zur Bedürfnisfrage grundsätzlich positiv Stellung genommen. (...) Auf jeden Fall müsste eine solche Wohnbaugenossenschaft breiter abgestützt sein, als sie es heute ist ...» Dieses Verdikt war nicht im Gemeinderat abgesprochen, aber es gab leider die Meinung im Dorf wieder: Trotz formaler Unabhängigkeit haftete der WMS der «Stallgeruch» der SP an.

Die WMS versuchte im Lauf der 1980er-Jahre auch mit privater Initiative, preiswertes Land für Familienwohnungen zu beschaffen, hatte damit aber keinen Erfolg. Die Aktivitäten gingen zurück, eine Auflösung konnte knapp verhindert werden, und man gab mit GV-Berichten in der «Zürichsee-Zeitung» regelmässig Lebenszeichen. 1989 wurde dem Schreibenden zugetragen, dass sich eine freisinnige Arbeitsgruppe um einen lokalen Architekten gegründet habe und eine weitere Gruppe aus SVP- und Gewerbekreisen: Die WMS würde so umgangen.

Umgehend lud die WMS zu einer gemeinsamen Besprechung in der «Metzg» ein: Dort berichtete die WMS über den Aufwand und die Einschränkungen, die ein Projekt mit Wohnbauförderung mit sich bringen; fünf randvolle Bundesordner auf dem Tisch unterstrichen das Gesagte. Gleichzeitig öffnete sich die WMS: Den grossen Ortsparteien und dem Gewerbeverein wurde angeboten, je eine Vertretung in die Verwaltung der Genossenschaft zu



*Das Grundstück im Trübel – Hat eine zu schöne Lage Missgunst geweckt?*

entsenden. Diese liessen sich tatsächlich darauf ein; die neu aufgestellte WMS wurde rasch zur Partnerin der Gemeinde. Bis zur Realisierung waren noch viele Hindernisse zu überwinden; 1991 wurde ein Projektwettbewerb durchgeführt, und 1992 wurde ein Baurechtsvertrag mit der Gemeinde mit grossem Mehr angenommen. Anfang 1996 konnten 20 Familien mit zusammen mehr als 40 Kindern einziehen. In der Siedlung entstanden auch vier kleinere Behindertenwohnungen.

## **Projekt Trübel – kurz vor dem Ziel aufgelaufen**

Das Thema Familienwohnungen blieb in der SP aktuell, und Ende 2009 wurde ein attraktives Grundstück im Trübel (Ülikon) ins Auge gefasst, das sich für gut 40 Familienwohnungen eignete. Die SP entwickelte eine Initiative, die den Bau von kantonal geförderten Familienwohnungen auf diesem Grundstück mit einem Beschluss ermöglicht hätte: Der Gemeinderat würde ermächtigt, mit einem Wohnbauträger seiner Wahl einen Baurechtsvertrag abzuschliessen. Zunächst lief alles rund; die SP hatte ein breit aufgestelltes Unterstützungskomitee aufgebaut, der Gemeinderat unterstützte die Initiative, und die Kontakte zu anderen Parteien zeigten allgemeine Zustimmung.

Relativ kurz vor der Abstimmung wandte sich aber ein Anwohner mit einem breit gestreuten Flugblatt an die Öffentlichkeit, in dem das Projekt als nicht gerechtfertigte Privilegierung Einzelner angegriffen wurde. Kurz darauf regte sich auch in der SVP Widerstand. Als eine SP-Vertretung das Projekt an einer SVP-Versammlung vorstellte, war die Stimmung geradezu feindselig, und die SVP beschloss Ablehnung. Im Abstimmungskampf kam erschwerend dazu, dass die von der Gewo Züri Ost kalkulierten Brutto-Mietpreise, die publiziert wurden, für geförderte Familienwohnungen recht hoch schienen. Obwohl die SP sich kräftig mit einem Flugblatt, Leserbriefen und Stellungnahmen für ihre Initiative wehrte, wurde diese mit gut 52% Neinstimmen bachab geschickt.

## **Projekt Schooren – beschlossen, aber im Moment sistiert**

Nach der Niederlage im Trübel wollte die SP nicht klein begeben: Wohnbauförderung speziell für Familien mit Kindern ist angesichts der Mietwohnungspreise an der Goldküste eines der wichtigen politischen Anliegen. Diesmal wurde ein bescheideneres Vorhaben gewählt und ein zweistufiges Vorgehen. Ein unauffälliges Grundstück südlich des Bahndamms in Ürikon würde den Bau von 18–20 Familienwohnungen ermöglichen. Gemäss SP-Initiative, eingereicht im November 2013, sollte die Gemeinde zunächst grundsätzlich beschliessen, dass das Grundstück für Familienwohnungen im Baurecht freigegeben wird. Für den konkreten Baurechtsvertrag mit einer Wohnbaugenossenschaft würde eine zweite Abstimmung nötig.

Wieder stiess das Anliegen auf offene Ohren, und der Gemeinderat stimmte zu. Diesmal stellte sich auch die SVP nicht dagegen, und ein im letzten Moment gestreutes Flugblatt gegen die Initiative war so unqualifiziert, dass es keinen Schaden anrichtete: Anfang März 2013 wurde die SP-Initiative mit 71% Ja-Stimmen angenommen. Für die Realisierung des Vorhabens bildete der Gemeinderat eine Arbeitsgruppe, an der sich zwei SP-VertreterInnen beteiligen konnten. Während der Abklärungen zeigte sich, dass das zentral in Ürikon gelegene Grundstück in der nächsten Planungsrunde (2018–19) möglicherweise punkto Ausnützung noch aufgewertet würde. Die SP gab deshalb ihr Einverständnis für eine Sistierung der Weiterarbeit bis nach der Revision der Ortsplanung. Sie behält das Projekt und die Termine aber im Auge.

## SP Stäfa und Frauen in der Politik

Bis zur Einführung des Frauenstimmrechts – im Kanton Zürich 1969 kommunal, 1970 kantonale und 1971 eidgenössisch – fanden nur vereinzelt Frauen den Weg in die SP. Allerdings konnten schon vor 1969 Frauen in Kommissionen der Gemeinde gewählt werden: So wirkte Franziska Weber 1946 bis 1954 für die SP in der Alterskommission.

Der Anfang nach Einführung des Frauenstimmrechts war harzig: 1970 und 1974 hat die SP noch keine Frau für ein Behördenamt nominiert. Im Dezember 1974 portierte die SP für eine Schulpflege-Ersatzwahl eine selbstbewusste junge Frau – und scheiterte mit diesem Vorschlag an der Urne. 1978 nominierte man erfolgreich zwei Frauen für die Kirchenpflege und eine für die Schulpflege, aber erst 1986 wurde mit Sabeth Tobler erstmals eine Frau in den Gemeinderat gewählt.

Ab den 1990er-Jahren stellten Frauen in den Gemeindebehörden rund 40% der SP-Vertretungen. Im Gemeinderat war das Verhältnis für die Jahre 1990 bis 2006 ausgewogen, Männer und Frauen haben je vier Amtsdauern absolviert; 2006 bis 2018 ist dieses Verhältnis aber wieder 5:1 zugunsten der Männer.

Ein Blick auf die Parlamente – das sind die begehrten Ämter – zeigt ein ungünstiges Bild: Mit Emil Bosshard, Peter Schulthess und Daniel Jositsch haben drei Männer Karriere gemacht; die einzige Frau, die von der SP Stäfa aus den Kantonsrat erreichte, ist Ursina Egli, 2011 bis 2015. Zur Bilanz gehören aber auch zwei Richterinnen, die der SP Stäfa angehören – Männer gibt es keine in dieser Funktion.

Das ist eine durchgezogene «Erfolgsbilanz»: Es ist der SP Stäfa in den bald 50 Jahren seit Einführung des Frauenstimmrechts nur vereinzelt gelungen, Frauen mit Ehrgeiz und Talent anzuziehen und diesen eine politische Karriere zu ermöglichen. Natürlich kann man das nicht erzwingen, und wir reden uns gerne ein, dass wir Frauen genauso fördern wie Männer, wenn es um politische Ämter geht, aber die Statistik stützt das leider nicht. Das heisst für die SP Stäfa: offen sein für Frauen mit Potenzial für politische Ämter und darauf achten, dass die eigenen Strukturen und Personen Frauen genauso fördern wie Männer – auf dass wir beim 125-Jahre-Jubiläum in diesem Bereich eine bessere Statistik und schöne Erfolgsgeschichten präsentieren können!

54

Was Frauenkarrieren in der Politik betrifft, hat die SP Stäfa noch Verbesserungspotenzial. Hingegen haben sich Genossinnen und Genossen immer eingesetzt, wenn es in der Politik um Frauenthemen ging. Ein Beispiel: Für die Abstimmung über gleiche Rechte und gleichen Lohn für gleiche Arbeit wurden rund 600 dieser Kärtchen verteilt. Man hatte dafür 1200 Rappeler bei der Nationalbank bestellt und diese sorgfältig auf die gedruckten Karten geleimt. Die Aktion kam gut an.



# Daran erinnere ich mich besonders (un)gern ...

## Erinnerungen engagierter SP-Mitglieder

In den nun 100 Jahren des Bestehens der SP Stäfa haben ungezählte SP-Behördenmitglieder kleine und grosse Beiträge zur Entwicklung der Seegemeinde geleistet. Dabei haben viele von ihnen die Erfahrung gemacht, dass das Parteibüchlein bei der Erarbeitung der meisten kommunalen Geschäfte keine wesentliche Rolle spielt. Der Umgang der vom Volk gewählten Behördenmitglieder ist trotz unterschiedlicher politischer Herkunft in vielen Behörden freundschaftlich. Und in der Regel werden Lösungen für die vielen ideologisch kaum belasteten Sachgeschäfte über die Parteigrenzen hinaus gesucht.

Trotzdem gibt es Situationen, wo die politische Herkunft ins Spiel kommt und gelegentlich auch zu harten Auseinandersetzungen führt. Nicht immer sind die linken Behördenmitglieder dabei erfolgreich – kein Wunder angesichts der «Machtverhältnisse» am Zürichsee. Dies – so zeigen die nachfolgenden Berichte einzelner Mandatsträger – ist besonders schmerzlich, wenn bei der Ressortzuteilung in einem neugewählten Gemeinderat die SP-Vertreter vielfach jene Geschäftsbereiche übernehmen müssen, die ihnen die bürgerlichen Ratsvertreter zuteilen. – Und doch gelingt es immer wieder, «typisch linke» Anliegen auch in diesen bürgerlich dominierten Gremien oder auch an einer Gemeindeversammlung durchzubringen. Für ein SP-Behördenmitglied ist das dann auch Grund zu besonderer Genugtuung.

Wer in den Protokollen der SP Stäfa blättert, trifft auf sehr viele Beispiele, wie sich die «Genossen» schon vor 100 Jahren erfolgreich für die «kleinen Leute» eingesetzt haben: Für die Bewohner ohne eigenen Keller bei der Einlagerung von Gratis-Kartoffeln, für die Erhöhung des Lohnes

der Badewärterin oder der Hebamme und – ein während Jahren geführter Kampf – für angemessene Gemeindeforschüsse an Arbeitslose. – Später wurden auch andere Themen bevorzugt von den «Linken» vertreten: Frauenfragen, Minderheiten, Asylanten, Natur und Umwelt und vieles andere mehr.

In der Folge berichten einige aktive oder ehemalige Behördenmitglieder und ParteipräsidentInnen über solche Erfahrungen aus den letzten Jahrzehnten – positive und negative.

# Das Ende der Stäfner Wählerversammlung

Markus Zellweger, Parteipräsident 1976–1981, Mitglied Schulpflege 1978–1986



Als neugewählter Präsident der SP-Sektion Stäfa wurde ich bald zur Parteipräsidentenkonferenz eingeladen. Deren Hauptaufgabe bestand darin, Wahlen vorzubereiten und offizielle Empfänge (z.B. für den Nationalratspräsidenten) zu organisieren.

56 Noch immer war zu dieser Zeit das Wahldebakel der SP bei den Gemeindewahlen 1974 in (schlechter) Erinnerung. Die Hauptursache für das miserable Abschneiden unserer Kandidatinnen und Kandidaten war nicht ihre mangelnde Kompetenz, sondern die Institution der «Wählerversammlung». Diese Einrichtung kam zwar in den ersten Jahrzehnten unserer Sektion der SP insofern zugute, als jeweils mindestens ein Vertreter der Arbeiterschaft bei den Wahlen kandidieren konnte und auch gewählt wurde. Mit der Zeit zeigte sich aber, dass die Wählerversammlung alles andere als eine demokratische Institution war. Zunächst waren da in der Kirche jeweils die sehr gut mobilisierenden Bauern und Gewerbler übervertreten. Dann mussten aus einer grossen Kandidatenliste jeweils mindestens vier Namen auf einen «Wahlzettel» geschrieben werden, damit dieser überhaupt gültig war. Das hiess, dass man zum Beispiel neben den eigenen zwei Kandidaten noch zwei weitere von andern Parteien aufschreiben musste. Alle Kandidierenden wurden dann in der Reihenfolge ihrer erzielten Stimmen auf den offiziellen Wahlzettel für die Gemeindewahlen aufgenommen: zuerst alle SVPler, dann alle FdPler und schliesslich der Rest. Ein Teil dieser restlichen Kandidaten wurden dann bei unverändert in die Urnen eingelegten Wahlzetteln als überzählig gestrichen und somit nicht gewählt.

Allerdings tat dem Gemeinderat die oppositionslose Zusammensetzung der Behörden ab 1974 nicht allzu gut. Aufgrund der Pattsituation zwischen den beiden grossen Parteien wurde aus bürgerlichen Kreisen schon bald der Wunsch laut, die SP wieder «einzubinden». Unterdessen hatte ich bereits 1977 das Präsidium der Parteipräsidentenkonferenz übernommen, und in dieser Funktion beantragte ich als erstes, die undemokratische Wählerversammlung abzuschaffen. Zu meinem Erstaunen wurde dieser Antrag gutgeheissen, und in der Folge wurden die nächsten Wahlen durch die Präsidentenkonferenz und ohne diese Wählerversammlung vorbereitet. Dadurch wurde der Weg geebnet, dass unserer Partei den Wiedereinzug sowohl in den Gemeinderat als auch mit drei Sitzen in die Schulpflege schaffte.

# Was aus unseren Visionen werden kann

Werner Trachsel, Parteipräsident 1989–1992



Eine Gutenachtgeschichte war erzählt, meine Kinder lagen ruhig in ihren Betten, eine Flasche Rotwein war geöffnet, und die Gedanken galten schon der bevorstehenden Vorstandssitzung. Fast pünktlich trafen sie bei mir zu Hause ein, die damals aktiven Posten unserer Sektion: Peter kam nach Markus, dann Ursula mit Verena und später auch Sabeth.

Der Sitzungsstart gestaltete sich wie immer schwierig; es wurde nämlich schon intensiv ausgetauscht, was im Dorf für uns als «Linke» Unerträgliches vorgefallen war. «Genossinnen und Genossen, ich möchte beginnen. Es gibt noch viel zu reden, die SP-Schweiz lädt zur GV, Gemeinderatswahlen stehen bevor, eine Standaktion muss organisiert werden, und ich möchte die Ziele unserer Sektion für nächstes Jahr festlegen, und ihr habt sicher auch noch Themen. Also, Prost zusammen!» Ich nutzte die kurze Stille, als alle tranken, und übernahm das Wort, leitete die Diskussionen und liess abstimmen. Beim Traktandum Jahresziele musste ich kurz unterbrechen, um meinen von einem Albtraum aufgewachten Sohn zu beruhigen. Ich dachte an seine Zukunft, als ich mich wieder an den Tisch setzte. – Ob wir an jenem Abend festlegten, dass wir einen Mittagstisch und eine Kindertagesstätte, einen Ortsbus für alle Quartiere auch nach 20 Uhr, eine Neugestaltung des Seeplatzes, den Kampf gegen neue Strassen (Verlängerung Laubisrüti), höhere Beiträge für EL-BezügerInnen, endlich Tempo-30-Zonen, die Unterstützung von Solarenergie durch die Gemeinde oder den Bau günstiger Wohnungen initiieren wollten, weiss ich nicht mehr. Gegen Mitternacht

gaben wir auf, da jeder wusste, was er zu tun hatte, und der Wein ausgetrunken war.

Trotz unserem Engagement war unser unmittelbarer Erfolg bescheiden. Unsere Ideen waren zwar gut, aber meistens nicht mehrheitsfähig, nicht finanzierbar. Noch nicht, denn über all die Jahre ist vieles mindestens teilweise umgesetzt worden. Linke Anliegen von damals werden heute selbst von Bürgerlichen nicht mehr als solche erkannt, sie werden wie selbstverständlich einfach genutzt. Aber externe Kinderbetreuung, ganztägige ÖV-Verbindungen, Kies- statt Parkplätze am See (wenigstens teilweise) oder die Fördergelder für Photovoltaik auf dem Eigenheim usw. mussten erst vorgeschlagen und dann über Jahre erkämpft werden. All unsere SP-Behördenmitglieder haben diese und viele anderen Themen weiterbearbeitet. Sie haben Zeit investiert und sich nicht zermürben lassen. Mit Erfolg; denn auch wenn unsere Anliegen damals oft scheiterten, gab die Zeit uns mittelfristig trotzdem Recht. So ist das eben mit Visionen. Was am Anfang als unmöglich galt, wird am Ende zu etwas, ohne das es unmöglich ginge.

# Zwischen dörflicher Realität und verpassten Chancen

Klaus Trottmann, Parteipräsident 1995–1997



Am Anfang war es der Wunsch nach politischer Heimat, der mich in die SP eintreten liess. Das Auftreten und Politisieren von regionalen und nationalen Politikerinnen und Politikern war für mich vorbildhaft und entsprach meinen Überzeugungen. Dazu gab es Familienanlässe mit unseren Kindern, zum Beispiel erinnern

wir uns gerne an ein Wochenende in Braunwald in einem mehrstöckigen Turmhaus. Zufällig wurde ich dann für zwei Jahre ins Präsidium der SP Stäfa gewählt. Gross war dann die Erleichterung, als diese zwei Jahre vorüber waren. Eine Sitzung leiten war ja das eine. Konfrontationen aushalten, Standpunkte an der Interparteilichen oder an der Gemeindeversammlung zu vertreten das andere.

58

Diese Art des Politisierens, diese Machtkämpfe behagten mir nicht. Gemeinderat Thomas Bachofen schlug im kleinen Vorstandskreis eine parteilose Bekannte von ihm als mögliches neues Gemeinderatsmitglied für die SP vor. Diese Frau war die Ehefrau von einem der Söhne eines bekannten Stäfner Politikers einer andern Partei. Die deutlich geäusserte Bedenken eines erfahrenen Vorstandsmitglieds zu möglichen Spannungen und Konflikten aufgrund dieser Situation holten uns schnell wieder auf den Boden der Stäfner Realität zurück. So wurde eine verheissungsvolle Karriere einer Frau bereits im Vorstand gestoppt.

Ein paar Jahre später bot sich der SP eine ganz ähnliche Chance. Hier war das Politisieren für die SP möglich und löste kein Erdbeben mehr aus.

# Leiden und Freuden: Highlights und der «Ablöscher»

Anita Lyss, Vorstandsmitglied und Kassierin, früher kantonale Geschworene



Drei Einsätze als Geschworene in den Jahren 1995, 2001 und 2009 haben entscheidend dazu beigetragen, dass mein Vertrauen in die schweizerische (Straf-)Justiz sehr gross ist. Konfrontiert mit ungewohnten Milieus, ZeugInnen, welche die genau gleiche Situation erlebt, diese aber aus ihrer persönlichen Sicht ganz unterschiedlich wahrgenommen haben, Täter (ja, es waren ausnahmslos Männer), die neben ihren brutalen Seiten auch ganz andere Wesenszüge anklingen liessen, haben mich gelehrt, die Vielgestaltigkeit des Lebens zu akzeptieren und zu begreifen, dass «Schwarz» nicht immer nur «Schwarz» und «Weiss» nicht immer nur «Weiss» sein muss. Bei der Urteilsfindung, eng begleitet durch drei professionelle Richter, war besonders erfreulich, dass auch ganz furchtbare Hardliner sich nach dem Prozess einem Urteil anschliessen konnten, das differenziert und von der grossen Mehrheit der Geschworenen als richtig empfunden wurde. Die Einsätze am Obergericht dauerten jeweils zwischen drei und vier Wochen. Diese Verfahren waren mit sehr hohen Kosten verbunden und sind heute sicher sehr viel preisgünstiger, aber halt auch weniger volksnah.

## *Mitglied der Verwaltung WMS (Wohnmodell Stäfa)*

Gerne erinnere ich mich auch an die neun Jahre als SP-Delegierte zusammen mit Peter Frikart bei der Realisierung der WMS Wohnbaugenossenschaft Stäfa. Zusammen mit Vertretern anderer Stäfner Parteien und des Gewerbes konnte dank Hartnäckigkeit das Ziel erreicht werden: Sozialer Wohnungsbau ist auch in Stäfa möglich, auch wenn

sich noch so viele Hindernisse aufürmen. Dass die WMS sich nach mehr als 20 Jahren als so erfreuliches und gepflegtes Objekt präsentiert, ist nicht zuletzt der ausgezeichneten Architektur von Verena und Markus Vogel zu verdanken. Mich jedenfalls freut der Anblick der beiden Häuserzeilen jedes Mal, wenn ich daran vorbeigehe.

## *Darüber ärgere ich mich heute*

Sehr unzufrieden bin ich hingegen mit den Verhältnissen beim Bahnhof Stäfa, die nun schon gefühlte ewige Zeiten andauern. Weder Rampen noch Rolltreppen erleichtern den Zugang zur S-Bahn, damit auch für Gehbehinderte und Menschen mit Kinderwagen und schwerem Gepäck ein nahtloser Anschluss vom Bus zur Bahn gewährleistet wird. Diese Unterführung ist einfach ein Loch und entspricht in keinsten Weise den Anforderungen einer Stadt von über 14'000 Einwohnern. – Auch ein Ortsbus für den westlichen Ortsteil gehört einfach zu einer modernen städtischen Infrastruktur, denn Stäfa ist wirklich längst kein Dorf mehr, und der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung steigt. Keine innovativen Investitionen tätigen, um den Steuerfuss tief zu halten, ist für mich keine nachhaltige Politik. Vielleicht wäre es gar nicht schlecht, wenn sich Stäfa die Gemeinde Riehen zum Vorbild nähme: eine «Age-friendly City» (<https://altersfreundlich.net>).

# Eine spannende Zeit im Co-Präsidium mit vielen Initiativen

Peter Schulthess, Sektions-Co-Präsident 1998–2002, Kantonsrat 2004–2011



Gemeinsam mit Brigitte Kübler durfte ich die Sektion in den Jahren 1998 bis 2002 leiten. Das war eine sehr spannende und kreative Zeit, wo wir als Führungsduo allerhand Aktivitäten entfalteten. Mit regelmässigen Standaktionen und Veranstaltungen zu aktuellen Abstimmungen, aber auch zur Elternbildung griffen wir aktuel-

le Themen auf, und es gelang, die SP in Stäfa und Üriikon wieder deutlicher ins Bewusstsein der Öffentlichkeit und der WählerInnen zu bringen und sie als relevante kommunalpolitische Kraft zu etablieren. Das zeigte sich bald in einem konstanten Mitgliederzuwachs, und es zeigte sich insbesondere bei den Kommunalwahlen 2002, als wir eine bisher nicht erreichte Zahl von Behördensitzen besetzen konnten. War die SP bisher – wenn überhaupt – mit nur einem Mitglied im Gemeinderat vertreten, so waren es ab dann (fast) immer zwei. Erfolgreich war sicher das Konzept, mögliche Behördenmitglieder nicht nur im angestammten Parteikreis zu suchen, sondern auch ausserhalb, im sogenannten Sympathisantenkreis der «frei schwebenden Linken». – Und auch etwas «fun» gehörte dazu: Unvergessen sind die Pétanque-Anlässe auf dem Stäfner Seeplatz.

Gerne schaue ich auch auf die erfolgreiche Annahme einer Einzelinitiative im Jahr 2004 zurück, wo es gelang, die Gemeindeordnung so zu ändern, dass Einbürgerungen nicht mehr an der Gemeindeversammlung verhandelt wurden, sondern die Kompetenz dazu an den Gemeinderat delegiert wurde. Ein wichtiger Schritt zur Wahrung der Würde Einbürgerungswilliger und zur Vermeidung von Willkür

angesichts der damaligen Tendenz, Einzubürgernde mit Namensendungen «-ic» oder ähnlich generell abzulehnen.

Die SP, der ich in den folgenden Jahren auch als Bezirkspräsident dienen durfte, profilierte sich durch ihre Aktivitäten auch auf Bezirksebene und gewann an Wählergunst, so dass 2004 zur Überraschung aller gar drei Kantonsratsitze erreicht werden konnten. Einen der drei durfte ich – neben den beiden Bisherigen Elisabeth Derisiotis und Markus Brandenberger – einnehmen. Leider ging dieser dritte Sitz nur 4 Jahre später wieder verloren, dem kantonalen Rechtstrend entsprechend. Durchstarten konnte in jenen Wahlen jedoch der ehemalige Stäfner Schulpräsident Daniel Jositsch, der aktuell sogar als Ständerat gewählt ist.

Gerne schaue ich auch auf die von der SP erarbeitete Einzelinitiative für Familienwohnungen auf einem der Gemeinde gehörenden Grundstück in Ülikon im Jahr 2012 zurück. Die zunächst unbestrittene Initiative wurde kurz vor der Abstimmung überraschend von einzelnen Anwohnern des Grundstücks und darauf auch von der SVP massiv bekämpft und unterlag schliesslich in der Gemeindeabstimmung im März 2013 knapp. Immerhin führte dieser Scherbenhaufen dazu, dass an anderer Stelle dann doch unter Mitwirkung aller Parteien ein Projekt für Familienwohnungen entstehen konnte, denn der Bedarf nach günstigem Wohnraum in Stäfa war von keiner Partei bestritten.

And last, but not least: Der Einsatz für einen Seeuferweg rund um den Zürichsee wurde von der Stäfner Sektion stets überzeugend und entschlossen geführt, auch wenn er gerade auf Stäfner Gemeindegebiet wegen der Richtplanfestlegungen ein Traum bleiben muss.

# Alterszentrum Lanzeln: Was lange währt, wird endlich gut

Lieni Lyss, Mitglied Fürsorgebehörde 1998–2014



Manchmal dauert es ein bisschen länger, bis eine gute Lösung gefunden werden kann, so auch bei der Realisierung der «Neuen Lanzeln». Zwei Anläufe waren nötig, bis das heutige Alterszentrum gebaut werden konnte. – In einer ersten Runde beschäftigte sich die Fürsorgebehörde (Gruppe Heime) mit der Idee, im bestehenden Altersheim zwei Zimmer in ein Zimmer umzuwandeln. Das bedeutete natürlich einen Verlust an Zimmern. Dieser Verlust sollte durch den Umbau eines Teil der angrenzenden Alterswohnungen, die ebenfalls im Besitz der Gemeinde Stäfa waren, in Pflegewohnungen wettgemacht werden. Aus wirtschaftlichen Gründen wurde dieses Vorhaben abgebrochen und erst wieder nach den Neuwahlen 2002 an die Hand genommen. Der neue SP-Gemeinderat und ein Mitglied der Heimgruppe der Fürsorgebehörde wurden in die Projektkommission gewählt. Bei einem Architekturwettbewerb wurde das heute bestehende Alterszentrum als Siegerprojekt ausgewählt. Als einziges hatte es sich deutlich von den anderen abgehoben. Die Umsetzung erfolgte durch den Abbruch eines Gebäudes der Alterswohnungen. Dort wurde der erste Teil des neuen Zentrums erstellt, und die Bewohner konnten den Neubau beziehen, ohne vorgängig ausquartiert zu werden. In einer zweiten Etappe erfolgte der Abbruch des alten Altersheims ohne den relativ neuen östlichen Teil. Nach dem Aufbau des zweiten Teils des neuen Heims wurde auch noch der östliche Teil saniert. Somit stehen heute 136 Betten in komfortablen Zimmern zur Verfügung. Die Nettoinvestitionen für die Steuerzahler betragen etwas mehr als 34 Millionen Franken.

Für mich war es sehr interessant und spannend, in der Projektgruppe mitzuwirken. Ein Entscheid von grosser Tragweite war die Umstellung von Mehrbett- zu Einzelzimmern mit integrierter Nasszelle, damit die Privatsphäre aller Bewohnerinnen und Bewohner künftig gewahrt werden konnte. Für Diskussionen sorgte auch die Zimmergrösse, und glücklicherweise konnte sich auch da eine grosszügige Variante durchsetzen. Unser neues Alterszentrum hat sich seit dem Bezug im Herbst 2010 als ganz grosser Wurf erwiesen. Dies wurde durch den Gewinn des 1. Preises des «Age Award 2013» bestätigt. Dieser Preis zeichnet die besten Altersheime der Schweiz aus, architektonisch wie funktionell. Der einmalige Erfolg wurde ermöglicht durch die effiziente Umsetzung des sehr guten Projekts, dank des riesigen Einsatzes unseres SP-Gemeinderates Hansueli Scheller und der ausserordentlich guten Kooperation mit der Heimleiterin Marie-Louise Sarraj. Für einen gewählten Volksvertreter ist es, wie das obige Beispiel zeigt, durchaus möglich, auch ein grosses Vorhaben innert nützlicher Frist zu realisieren. Ein solch positives Ergebnis entschädigt dann alle Beteiligten für die aufgewendete Zeit. Zum Schluss ist noch zu erwähnen, dass die veranschlagten Kosten eingehalten werden konnten, was ja heute bisweilen nicht immer der Fall ist.

Während meiner 16-jährigen Tätigkeit in der Fürsorgebehörde war das Thema «Neue Lanzeln» stets präsent und stand bis zur Einweihung am 17.9.2010 immer wieder auf der Traktandenliste. Aber wie heisst es doch: «Geduld bringt Rosen», und in diesem Fall hat sich die sehr lange Planungszeit wirklich ausgezahlt.

# Wie gewonnen, so zerronnen ... Kein Tempo 30 für Stäfa

Renate Salzgeber, SP-Sektionspräsidentin 2003–2009



2004: Wieder einmal stand eine Gemeindeversammlung bevor – der Gemeinderat Stäfa hat nach langen Vorbereitungen und verschiedenen Anläufen eine Vorlage ausgearbeitet, die eine stufenweise, flächendeckende Einführung von Tempo 30 in den Quartieren vorsah. Lediglich auf ein paar wenigen Durchgangsstrassen sollte

weiterhin Tempo 50 gelten. Die SP Stäfa hat diese Vorlage aktiv unterstützt und dazu ein Flugblatt kreiert, das allen Haushalten zugestellt wurde. Wir haben intensive Diskussionen mit der Bevölkerung an einer Standaktion geführt und neben dem Flugblatt als «Erinnerungsaufwurf» ein Päckchen *Tempo*-Taschentücher mit einem rotumrandeten 30-Kleber abgegeben, die «reissenden» Absatz fanden. Während der Gemeindeversammlung – am 24. Mai 2004 – bot die SP im benachbarten Pfarrhaus einen Kinderhütendienst an, damit auch Eltern von kleinen Kindern dabei sein konnten. Die Mobilisation war gross, und viele Stimmberechtigte fanden den Weg die Kirche: 700 Stäfner und Stäfnerinnen besuchten diese Gemeindeversammlung.

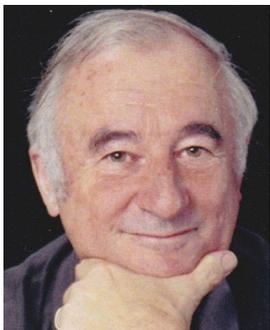
Nach langen Diskussionen brachte die Abstimmung ein klares Resultat: 403 Ja gegen 218 Nein für Tempo 30! Leider konnten wir uns über diesen Ausgang nicht lange freuen, da ein Stimmbürger aus den FDP-Reihen eine Urnenabstimmung über Tempo 30 verlangte. Der Antrag wurde leider angenommen (es braucht dazu nur das Ja von einem Drittel der Anwesenden). Und tatsächlich: Wir konnten uns nicht lange über den errungenen Sieg freuen. Nach den

grossen Anstrengungen verschiedener Gruppen vor der Gemeindeversammlung war die Enttäuschung nach dem nicht definitiven Ja umso grösser und das Engagement am Boden. Die Leute liessen sich für die Urnenabstimmung nicht mehr in gleichem Ausmass mobilisieren. Trotz erneuter, sogar überparteilicher Werbung mit Flugblatt und Standaktion wurde Tempo 30 am 26. September 2004 abgelehnt. Mehr als 10 Jahre sind vergangen und wir haben noch immer fast keine Tempo-30-Zonen in Stäfa ...

Die Zeit als Sektionspräsidentin war spannend und intensiv. Wir haben viele Standaktionen durchgeführt – praktisch zu allen Abstimmungen in diesen sechs Jahren – und dadurch auch sehr intensive Diskussionen mit der Bevölkerung geführt. Viele gute und interessante Gespräche entschädigten uns immer wieder für ebenfalls erlebte unsägliche und aggressive Äusserungen von verbitterten und nur ideologisch denkenden Passanten (ja – meistens Männer). Möglich war dies nur, da eine kleine Crew immer wieder den Mumm hatte, bei Regen, Schnee oder Hitze den Samstagmorgen für diese politische Arbeit einzusetzen. Danke an alle, die dabei waren – allen voran Lien, Anita und Peter.

# Angriff abgewehrt!

Hansueli Scheller, Fürsorgevorstand 2002–2010



Eine Sparrunde war angesagt – ungefähr 2004. Kurz vor der Gemeinderatssitzung kam der freundliche (freisinnige) Finanzvorstand auf seinen SP-Ratskollegen, den SP-Fürsorgevorstand, zu. Er werde gleich einen Antrag auf massive Kürzungen oder gleich Aufhebung der kommunalen Mietkostenzuschüsse vorbringen;

alle Details seien mit der zuständigen Sekretärin abgesprochen. Und – rücksichtsvoll – erklärte der Ratskollege, er werde dann diese Abbauvorlage auch in der Gemeindeversammlung vorstellen, damit ich dieses mit meiner linken Gesinnung schlecht in Übereinstimmung zu bringende Geschäft nicht selber vertreten müsse. – Ich schluckte leer und anerkennend bot mich dann in der anschliessenden Ratssitzung, das klar in «mein» Ressort fallende Geschäft zu übernehmen und eine auch mit meiner «Gesinnung» übereinstimmende Vorlage auszuarbeiten. Der Rat folgte diesem Antrag, auch weil die meisten diesen Verstoss gegen die Regeln der Ressortverantwortlichkeit missbilligten. Und so konnte ich – nach einem eher schwierigen Gespräch mit der zuständigen Beamtin – einige mass- und sinnvolle Retouchen an der Verordnung anbringen und das Geschäft dann wieder in den Rat bringen. Damit waren die für viele Menschen wichtigen kommunalen Mietzinszuschüsse gerettet, und die Gemeindeversammlung winkte das Geschäft diskussionslos durch.

# Nur ein dünnes Apfelhäutchen

**Peter Frikart, Gemeinderat 1978–1986, Sektionspräsident 1982–1984**



Die Rechnungsgemeinde-Versammlung vom 16. Juni 1980 durfte einen unerwarteten Überschuss der Gemeinde-Rechnung 1979 von 3,2 Millionen absegnen. Grössere Wellen aber warf eine Initiative des bekannten Schauspielers Peter Arens, die eine Unterstützung des Kulturkarussells Rössli im Umfang von 8000 Franken pro Jahr verlangte. Diese Forderung kam im konservativen Teil Stäfas schlecht an.

der selbst in einer Seevilla wohnte, keine Freude. Natürlich blieb ich mit meinen politischen Anliegen oft in der Minderheit, so auch beim Kulturkarussell-Kredit.

Danach wurden die Vereinsstatuten des Kulturkarussells angepasst, und im Frühling 1980 reichte Peter Arens die Einzelinitiative für die Unterstützung durch die Gemeinde ein. Der Gemeinderat, der gleichzeitig einen Beitrag von 100'000 Franken an den Opernhaus-Neubau beantragte, musste sich jetzt ernsthaft mit dem Anliegen befassen. Im Gemeinderat beschlossen wir nach intensiver Debatte mehrheitlich, den Beitrag mit zwei Zusatzbedingungen zu unterstützen: Befristung auf drei Jahre und Einsicht des Gemeinderats in die Vereinsrechnung mit Belegen.

Im Vereinsvorstand, wo ich in dieser Sache beratend mitwirkte, war man erst empört über die Einmischung durch den Gemeinderat, aber schliesslich sah man ein, dass die Forderung des Gemeinderats erfüllbar war und dass es wenig sinnvoll war, deswegen die Konfrontation zu suchen. Dickere Post kam dann vom SVP-Nationalrat Rudolf Reichling: Er stellte in der «Zürichsee-Zeitung» kurz vor der Gemeindeversammlung zehn Forderungen auf, die für eine Zustimmung zum Gemeindebeitrag erfüllt sein müssten; sie liefen insgesamt auf eine enge politische Aufsicht über das Kulturkarussell hinaus. Dies begründete er mit der Befürchtung, das Kulturkarussell könnte sonst einseitig Einfluss nehmen, wie das im früheren Nazi-Deutschland war und wie es in der Sowjetunion gemacht werde.

Reichlings Vorstoss kam wenige Tage nach den Opernhaus-Krawallen, welche die Zürcher «Bewegung» vom Sommer 1980 einleiteten: Die von Gewalt geprägten Konfrontationen mit der Polizei heizten das politische Klima

64

Das traditionsreiche Hotel und Restaurant Rössli geriet 1975 «in linke Hände»: Die Tochter des früheren Besitzers machte aus dem Restaurant einen selbstverwalteten Betrieb, worauf viele senkrechte Bürger diesen Ort nicht mehr betreten und Dorfvereine sich von «ihrem» Festsaal abgeschnitten sahen. 1975 wurde ebenfalls das Kulturkarussell Stäfa gegründet, das im Rösslisaal Kulturveranstaltungen organisierte – in Konkurrenz zur gut etablierten Lesegesellschaft und öfter mit progressiver politischer Stossrichtung.

Im Juli 1978 richtete die Leitung des Kulturkarussells ein erstes Gesuch um finanzielle Unterstützung an die Gemeinde: Dieses wurde vom Gemeinderat mit dem Verweis auf Mängel in den Vereinsstatuten des Karussells abgelehnt. Damals war ich neu im Gemeinderat, 25-jährig, während alle Behördenkollegen 20 bis 30 Jahre älter waren. Ich war der einzige nicht Bürgerliche unter elf Gemeinderatsmitgliedern, der einzige, der die wichtige Verkehrsplanung mit Oberlandstrasse und Dorfumfahrung Nord ablehnte, und mit meinem Einsatz für den Seeuferweg bereitete ich dem Gemeindepräsidenten,

auf, die SP geriet in eine Zerreihsprobe, und mein Wirken als eine Art Vermittler zwischen Behörden und der Rössli-Szene wurde damit nicht einfacher. Beim Kulturkarussell war nun Feuer im Dach, und man wollte die zehn Forderungen pauschal zurückweisen. Es kostete einige Überredungskunst, den Vorstand trotz der Provokation vom Vorteil einer geschmeidigen Reaktion zu überzeugen. Nur drei der Forderungen Reichlings waren inakzeptabel; den anderen sieben Punkten konnte man sich anschliessen und so öffentlich Kompromissbereitschaft signalisieren. – Auch an der SP-Versammlung gab es zu diesem Geschäft kritische Stimmen; der Beitrag wurde aber mit klarer Mehrheit unterstützt.

Zur Gemeindeversammlung vom 16. Juni wurde auf beiden Seiten mobilisiert: Die Kirche war randvoll, und das Publikum war bunter zusammengewürfelt als üblich. Nationalrat Reichling erklärt, er sei extra aus der Session von Bern angereist, um hier zum Rechten zu schauen – das kommt beim Publikum mässig an. Der Beitrag ans Karussell wird von Kulturschaffenden und von liberal gesinnten StäferIn-

nen gut vertreten, und schliesslich wird der Kredit mit klarer Mehrheit angenommen. Entscheidend an diesem Abend war nicht der Geldbetrag – obwohl man diesen gut gebrauchen konnte, zumal dank der Gemeindesubvention auch kantonale Beiträge möglich wurden. Entscheidend war vielmehr, dass das Rössli-Angebot, wenn auch für viele unbequem, im Dorf angekommen war.

Also eitel Harmonie? Spät nach der Gemeindeversammlung ging ich noch ins Gemeindehaus, um die Akten für die nächste Gemeinderatssitzung zu studieren. Als ich weit nach Mitternacht aus dem Gemeindehaus komme, fällt mir ein frisch gesprayerter Spruch an der Fassade auf: «Kultur ist nur ein dünnes Apfelhäutchen über glühendem Chaos.»

Dieser hingeworfene «Gruss» eines Bewegten hat mich noch einige Zeit beschäftigt: Nicht jeder Widerstand lässt sich argumentativ umarmen und mit Geld zur Mässigung bewegen. Aber immerhin: In den mehr als 40 Jahren seines Bestehens ist das Kulturkarussell ein selbstverständlicher Bestandteil Stäfas geworden.



*Der RössliSaal,  
Wirkungsort  
des Kultur-  
karussells,  
hier anlässlich  
eines Fests der  
SP Stäfa 1992*

# Eindrücke, Einsichten und Einerlei aus dem Kuriositätenkabinett

Raoul Rosenberg, Gemeinderat 2006–2010



66

Vier Jahre durfte ich das Kuriositätenkabinett, Wunderkammer gemäss Wikipedia, erkunden, was auch genügte. Schon über meine Wahl habe ich mich gewundert. Man hat ja so seine Vorstellungen, Hoffnungen und Vorsätze beim Amtsantritt. Und der begann mit wunderlichem Schweigen. Wer von den beiden Neuen aus SP und SVP bekommt das Ressort Soziales, wer die Liegenschaften? Beide wollten das Soziale. Ich als Professioneller der Sozialen Arbeit sowieso. Das Schweigen bei der Ressortzuteilung dauerte eine gefühlte Ewigkeit, bis mir dann der Gemeindepräsident mit väterlicher Inbrunst begann die Vorzüge der Liegenschaften zu erklären, dass es «äs Ross het patriotisch gmacht», wie Mani Matter sang. (Dass die Liegenschaftenabteilung chronisch unterbesetzt war, wurde natürlich verschwiegen.)

Zu diesem Ressort gehörten auch der Wald, die Reben, die Bauern und der Heimatschutz, was meine SVP-Kollegin vor Neid hätte erblassen lassen müssen. Ich, der keinen Alkohol mag und trinkt, nun also auch Rebbauvorstand? Da tagen also die Rebbauern vom Zürichsee, und ich nehme pflichtbewusst daran teil, bestelle einen Traubensaft, ein würdiger freundeidgenössischer Kompromiss, um die Gastgeber nicht vor den Kopf zu stossen – da höre ich am Nebentisch jemanden sagen: «Er trinkt keinen Wein und ist auch sonst ein böser Mensch.» Aha. Das Problem spitzte sich jeweils nach der Ratssitzung beim Schlummertrunk in der «Krone» zu. Da konnte man nicht gut fehlen, denn wo besser hätte sich ein Neuling integrieren können? Rat musste her, und den bekam ich von einer befreundeten Na-

tionalrätin der Grünen, die es wohl wissen muss: «Dann musst du dich halt überwinden, mindestens einen gespritzten Weissen zu trinken.»

Ja, die Integration: ein heikles Thema. Soll man z.B. den etwa zwölfjährigen Jugendlichen einbürgern, der ohne Helm auf dem frisierten Töffli eines Freundes erwischt wurde, oder denjenigen, der bei einem sogenannten Raufhandel im Jugendhaus verzeigt wurde, obwohl im Polizeirapport klar als Opfer erkennbar (wenn man die Akten sorgfältig lesen würde)? Mein Hinweis auf die besseren Chancen bei der Lehrstellen- und Arbeitssuche stiess auf taube Ohren. Wahrscheinlich lag es daran, dass ich den Rat der Nationalrätin ignorierte: Wer erfolgreich politisieren will, braucht nicht zwingend Argumente, sondern muss Beziehungen pflegen. Das hat viel mit Kommunikation zu tun.

Aber was die Lehrbücher über Kommunikation vermitteln, mag für meine Studenten genügen, nicht aber in der Politik. Dort ist sie eine unergründliche Wunderkammer, oft undurchsichtig, untergründig, doppelbödig, verwinkelt und verzwickelt. Neidvoll gestehe ich: Das hat unser Genosse Daniel Jositsch besser drauf. Nicht aber der rechtsbürgerliche Parteipräsident, der unangemeldet in mein Büro stürmt und dieses erst wieder verlässt, als ich mit der Polizei drohe. Oder diejenigen, welche mir an der Fasnacht den Kaktus-Schande-Award verliehen. Den hätte ich mir als Liegenschaftenvorstand für den Kauf des Restaurants «Frohberg» verdient. Obwohl ja wirklich wichtige politische Entscheide nicht bei mir, sondern dort oben im Tennisclub stattfanden, wie gemunkelt wurde. Aber man hatte halt nicht mitbekommen, dass der «Frohberg» Chefsache war.

Das führt mich zum Stichwort Kollegialitätsprinzip. Ruft mich also der Chef nur Stunden vor der Ratssitzung an, um mich als zuständiges Ratsmitglied freundlicherweise noch vor den KollegInnen zu informieren, dass es ihm, in monatelangen Geheimverhandlungen, gelungen sei, ein Gewerbehaus zu kaufen. Um einer Identitätskrise vorzubeugen, fragte ich: «Spieglein an der Wand, wer ist Liegenschaftenvorstand im Land?» – «Ihr, aber euch gegenüber am Ratstisch ...»

Immerhin: die Sorgen der Rebbauern über leinenlose Hunde durfte ich mir auch ohne den Chef anhören. Und zweimal durfte ich zum Spatenstich antreten: Für die Grossen gibt's jetzt einen Kunstrasen und für die Kleinen einen tollen Kinderspielplatz im Moritzberg. Ein Wunder!

# Ressort «Gesellschaft und Gesundheit» – Sparen, Sparen, Sparen ...

Verena Niedermann, Gemeinderätin 2014–2018



68

Es hat ja gedauert, bis ich mich entschieden habe, der SP beizutreten, obwohl ich schon mehrere Jahre in Schulpflege und RPK die SP vertreten habe. In einem öffentlichen Amt mitzuwirken finde ich spannend, und ich setze mich auch gerne für Anliegen ein, die mir wichtig erscheinen. Einer Partei anzugehören ist für mich aber

nicht zwingend notwendig, wichtiger scheint mir, sich aktiv am Gemeindeleben zu beteiligen, sei es in einem Verein oder in einer Behörde. Meine Grundanliegen sind sozial, grün, offen und tolerant, und diese lassen sich für mich mit der SP recht gut vereinbaren. Für die Wahl in den Gemeinderat schien es mir deshalb richtig, mich mit dem Eintritt in die Partei zu diesen sozialen Werten zu bekennen.

Mein Ressort «Gesellschaft und Gesundheit» stellte sich als vielfältiges Sammelsurium heraus über Abfall und Lebensmittelhygiene zu den Seebädern, dem Friedhof und Altersthemen wie die Pflegefinanzierung. Ganz aktuell ist zum Beispiel das Thema Alter: Da kommen aufgrund der demografischen Entwicklung in naher Zukunft neue Herausforderungen auf uns zu, sowohl in struktureller als auch finanzieller Hinsicht. Ein sehr interessantes Gebiet war auch die Leitung der Kommission für nachhaltige Energiepolitik, mit der Förderung von nachhaltiger Energie in der Gemeinde.

Die Budget-Gemeindeversammlung vom Dezember 2014, ein halbes Jahr nach meinem Amtsantritt, hatte für mich und mein Amt einschneidende Folgen. Aufgrund der ab-

gewiesenen Steuererhöhung verabschiedete der Gemeinderat einen Sparkurs und eine neue Finanzstrategie, die mein Ressort sehr betrafen. Alle noch nicht definitiv vom Gemeinderat beschlossenen Projekte und Massnahmen, welche die Rechnung belasteten, wurden sistiert oder dem Volk zur Ablehnung empfohlen. Dies betraf zum Beispiel die Anträge der Energiekommission oder die Umsetzung der Altersstrategie. Weiter wurde beschlossen, dass in den nächsten Jahren keine neuen Aufgaben mehr geschaffen oder übernommen werden dürfen und Kürzungen von 30% bei allen bisherigen Beiträgen zu prüfen sind. Gefreut hat es mich, dass das Stimmvolk entgegen dem Antrag des Gemeinderates dem Kredit von 1,2 Mio. Franken für die Erstellung von Photovoltaik auf geeigneten Liegenschaften dann doch zugestimmt hat und dass die Beitragskürzungen nicht überall umgesetzt wurden.

Im Bereich Alter konnte bei der Neubesetzung der Stelle im Ressort Gesellschaft und Gesundheit die «Kontakt- und Informationsstelle Alter» ansatzweise integriert werden. Im Moment sind jedoch bis zur Abstimmung über die Auslagerung des Alterszentrums in eine Stiftung keine weiteren Schritte geplant. Hier gilt es vor allem, die Spitex als wichtigen Partner und ev. Angebote im Bereich Alterswohnungen mit Service im Auge zu behalten.

Obwohl ich mich als SP-Frau politisch immer eher als in der Mitte stehend empfand, war ich im Gemeinderat bei entscheidenden Fragen mit meiner Meinung oft weit am äussersten Rand. Dies war eine neue Erfahrung, welche mich oft sehr beschäftigte und mich in meinem Engagement als auch in meiner Motivation für mein Amt einschränkte.

# Gemeindewerke – unerwartete Führungsrolle im grünen Bereich

Christoph Portmann, Gemeinderat seit 2014



Vor gut dreieinhalb Jahren wurde ich in den Gemeinderat gewählt. Bei der Ressortvergabe wurde mir das Ressort «Gemeindewerke» zugeteilt. Ich muss ehrlich sagen, ich war schon etwas enttäuscht, denn darunter konnte ich mir jetzt wirklich wenig vorstellen. Als SPLer hätte ich eigentlich lieber etwas mehr mit Menschen zu tun gehabt. Als verantwortungsbewusstem Unternehmer mit sozialer Grundeinstellung liegen mir Familien-, Betagten- und Umweltthemen am Herzen, und dafür wollte und will ich mich auf kommunaler Ebene einsetzen.

## Das Reservoir Risi – ein Jahrhundertprojekt

Bei der Einführung durch meinen Vorgänger Beat Salvisberg (SVP) erfuhr ich bald, dass in meinem Ressort grössere Geschäfte und Herausforderungen anstehen. So durfte ich am Anfang meiner Amtszeit das Projekt «Reservoir Risi» an der Gemeindeversammlung vom 1. Juni 2015 den Stäfnerinnen und Stäfnern vorstellen. Mit einer grossen Mehrheit wurde dem Projekt zugestimmt. Noch im Herbst des gleichen Jahres erfolgte der Spatenstich, und gut zwölf Monate später ging das neue Reservoir ans Netz. – Opposition gegen das Jahrhundertprojekt gab es nur wenig. So sorgten sich ein paar Umweltschützer um die schöne Magerwiese und ein paar Eidechsen. Heute präsentiert sich die Risi schöner als vor dem Bau. Das neue Reservoir ist nahezu unsichtbar und gut in die Landschaft integriert, die Wiese ist etwas grösser als vorher und lädt zum Verweilen und Spielen ein. Vier grosse Grills stehen Familien und Ausflüglern zur Verfügung, und ein Sandsteinbrunnen

rundet das schöne Bild ab. Übrigens wurde das alte Reservoir zurückgebaut, an seiner Stelle wurden wieder Bäume gepflanzt. Besonders gefreut hat mich, als ich kürzlich erfahren habe, dass die Eidechsen zurückgekehrt sind, sich offensichtlich sehr wohl fühlen und vermehren. Auch die Magerwiese hat sich prächtig erholt.

## 111 Jahre Gemeindewerke

Aus Anlass des 111-Jahre-Jubiläums haben sich die Gemeindewerke im August 2017 der Bevölkerung im Rahmen des Events «Cinema del Sole», einem mit Solarenergie gespiesenen Open-Air-Kino, präsentiert. Rund 1200 Stäfnerinnen und Stäfner kamen in den Genuss einer kostenlosen Filmvorführung auf dem Werkgelände.

## Herausforderungen, die es in sich haben

Die lokale Energieproduktion mit beispielsweise Solarenergie und damit zusammenhängend die lokale Speicherung, Elektromobilität, intelligente Stromnetze (Smart Grids) und intelligente Stromzähler (Smart Meter), die Umsetzung der Energiestrategie 2050 sowie die Öffnung des Strommarktes werden zukünftig die grössten Herausforderungen für die Gemeindewerke sein. Um diesen gewachsen zu sein, brauchen die Werke in den nächsten Jahren neben gut ausgebildeten Mitarbeitenden auch eine entsprechende Infrastruktur. So ist es ein wichtiges Ziel, in den nächsten Jahren am jetzigen Standort ein neues Werkgebäude zu realisieren. Herausforderungen, die ich zusammen mit dem Betriebsleiter René Holzer und seinem topmotivierten Team gerne annehme.

# Anhang 1a: Behördenmitglieder der SP und Arbeiterschaft – 1910–1931

schwarz: gewählt – **rot**: nicht gewählt – **blau**: Grütliauer oder Zuordnung unsicher

	Mitgl.	1906-1910	1910-1913	1913-1916	1916-1919
<b>Gemeinderat</b>	11		Kunz Rudolf, Färber (letzter Platz!)	Kunz Rudolf, Färber (s.gutes Ergebn.)	Schori Ernst, Wirt z.Frohs.
		vor 1910 keinerlei Behördenvertreter der Arbeitervereine in den Behörden			
<b>RPK</b>	5				Kägi Adolf, Postbeamter
<b>EW-Kommission</b>	5				
<b>Wasser-Komm.</b>	3				
<b>Steuer-Komm.</b>	8		Kunz Robert, Fergger	Schori Ernst, Wirt z.Frohs.	Ernst Wilhelm, Schrifts.
<b>Gesundheits- Kommission</b>	4 (6)				
<b>Alters-Komm.</b>					
<b>Schulpflege</b>	11				
<b>Sekundar- schulpflege</b>	9	1906-1909	1909-1912	<b>Blaue Namen</b> Die blau eingefärbten Namen sind als SP-Behörden- mitglieder nicht gesichert. Es ist dabei möglich, dass es sich um Kandidaten der Grütliauer oder des Gewerkschafts- kartells handelt, welche mit auf den SP-Listen aufgeführt sind.	
<i>anderer Rhythmus</i>					
<b>Armenpflege</b>					
<b>Ref. Kirchen- pflege</b>		<i>nicht vollständig erfasst</i>			
<b>Kantonsrat</b>		<i>nicht vollständig erfasst</i>			1917-1920 Kuhn Adolf (17-20)

	Mitgl.	1919-1922	1922-1925	1925-1928	1928-1931
<b>Gemeinderat</b>	<b>11</b>	Schori Ernst, Wirt z.Frohs. Ernst Wilhelm, Schrifts.	Schori Ernst, Elektriker Wilhelm Ernst, Typograph	Schori Ernst, Elektriker Wilhelm Ernst, Typogr. Iten Walter, Handlanger	Schori Ernst, Elektriker Stutz Paul, Spengler
<b>RPK</b> <i>ab 1931 7 Mitgl.</i>	<b>(5)7</b>	Nachwahl 10.8.19 Iten Walter, Metallarb.	Kuhn Adolf	Kuhn Adolf Senn Heinrich, Handl.	Senn Heinrich, Gerbereiarb.
<b>EW-Kommission</b>	<b>5</b>	Pöll Erwin, Bahnarb.		Blaser Fritz, Maschinist	Wegmann Jean
<b>Wasser-Komm.</b>	<b>3</b>				Iten Walter, Spengler
<b>Steuer-Komm.</b>	<b>12</b>	Hauser Emil, Färber (ab 1918 2 Abteil.)	Hauser Emil Wegmann Jean	Meier Emil, Färber Wegmann Jean Burckhardt Kaspar , Schiffbauer	Baumgartner Hans, Spengl. Burckhardt Kaspar , Demuth Reinhard, Dreher
<b>Gesundheits-Kommission</b>	<b>ab 28: 6</b>		Messerli Otto	Kunz Rudolf, Färber Messerli Otto	Künzler Alfred, Schreiner Haller A.
<b>Alters-Komm.</b>					
<b>Schulpflege</b> <i>ab 1928 inkl.Sek.</i>	<b>11</b> <b>15</b>		Gähwiler Ernst, Schlosser Hauser Emil Pöll Gabriel	Blaser Friedrich Kuhn Adolf	Dünnenbergr Albert Ernst Wilhelm , Typograph JordiFritz, Spengler
<b>Sekundar-schulpflege</b> <i>Ab 1928 vereinigte Schulgde.</i>	<b>9</b>	1921-1924	1924-27 Kägi Adolf, Postbeamter	1927-1928 (+) Dünnenbergr Albert, Typograph	Guggenbühl Emil (bis 1929) ab 1930: Bärtschi Heinrich Briefträger
<b>Armenpflege</b>			Grob Emil, Schreiner		Kunz Rudolf, Färber
<b>Ref. Kirchen-pflege</b>				1925 wird erstmals Anspruch auf Einsitz- nahme in alle G'de- Behörden gestellt	
<b>Kantonsrat</b>		1920-1923 Kuhn Adolf (20-23)	1923-1927		1927-1931

# Anhang 1b: Behördenmitglieder der SP und Arbeiterschaft – 1931–1958

schwarz: gewählt – **rot**: nicht gewählt – **blau**: Grütliauer oder Zuordnung unsicher

	Mitgl.	1931-1934	1934-1938	1938-1942	1942-1946
<b>Gemeinderat</b>	11	Stutz Paul, sen.	Stutz Paul, sen.	Stutz Paul, jun., Spengler	Stutz Paul, jun., Spengler
		Schori Ernst, Elektr.	Schori Ernst, Elektr.	Beutler Hans, Hilfsarbeiter	Beutler Hans, Hilfsarb.
		Bärtschi Heinrich	Demuth Reinhard		
<b>RPK</b>	7	Senn Heinrich, Gerbereiarb.	Senn Heinrich, Handl.	Hörler Hans, Hilfsarbeiter	Hug Alfred
		Kuhn Adolf, Bahnbeamter	Baumberger Alfred, Schreiner		
<b>EW-Kommission</b>	5	Wegmann Jean/Johan	Wegmann Jean	Wegmann Jean, Spengler	Wegmann Jean, Spengler
<b>Wasser-Komm.</b>	3	Iten Walter, Spengler	Iten Walter, Mechaniker	Iten Walter, Mechaniker	Iten Walter, Mechaniker
<b>Steuer-Komm.</b>	12	Blaser Fritz, Hilfsarb.	Blaser Fritz, Maschinist	Ernst Wilhelm, Schriftsetzer	Haab Max
		Stutz Paul, jun.	Stutz Paul, jun., Spengler	Hug A.	Holzer Gutav
		Bodmer Paul, Schritsetzer	Ernst Wilhelm, Schriftsetz.	Stutz Heinrich	
		Hörler Karl			
<b>Gesundheits-Kommission</b>	6	Jäckle Otto, sen., Wirt	Jäckle Otto, sen., Wirt	Kaufmann Gottlieb	Kaufmann Gottlieb
			Beutler Hans (E:1935)		
<b>Alters-Komm.</b>					
<b>Schulpflege</b>	11	Demuth Reinhard, Dreher	Demuth Reinhard, Dreher	Demuth Reinhard, Dreher	Iten Walter Mechaniker
	15	Bärtschi Heinrich, Briefträg.	Bärtschi Heinrich, Brieftr.	Bärtschi Heinrich, Briefträg.	Hagen Emil
		Dünnenberger Albert	Iten Walter Mechaniker	Iten Walter Mechaniker	Stutz Heinrich
<b>Armenpflege</b>		Kunz Rudolf, Färber	Kunz Rudolf, Färber	Bodmer Paul, Schritsetzer	
<b>Ref. Kirchenpflege</b>					
<b>Kantonsrat</b>		1931-1935	1935-1939	1939-1943	1943-1947

	Mitgl.	1946-1950	1950-1954	1954-1958
<b>Gemeinderat</b>	11	Stutz Paul, jun., Spengler	Beutler Hans	Stutz Paul
		Beutler Hans, Hilfsarbeiter	Stutz Paul	Hagen Emil
		Hagen Emil	Hagen Emil	Demuth Werner
<b>RPK</b>	7	Hug Alfred	Eugster Fritz	Bodmer Karl
		Jsler Jakob		
<b>EW-Kommission</b>	5	Wegmann Jean, Spengler	Wegmann Jean	Senn Hans
<b>Wasser-Komm.</b>	3	Iten Walter, Mechaniker	Iten Walter (+1953)	
			Spreng Fritz (ab 1953)	
<b>Steuer-Komm.</b>	12	Haab Max	Bader Alfred	Bader Alfred
		Wettstein Walter	Schildknecht Emil (Ers.)	Schildknecht Emil (Ers.)
			Brändli Hermann	
<b>Gesundheits-Kommission</b>	6	Rieser Pankraz	Rieser Pankraz	Rieser Pankraz
		Dietiker Kurt		
<b>Alters-Komm.</b>		Demuth Reinhard	Demuth Reinhard	Demuth Reinhard
		Weber Franziska	Weber Franziska	Wegmann Jean (E.)
<b>Schulpflege</b>	15	Stutz Heinrich	Stutz Heinrich	Stutz Heinrich
		Iten Walter	Demuth Reinhard	Demuth Reinhard
		Weber Rudolf	Weideli Ernst	Weideli Ernst
		Iten Walter (+1953)	Trachsler Max	
<b>Armenpflege</b>		Hörler Hans	Hörler Hans	Huber Hans
		Ernst Reinhard	Huber Hans	
		'Erstmals eine 'Genossin' in einer Behörde !'		
<b>Ref. Kirchen-pflege</b>			Bodmer Karl	Meier Karl
			Hurni Otto	Bosshard Werner
<b>Kantonsrat</b>		1947-1951	1951-1955	1955-1959

# Anhang 1c: Behördenmitglieder der SP und Arbeiterschaft – 1958–1990

schwarz: gewählt – **rot**: nicht gewählt – **blau**: Grütliauer oder Zuordnung unsicher

	Mitgl.	1958-1962	1962-1966	1966-1970	1970-1974
<b>Gemeinderat</b>	<b>11</b>	Stutz Paul Demuth Werner Senn Hans	Stutz Paul Demuth Werner Senn Hans	Demuth Werner (VP) Senn Hans (+1967) Graf Rolf Bosshard Emil (ab 67)	Demuth Werner (VP) Graf Rolf Bosshard Emil
<b>Schulpflege</b>	<b>15</b>	Weideli Ernst Grieder Hans (bis 1961) Caprez Hans <b>Prochning Hans</b> (ab 1961)	Weideli Ernst Caprez Hans Prochning Hans	Prochning Hans (VP) Bleuler Alfred Mettler Karl	Bleuler Alfred (Wegz.70) Enderlin Peter Büeler Alois (ab 1972) <b>Büchi Franz</b>
<b>RPK</b>	<b>5</b>	Bodmer Karl	Schlatter Karl	Schlatter Karl	Mettler Karl
<b>EW-Kommission</b>	<b>5</b>	Schildknecht Emil	Schildknecht Emil Stutz Paul, jun.	Schildknecht Emil (VP) Stutz Paul, jun.	Stutz Paul (Wegzug 71) Zimmermann Max Bucher Anton (ab 1971)
<b>Armenpflege</b>	<b>6</b>	Beutler Hans	Demuth Werner. (P.) Beutler Karl (+1965) Raggenbass Kurt (ab 65)	Demuth Werner. (P.) Raggenbass Kurt	Demuth Werner. (P.) Raggenbass Kurt
<b>Gesundheits-Komm.</b>	<b>6</b>	Rieser Pankraz	Meier Karl	Meier Karl	Karl Meyer
<b>Alters-Beihilfe-Komm.</b>		Demuth Reinhard Wegmann Jean (E.)	Burkhard Paul	Burkhard Paul	Burhard Paul (Austr. 70) <b>Weideli Ernst, Ers.</b>
<b>Steuer-Komm.</b>	<b>8</b>	<b>Weilenmann André</b>			<b>Steiner Otto</b>
<b>Wasser-Komm.</b>	<b>3</b>	Spreng Fritz	Spreng Fritz	Greutert Gusti	Greutert Gusti
<b>Ref. Kirchenpflege</b>		Meier Karl Jetzer Hans <b>Berger Fritz (?)</b>	Meier Karl Jetzer Hans	Jetzer Hans, Präsident	Jetzer Hans, Präs.(?)
<b>Kantonsrat</b>		1959-1963 Demuth Werner	1963-1967 Demuth Werner (ab 64)	1967-1971 Demuth Werner	1971-1975
<b>Nationalrat/ Ständerat</b>					

	Mitgl.	1974-78	1978-1982	1982-86	1986-1990
<b>Gemeinderat</b>	<b>11</b>	Bosshard Emil (b.75) Hadorn Georges Wyrsh Fridolin	Frikart Peter	Frikart Peter Heinz Kurth	Tobler Elisabeth
<b>Schulpflege</b>	<b>15</b>	Enderlin Peter (+ 74) Büeler Alois Steiger Nora (Dez.74)	Loepfe August Rutschmann Elisabeth. (bis 80) Zellweger Markus Schmid Martha (ab 80)	Loepfe August Zellweger Markus Schmid Martha	Meier Erich Pfund Barbara Odermatt Elisabeth
<b>RPK</b>	<b>5</b>	Frikart Peter	Wyrsh Fridolin	Stahel Adrian	Trachsel Werner
<b>EW-Kommission</b> (ab 1986 <b>Werkbehörde</b> inkl. Wasser)	<b>5</b>	Zimmermann Max	Zimmermann Max	Zimmermann Max	Zimmermann Max Schleier Hans
<b>Armenpflege</b> <b>Ab 1978 Fürsorgebehörde</b>		Demuth Werner. (P.) Raggenbass Kurt	<i>GR Demuth W. (=P.)</i> Raggenbass Kurt	Ferner Verena Schürer Hansueli	Hegglin Andreas
<b>Gesundheits-Komm.</b>	<b>6</b>	Hüni Werner	Hüni Werner (Austr.81)	Nüssli Robert	
<b>Alters-Beihilfe-Komm.</b>		X			
<b>Steuer-Komm.</b>	<b>2</b> <b>2</b>				
<b>Wasser-Komm.</b>	<b>3</b>	Greutert Gusti	Schleier Hans	Schleier Hans	X
<b>Ref. Kirchenpflege</b>			Spiro Ursula Siegrist-Hugi Elisabeth	Spiro Ursula Siegrist-Hugi Elisabeth	Meili Helena
<b>Kantonsrat</b>		1975-1979 Bosshard Emil	1979-1983 Bosshard Emil	1983-1987 Bosshard Emil	
<b>Nationalrat/ Ständerat</b>					

# Anhang 1d: Behördenmitglieder der SP und Arbeiterschaft – 1990–2018

schwarz: gewählt – **rot**: nicht gewählt – **blau**: Grütlianer oder Zuordnung unsicher

	Mitgl.	1990-1994	1994-1998	1998-2002	2002-2006
<b>Gemeinderat</b>	<b>9</b>	Tobler Elisabeth	Bachofen Thomas Tobler Elisabeth	Bachofen Thomas Ferner Verena	Ferner Verena (1.VP) Scheller Hans Ulrich Geser Klaus
<b>Schulpflege</b>	<b>15</b>	Meier Erich Pfund Barbara	Ferner Verena Pfund Barbara	Cadei-Bruggmann Paola (bis 2000) Niedermann Vre Jositsch Daniel (ab 2000) Kaiser Hilka (ab 2000)	Jositsch Daniel (P) Kaiser Hilka Koller Heidi (bis 2003) Wäfler Christian Gadola Urs (ab 2003)
<b>RPK</b>	<b>7</b>	Trachsel Werner	Trachsel Werner	Riemers Beatrice	Riemers Beatrice
<b>Werkbehörde</b>	<b>8+GR</b>	Schleier Hans Zimmermann Max	Kunz Edi Zimmermann Max	Bürgi Ueli Kunz Edwin	Bürgi Ueli Kunz Edwin Wyss Margret
<b>Fürsorge- behörde</b>	<b>6+GR</b>	Bachofen Thomas Schulthess Meret	Schulthess Meret	Lyss Leonhard	<i>GR Scheller Hans U. (P)</i> Cummins Ursula Lyss Leonhard
<b>Gesundheits- Komm.</b>	<b>6</b>	Spühler Yvonne	Suter Dieter	Suter Dieter (bis 2000) <b>Riemers Helmuth (2000)</b>	X
<b>Alters-Beihilfe- Komm.</b>					
<b>Steuer-Komm.</b>	<b>4</b>				
<b>Wasser-Komm.</b>					
<b>Ref. Kirchen- pflege</b>			Barraud René	Barraud René Ochsner-Janibelli Gabriela	
<b>Kantonsrat</b>			1995-1999	1999-2003	2003-2007 Schulthess Peter
<b>Nationalrat/ Ständerat</b>					

	<b>Mitgl.</b>	<b>2006-2010</b>	<b>2010-2014</b>	<b>2014-2018</b>
<b>Gemeinderat</b>	<b>9</b>	Scheller Hans Ulrich (2.VP) Geser Klaus Rosenberg Raoul	Geser Klaus Portmann Christoph Frikart Peter	Christoph Portmann Niedermann Vre
<b>Schulpflege</b>	<b>9</b>	Siegrist Ursula Bieli Gaby (Meier Ruedi, Grüne)	Dietziker Jeannette (Meier Ruedi, Grüne)	(Meier Ruedi, Grüne)
<b>RPK</b>	<b>7</b>	Deplazes Ervin Hägeli Hansjürg	Hägeli Hansjürg Niedermann Vre	Kühne Daniel Zeller Josias (ab 2016)
<b>Werkbehörde</b>	<b>8+GR</b>	Bürgi Ueli Wyss Margret Frölich Andreas	Bürgi Ueli Wyss Margret	GR Christoph Portmann (P) Sigg Alfred
<b>Fürsorge- behörde</b>	<b>6+GR</b>	GR Scheller Hans U. (P) Cummins Ursula Lyss Leonhard	Lyss Leonhard Duindam Annika	Duindam Annika Frei Hanni
<b>Gesundheits- Komm.</b>				
<b>Alters-Beihilfe- Komm.</b>				
<b>Steuer-Komm.</b>				
<b>Wasser-Komm.</b>				
<b>Ref. Kirchen- pflege</b>				
<b>Kantonsrat</b>		2007-2011 Schulthess Peter Jositsch Daniel (2007)	2011-2015 Egli Ursina	2015-2019
<b>Nationalrat/ Ständerat</b>		2007-2011 Jositsch Daniel (NR)	2011-2015 Jositsch Daniel (NR)	2015-2019 Jositsch Daniel (SR)

## Anhang 2: SektionspräsidentInnen und Mitgliederzahlen

<b>Zeitspanne</b>	<b>PräsidentIn</b>	<b>Anz. Mitglieder</b>
1911–12	Christian Merck	33
1917–1926	Adolf Kuhn	20–56
1926–1931	Paul Stutz, sen.	57–81
1932–1933	Heinrich Bärtschi	95–76
1934–1938	Paul Hörler	68–64
1939–1958	Hans Beutler	56–101
1959–1975	Werner Demuth	um 80
1976	Bruno Klieber	75
1977–1981	Markus Zellweger	70–50
1982–1984	Peter Frikart	48–45
1985–1988	Sabeth Tobler	43–41
1989–1992	Werner Trachsel	?
1993–1994	Meret Schulthess	48
1995–1997	Klaus Trottmann	48–49
1998–2002	Brigitte Kübler + Peter Schulthess	45–52
2003–2008	Renate Salzgeber	50–61
2009–2014	Ursina Egli	60–54
seit 2015	Rafael Mörgeli	58–59

# Anhang 3: Muster der SP-Wahlwerbung

Der beliebte Falzflyer

**Fürsorgebehörde  
Werkbehörde**

**Schulpflege  
RPK**

**Gemeinderat**

**Fürsorgebehörde  
Werkbehörde**

**Schulpflege  
RPK**

**Gemeinderat**

**Stäfa  
Gemeindewahlen 2014**

**Gemeinderat**

**Christoph Portmann**

1961, neu, SP  
Ein erwachsener Sohn  
Marketingfachmann,  
Unternehmensberater

Christoph Portmann ist in Pfäffikon ZH und Oetwil am See aufgewachsen, er absolvierte eine Lehre als Mechaniker. Auf die Lehre folgte eine vertiefte kaufmännische und betriebswirtschaftliche Weiterbildung und danach eine Spezialisierung in den Bereichen Marketing, Kommunikation, Verkauf und Internet. Heute ist er als Unternehmens- und Marketingberater, als Unternehmer, als Dozent, Fach- und Buchautor sowie im Prüfungswesen des Verbandes Swiss Marketing SMC tätig.

Seit 1984 wohnt er in Stäfa und ist hier aktiv - unter anderem ist er Mitinitiator der StäfART. Seine Freizeit verbringt Christoph Portmann am liebsten mit Schnee- und Bergsport, beim Segeln, Pilzen im Wald oder mit Reisen in den hohen Norden.

Als verantwortungsbewusster Unternehmer mit sozialer Grundeinstellung liegen ihm Familien-, Betagten- und Umweltthemen in der Gemeinde am Herzen. Für diese Themen will er sich im Gemeinderat Stäfa denn auch stark engagieren und einsetzen.

**Verena Niedermann**

1958, neu, SP  
Verheiratet, 4 erwachsene Kinder  
Primarlehrerin,  
Geschäftsführerin

Verena Niedermann ist in Stäfa aufgewachsen, hier fest verwurzelt. Nach einer Ausbildung arbeitete sie in sozialen Institutionen, bevor sie mit ihrem Mann Vinz Niedermann ein Unternehmen gründete. Seit diesem Jahr führt sie das Unternehmen mit ihrem Sohn Jan Niedermann weiter.

In der Freizeit ist sie viel mit dem Rad unterwegs, auch für schöne Radtouren in die Natur und arbeitet gerne mit ihren drei Enkeln oder geniesst die Ruhe am See. Verena Niedermann spannt am See. Verena Niedermann ist in Stäfa und übt sich regelmässig in der StäfART.

Von 1997 bis 2002 war sie Mitglied der Schulpflege und seit 2010 in der Kommission tätig. Die Werkbehörde empfindet sie als wertvolle Bereicherung.

Der gebürtigen Stäferin und ihrer Einwohnern liegt die kulturelle und soziale Lebendigkeit der Gemeinde am Herzen. Sie bleibt bei ökologischen Themen und schonender

Christoph Portmann

**Werkbehörde**

Alfred Sigg

**Schulpflege**

Ruedi Meier

Verena Niedermann

**Fürsorge**

Annika Duindam Hanni Frei

**RPK**

Daniel Kühne Marcus Bosshard



**GRÜNE**



**SP**  
Sozialdemokratische Partei  
Stäfa